

30. Juli 2026

Sicherheitsbericht 26+

Lage und Entwicklung – Faktenbasis für einen Ressourcenentscheid



Ersteller	Thomas Zuber / Fabienne Holland
Erstellungsdatum	15. Januar 2026
Letzte Änderung	30. Juli 2026
Dokumentstatus	Abgeschlossen
Bemerkungen	

Inhaltsverzeichnis

1.	Zusammenfassung	4
2.	Einleitung und Ausgangslage	6
2.1	Anlass und Ziel des Sicherheitsberichts	6
2.1.1	Ausgangslage	6
2.1.2	Umsetzung des Auftrags A 0163/2025 David Häner RRB Nr. 2025/1966	6
2.2	Aktuelle Situation und Entwicklung der Sicherheitslage im Kanton (2016–2025)	7
2.2.1	Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – Entwicklung der polizeilich registrierten Straftaten	7
2.2.2	Lagebericht Strukturkriminalität	13
2.2.3	Entwicklung im Bereich Verkehr	17
2.2.4	Polizeiliche Unterstützungsleistungen	21
2.2.5	Mehr und komplexere Verfahren	24
2.2.6	Rechtsstaatliche Anforderungen / Offenlegung von Massnahmen / Aktenführung (Verschriftlichungen)	26
2.2.7	Technik (Infrastruktur und Arbeitsgeräte)	26
2.2.8	Polizeidichte und Verhältnis Polizeidichte zu Deliktsbelastung im interkantonalen Vergleich	27
2.2.9	Belastungen allgemein	29
3.	Realisierte Effizienzsteigerungen	33
3.1	Sicherheitsabteilung	33
3.1.1	Verzicht auf schriftlichen Strafantrag	33
3.1.2	Verminderung des Rapportaufwandes	33
3.1.3	Anpassung der Schalteröffnungszeiten	33
3.1.4	Einführung der Funktion «Sachbearbeiter/-in Fall» in der Sicherheitsabteilung	34
3.1.5	Entlastung durch Wegfall von polizeilichen Aktivitäten im repressiven und präventiven Bereich	34
3.2	Kriminalabteilung	35
3.2.1	Standardisierung und Prozessoptimierung	35
3.2.2	Digitalisierung und technologische Unterstützung	35
3.2.3	Spezialisierung und Zentralisierung von Komponenten	36
3.2.4	Optimierung der Zusammenarbeit	36
3.3	Kommandoabteilung	37
3.3.1	Informationsdienst (InfD)	37
3.3.2	Alarmzentrale (AZ)	38
3.3.3	Finanz- und Rechnungswesen (FiRe)	38
3.3.4	ICT	38
3.3.5	Logistik und Beschaffung (LoBe)	39
3.3.6	Kommandoabteilung (übergreifend)	39
3.3.7	Ideenmanagement	39
3.4	Grenzen von Effizienzsteigerungen und Effizienzgewinnen	40
3.4.1	Optimierung der Zusammenarbeit von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft	40

3.4.2	Die zwei Seiten der Digitalisierung	40
4.	Polizeiliche Lücken	42
4.1	Aktuelle Überlastung der Polizei und zukünftige Herausforderungen	42
4.2	Lücken bei der Bekämpfung der Strukturkriminalität	44
4.3	Präsenz im virtuellen Raum	45
4.4	Technologische Entwicklung und Projekte	46
4.5	Sicherheitspolizeiliche Grundversorgung	47
4.5.1	Präsenz auf der Strasse / Patrouillendichte	47
4.5.2	Defizite im Bereich der Verkehrssicherheit	50
5.	Schliessung der Lücken: beantragte Stellenerhöhung	52
5.1	Mittelfristige Perspektive (Globalbudget 2027–2029)	53
5.1.1	Zuordnung der zusätzlichen Stellen auf polizeiliche Tätigkeitsfelder (Prioritäten)	53
5.2	Langfristige Perspektive (nächsten zehn Jahre)	54
5.2.1	Umsetzung	54
6.	Konsequenzen einer ausbleibenden Korpserhöhung	56
6.1	Auswirkungen auf Planungsinstrumente (Legislaturplan und IAFP)	56
6.2	Keine Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit	56
6.3	Verzichtsplanung: sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Grundversorgung	56
6.3.1	Sicherheitsabteilung	56
6.3.2	Kriminalabteilung	57
6.4	Konkurrenzfähigkeit / Arbeitgeberattraktivität	58
7.	Schlussfolgerung	59
8.	Quellenangabe	61
9.	Abbildungsverzeichnis	61
10.	Glossar	62

1. Zusammenfassung

Mit dem vom Kantonsrat am 6. Mai 2026 mit geändertem Wortlaut erheblich erklärten Auftrag David Häner (KR Nr. A0163/2025) wurde der Regierungsrat beauftragt, im Zusammenhang mit einer allfälligen Korpserhöhung die Leistungen und Strukturen der Polizei Kanton Solothurn (nachfolgend Kapo) zu überprüfen und einen Bericht zu erstellen. Der vorliegende Bericht schafft erstmals eine umfassende Faktenbasis zum Verhältnis zwischen der Entwicklung der Sicherheitslage, den Leistungen der Kapo und ihrem Personalbestand.

Die Sicherheits- und Kriminalitätslage sowie die Leistungen der Kapo haben sich über die letzten Jahre spürbar verändert. Die Zahl der zur Anzeige gebrachten Delikte hat in den letzten zehn Jahren und insbesondere ab 2021 signifikant zugenommen. Ausschlaggebend dafür ist der markante Anstieg der Vermögensdelikte. Auch die Anzahl beschuldigter Personen nahm markant zu. Nicht nur die beanzeigten Delikte als solche haben im mittleren zweistelligen Bereich zugenommen, sondern auch die Komplexität der jeweiligen Verfahren. Gleichzeitig sind neue Kriminalitätsphänomene, u.a. zunehmende kriminelle Strukturen, sowie höhere Erwartungen an die Präventionsarbeit und Präsenz der Polizei hinzugekommen, ohne dass im Gegenzug herkömmliche Delikts- und Aufgabenfelder reduziert werden konnten. Beinahe verdoppelt haben sich die Unterstützungsleistungen zugunsten anderer Amtsstellen bei der Erfüllung derer Aufgaben.

Der Kanton Solothurn weist eine ungünstige Kombination zwischen Kriminalitätsbelastung, Polizeidichte und Aufgabenbelastung auf. Aktuell muss im Kanton Solothurn die dritthöchste Kriminalitätsbelastung mit der vierttiefsten Polizeidichte bewältigt werden. Im Zehnjahresvergleich hat die Polizeidichte weiter abgenommen und verharrt auf einem tiefen Niveau. Schweizweit weist der Kanton Solothurn erneut die höchste Anzeigenbelastung pro Mitarbeitenden auf. Das ist einerseits für die Mitarbeitenden belastend und schmälert die Arbeitsplatzattraktivität, andererseits ermöglicht diese Situation kaum Handlungsspielräume sowie Massnahmen für Schwerpunktbildungen. Das Verhältnis zwischen Polizeidichte und Kriminalitätsbelastung ist im interkantonalen Vergleich klar nachteilig. Prioritäten können oder müssen manchmal (aktuelle Phänomene können die Auftragslage verändern) gesetzt werden, mit der Folge einer Unterdeckung bei anderen Sicherheitsbereichen.

Die Kluft zwischen den vorhandenen Ressourcen, der zunehmenden Komplexitäten, den Herausforderungen von heute und morgen, den höheren Belastungen und Leistungen führt zu markanten Lücken, sowohl in der sicherheits- und kriminalpolizeilichen Grund- als auch Spezialversorgung. Dies hat zur Folge, dass die Kapo weniger proaktiv tätig sein kann, was sich u.a. in einer beschränkten Präsenz im öffentlichen Raum manifestiert. Umgesetzte Verzichtsplanungen und Priorisierungen kommen hinzu und generieren Defizite in der Prävention, Intervention und Kriminalitätsbekämpfung.

Die Kapo hat in den vergangenen Jahren zahlreiche organisatorische und technische Massnahmen umgesetzt, um ihre Ressourcen möglichst effizient einzusetzen. Organisationstrukturen und Arbeitsprozesse wurden optimiert, digitalisiert und standardisiert. Dadurch konnte der erhebliche Aufgaben- und Leistungszuwachs über längere Zeit aufgefangen werden. Das Potential weiterer Effizienzsteigerungen bei bestehenden Prozessen ist damit weitgehend ausgeschöpft. Weitere Effizienzgewinne durch neue, insbesondere KI-gestützte Digitalisierungslösungen, erfordern seinerseits zusätzliche ICT-Ressourcen.

Der vorliegende Bericht zeigt einen erheblichen und dringlichen Handlungsbedarf auf. Eine nennenswerte Bestandserhöhung ist unerlässlich, um das Niveau der Sicherheit zu halten, Lücken zu schliessen, die von der Regierung und dem Kantonsrat gesetzten Ziele zu erreichen sowie die Belastung der Mitarbeitenden nachhaltig zu reduzieren. Mit einer Erhöhung der Polizeidichte werden eine nachhaltige Schwerpunktsetzung und die Bewältigung neuer Herausforderungen ermöglicht, ohne dass hierfür andere Aufgabenfelder abgebaut oder die Sicherheit im Allgemeinen vernachlässigt werden muss. Ein Ausbau von Tätigkeiten verbunden mit einem Abbau in anderen Aufgabengebieten – wie bisher – ist nicht mehr möglich.

Aus der Analyse der bestehenden personellen Lücken, der Bevölkerungs- und Kriminalitätsentwicklung, der zunehmenden Aufgaben, der ausgeschöpften Effizienzpotenziale sowie dem Ziel, den Kanton Solothurn bei der Polizeidichte wieder ins schweizerische Mittelfeld zu führen, ergibt sich bis 2035 ein zusätzlicher Ressourcenbedarf von rund 100 Stellen. Der Aufbau dieser zusätzlichen Ressourcen soll gestaffelt über mehrere Globalbudgetperioden hinweg erfolgen.

In der ersten Phase, das heisst in der Globalbudgetperiode 2027–2029, sollen mit zusätzlichen Ressourcen (51 Mitarbeitende) die über Jahre entstandenen personellen Lücken in der sicherheits- und kriminalpolizeilichen Grundversorgung geschlossen und die Ziele des Legislaturplans erfüllt werden. Damit können bestehende Aufgaben mit der gebotenen Sorgfalt wahrgenommen, das Bevölkerungswachstum sowie die Zunahme des Fallaufwandes kompensiert und vereinzelt zusätzliche Patrouillen eingesetzt werden. Konkret sollen die Präsenz im öffentlichen Raum (bspw. an Brennpunkten) gestärkt und die Strukturkriminalität gezielt bekämpft werden.

In einer zweiten Phase soll die Sicherheit objektiv und subjektiv erhöht werden. Hierzu sind in den Globalbudgets 2030–2032 und 2033–2035 zusätzliche Ressourcen erforderlich (voraussichtlich je 25 Mitarbeitende, sofern keine weiteren Aufgaben hinzukommen). Diese Ressourcen ermöglichen, die Präsenz in den Regionen und an den Brennpunkten nachhaltig zu erhöhen, die Interventionsbereitschaft zu steigern sowie neue Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen, beispielsweise in der Prävention oder bei proaktiven Tätigkeiten im Cyberraum.

Bei einer ausbleibenden oder beschränkten Bestandserhöhung würde der Kanton Solothurn in eine noch ungünstigere sicherheitspolitische Position geraten. Neue Herausforderungen könnten nicht ausreichend bewältigt und die Ziele des Legislaturplans könnten klar nicht erreicht werden.

2. Einleitung und Ausgangslage

2.1 Anlass und Ziel des Sicherheitsberichts

2.1.1 Ausgangslage

Sicherheit im Kanton, in den Gemeinden, generell im öffentlichen und – bei Bedarf – im privaten Raum bildet eine Voraussetzung für Lebensqualität, Wohlstand und dient auch der Standortattraktivität. Die Kapo will eine hohe Sicherheit für die Menschen in den Städten¹ und Gemeinden gewährleisten und dazu beitragen, dass die Bevölkerung im Kanton (objektiv) möglichst sicher leben (Reduktion der Kriminalitätsbelastung) und sich (subjektiv²) möglichst sicher fühlen kann. Die Bevölkerungsumfrage³ aus dem Jahr 2022 bestätigt das grundsätzlich hohe Vertrauen in die Arbeit der Kapo. Allerdings zeigt die Umfrage auch Defizite auf. So fühlen sich die Befragten im Kanton Solothurn signifikant unsicherer, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit zu Fuss in Wohngegenden unterwegs sind. Ebenso beurteilen sie die Kriminalitätsbekämpfung in ihrer Wohngegend schlechter als die Befragten in der restlichen Schweiz.

Die Kapo steht vor komplexen Herausforderungen. Die Bedürfnisse und Erwartungen, die an die Polizei adressiert werden, nehmen an Vielfalt und Umfang zu. In den letztjährigen Geschäftsberichten wurde jeweils auf die schwierige Sicherheits- und Kriminalitätslage sowie auf daraus resultierende Lücken in der sicherheitspolizeilichen Aufgabenbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung hingewiesen.

2.1.2 Umsetzung des Auftrags A 0163/2025 David Häner RRB Nr. 2025/1966

Am 6. Mai 2025 reichte Kantonsrat David Häner (FDP. Die Liberalen, Breitenbach) die kleine Anfrage K 0110/2025 (Standortbestimmung der Kantonspolizei Solothurn: Personalressourcen, Einsatzfähigkeit und Ausbildung im kantonalen Vergleich) ein. Diese wurde vom Regierungsrat am 17. Juni 2025 beantwortet (vgl. RRB Nr. 2025/1015). In der Folge reichte Kantonsrat David Häner am 2. Juli 2025 den Auftrag A 0163/2025 (Aufstockung der Kantonspolizei zur Stärkung von Präsenz und Sicherheit im Kanton Solothurn) ein. Er verlangte darin eine Erhöhung der Polizeistellen im Rahmen des laufenden Globalbudgets 2024–2026 und die Vornahme einer umfassenden Lagebeurteilung, wie die Polizei Kanton Solothurn ihre Aufgaben langfristig wirkungsvoll, verlässlich und flächendeckend erfüllen kann. Der Regierungsrat schlug dem Kantonsrat in seiner Stellungnahme vom 25. November 2025 einen geänderten Wortlaut vor (vgl. RRB Nr. 2025/1966). Der Kantonsrat erklärte den Auftrag am 6. Mai 2026 mit geändertem Wortlaut erheblich und verpflichtete den Regierungsrat, einen Bericht zu erstellen, der die mittel- und langfristige Entwicklung der Polizei Kanton Solothurn mit Blick auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen aufzeigt. Im Bericht sollen auch die Abläufe auf ein mögliches Potenzial für Effizienzsteigerung überprüft werden (Ziff. 1). Zusätzlich soll geprüft werden, ob neben der vorgesehenen Korpserhöhung gemäss IAFP (2026–2029) zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für den Patrouillendienst einzuplanen sind (Ziff. 2).

Mit dem vorliegenden Bericht wird der erheblich erklärte Auftrag A 0163/2025 umgesetzt. Der Bericht beinhaltet eine faktenbasierte Analyse der Sicherheitslage im Kanton Solothurn und

¹ In der Stadt Solothurn in enger Zusammenarbeit mit der Stadtpolizei.

² Für die Lebensqualität spielt das Sicherheitsgefühl eine zentrale Rolle.

³ Nationale Studie Crime Survey 2022 mit Vertiefungsstudie für den Kanton Solothurn.

zeigt die Abhängigkeiten zu den personellen Ressourcen der Kapo auf.⁴ Gleichzeitig liefert er die Begründung für die Korpserhöhung in der Globalbudgetvorlage 2027–2029 und zeigt zugleich den langfristigen Bedarf auf.

2.2 Aktuelle Situation und Entwicklung der Sicherheitslage im Kanton (2016–2025)

Die Kapo erfüllt sicherheits-, gerichts- und verwaltungspolizeiliche Aufgaben und leistet den Verwaltungs- und Justizbehörden Amts- und Vollzugshilfe; dies in Personalunion. Eine aussagekräftige Beurteilung der Entwicklung der Leistungen der Kapo sowie der Sicherheitslage im Kanton erfordert die Berücksichtigung sämtlicher Einflussfaktoren und verschiedener Messgrößen, namentlich Statistiken, Lageberichte, Umfrageergebnisse und Benchmarks.

2.2.1 Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) – Entwicklung der polizeilich registrierten Straftaten

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bildet das sogenannte Hellfeld der Kriminalität ab, d.h. die Straftaten, welche der Polizei tatsächlich bekannt geworden und von ihr bearbeitet wurden. Es handelt sich um eine Anzeigestatistik. Registriert werden nur Delikte, die bei der Polizei angezeigt werden (sogenannte Bring- bzw. Anzeigekriminalität⁵) oder die die Polizei im Rahmen ihrer Tätigkeit selbstständig zur Anzeige bringt (sogenannte Hol- bzw. Kontrollkriminalität⁶). Die Gründe, die zu einer Zu- oder Abnahme von Anzeigen führen, können vielseitig sein. Hauptsächlich Faktoren für Veränderungen bei der Holkriminalität sind Ressourcen oder Schwerpunktsetzungen der Polizei. Eine Abnahme bei der Holkriminalität bedeutet daher nicht zwingend, dass weniger Straftaten begangen wurden. Sie weist in der Regel vielmehr darauf hin, dass die Polizei weniger aktiv kontrollieren konnte. Umgekehrt kann eine Zunahme auf eine verstärkte Kontrolltätigkeit zurückzuführen sein. Hingegen spiegeln die Deliktszahlen der Bringkriminalität eher das tatsächliche Kriminalitätsgeschehen. Veränderungen haben selten eine einzige Ursache, sondern sind das Ergebnis gesellschaftlicher, technologischer und wirtschaftlicher Entwicklungen.

⁴ Für eine fundierte und verlässliche Darstellung stützt sich der vorliegende Bericht auf verschiedene Quellen. Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) bildet lediglich das Hellfeld der Kriminalität ab und erlaubt keine Aussagen zum Dunkelfeld, zur Holkriminalität, zum Ressourcenaufwand oder zu sicherheits- und verwaltungspolizeilichen Aufgaben. Ergänzende Daten aus Lageberichten sowie internen Führungs- und Informationssystemen vervollständigen die Analyse.

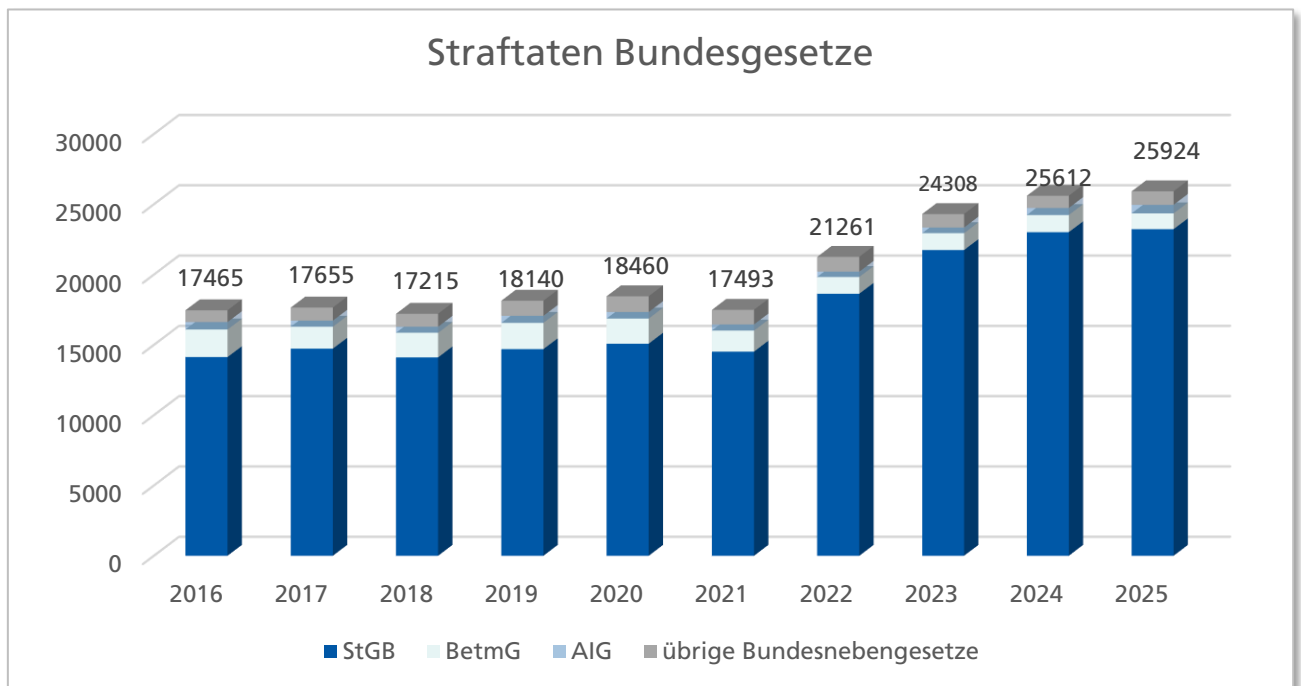
⁵ Als Bringkriminalität (Anzeigekriminalität) werden Delikte bezeichnet, die von der Bevölkerung oder den Opfern bei der Polizei gemeldet werden (z.B. Einbrüche, Diebstähle, Sachbeschädigungen, Betrug, Gewaltstraftaten).

⁶ Als Holkriminalität (Kontrollkriminalität) werden Delikte bezeichnet, bei deren Verfolgung die Polizei kaum auf Anzeigen setzen kann, sondern die fast ausschliesslich durch eigene, aktive Ermittlungen oder Kontrollen aufgedeckt werden (z.B. Betäubungsmitteldelikte, Menschenhandel, Widerhandlungen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz).

Abbildung 1:

Anzahl Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB), Betäubungsmittelgesetz (BetmG), Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) und übrige Bundesnebensgesetze (ohne Strassenverkehrsgesetz [SVG])

➤ **+ 48,4 % Zunahme** der angezeigten Straftaten. Dabei fällt der *signifikante Anstieg ab 2021* sowie der *Rückgang der Betäubungsmittelanzeigen* auf.



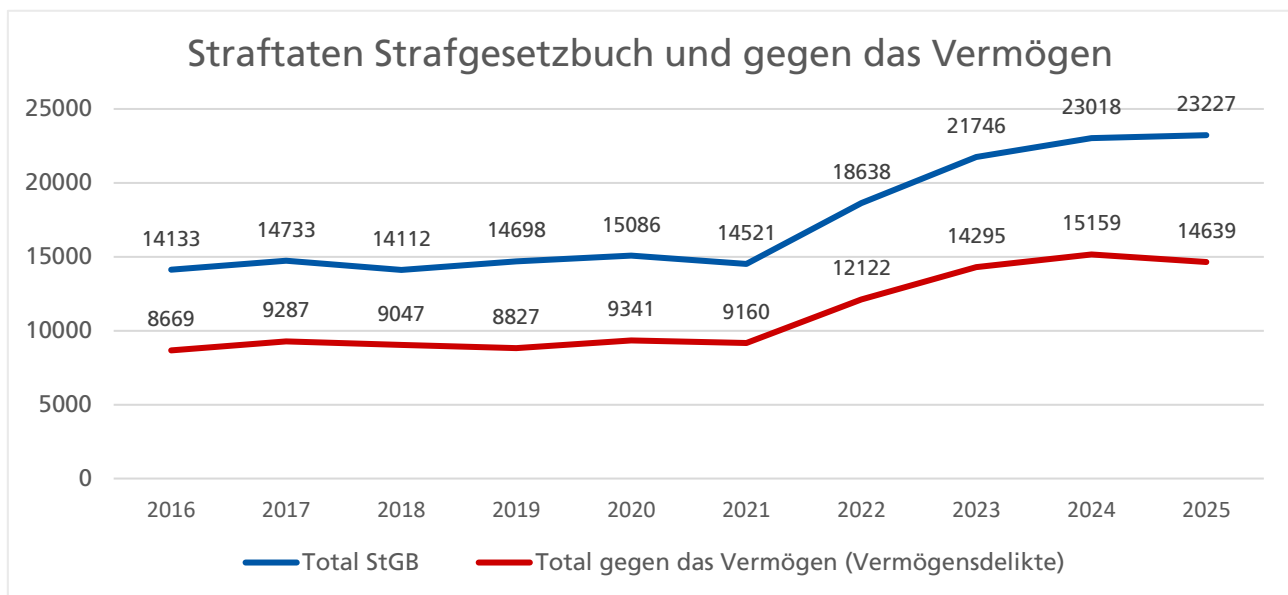
Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Abbildung 2:

Anzahl Straftaten nach StGB (total) und davon StGB-Titel gegen das Vermögen (Vermögensdelikte)

➤ + 64,3 % **Zunahme** der angezeigten StGB-Straftaten seit 2016 davon

➤ + 68,9 % **Zunahme** der angezeigten Vermögensdelikte seit 2016



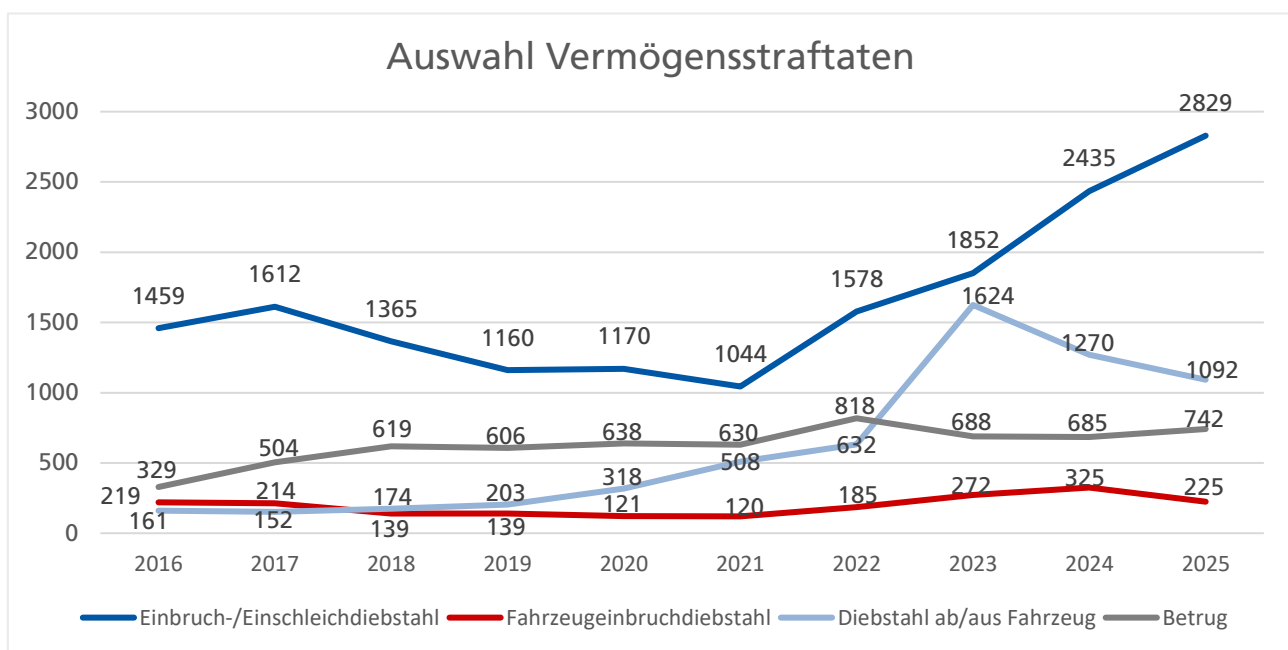
Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Abbildung 3:

Auswahl Anzahl Vermögensstraftaten Strafgesetzbuch

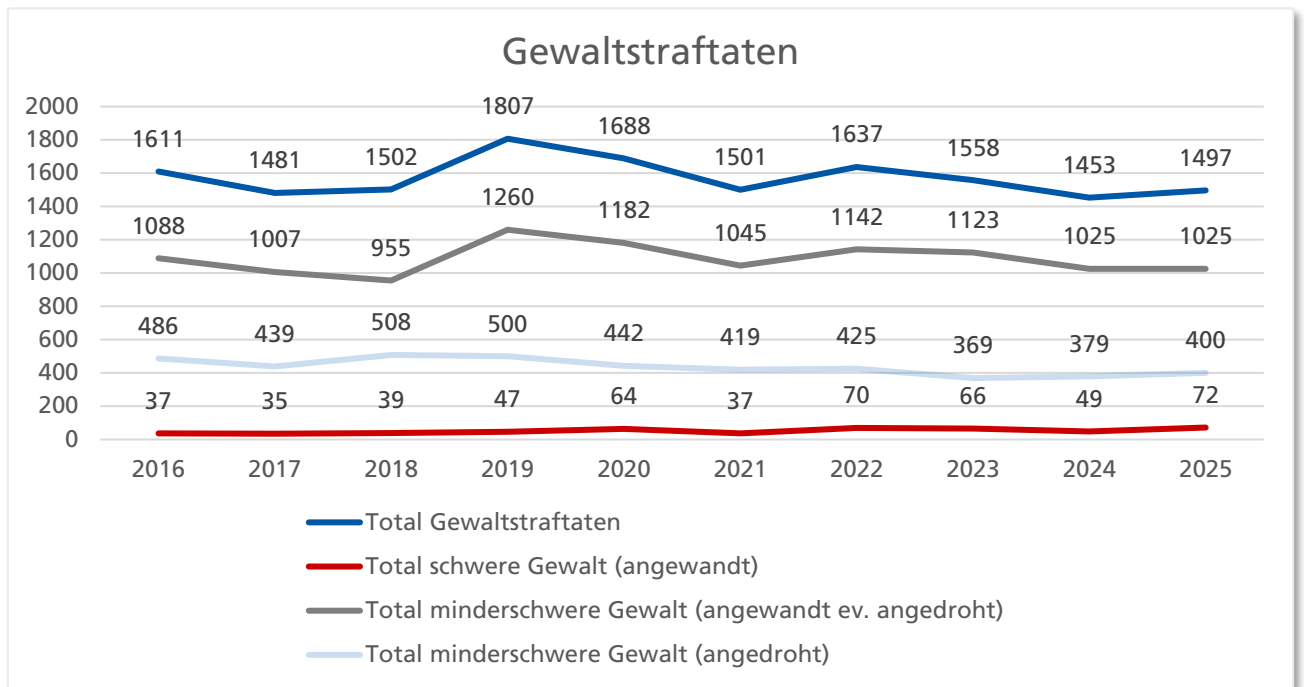
➤ + 93,9 % **Zunahme** der angezeigten Einbruchs- und Einschleichenbstähle seit 2016

➤ + 125,5 % **Zunahme** der Betrugsfälle seit 2016 (neu mehrheitlich IT-Kriminalität)



Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Abbildung 4:
Anzahl Gewaltstraftaten⁷ Strafgesetzbuch
➤ Die Anzahl Delikte ist stabil bis leicht rückläufig



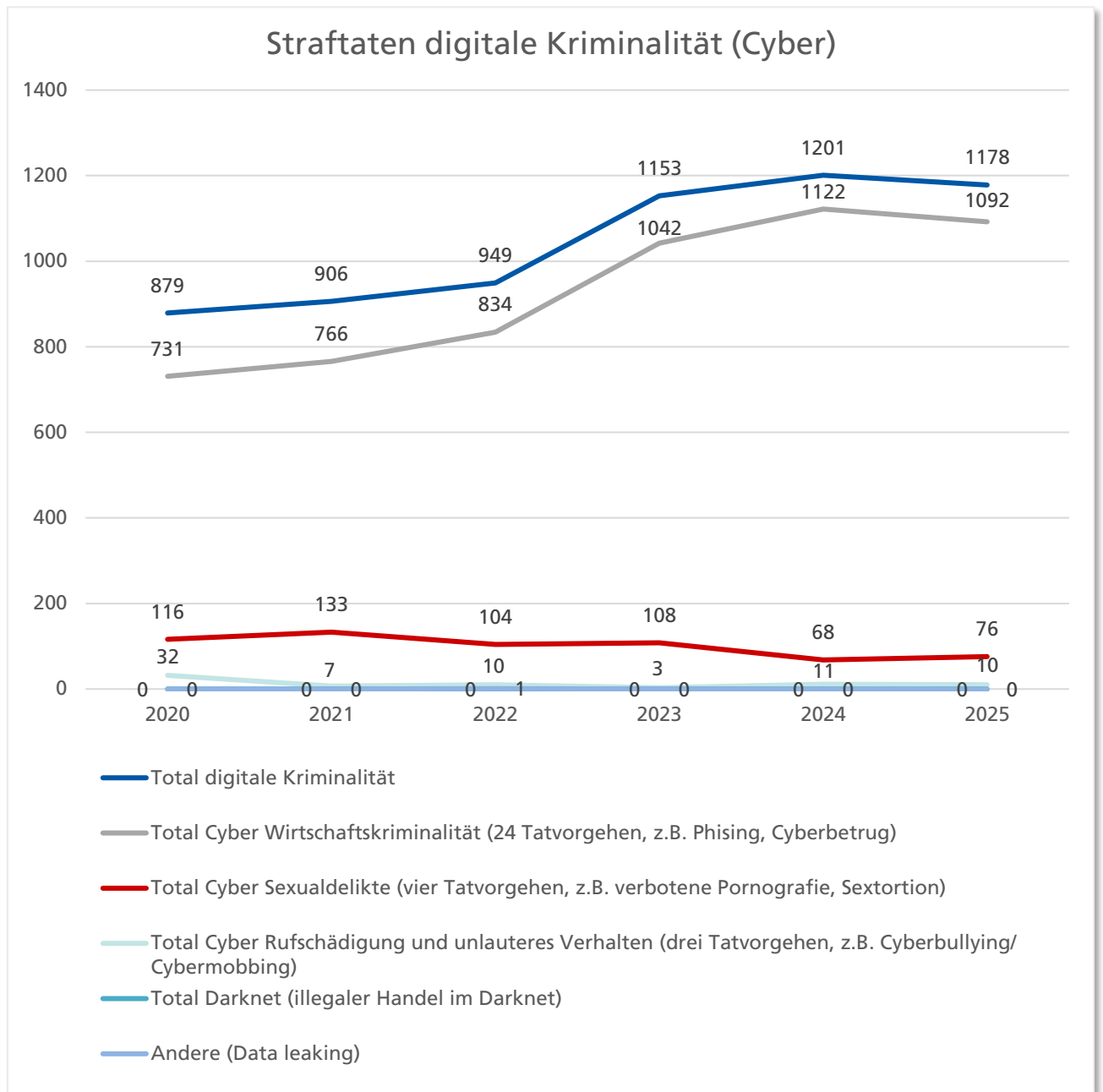
Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

⁷ Unter Gewaltstraftaten werden die Straftatbestände des StGB zusammengefasst, welche die vorsätzliche Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen Personen beinhalten. Gewaltanwendung gegen Sachen ist darin nicht erfasst.

Abbildung 5:

Anzahl Straftaten der digitalen Kriminalität (Cyber) nach Strafgesetzbuch 2020⁸– 2025

➤ **+ 34,0 % Zunahme** der beanzeigten Cyber-Straftaten seit 2020



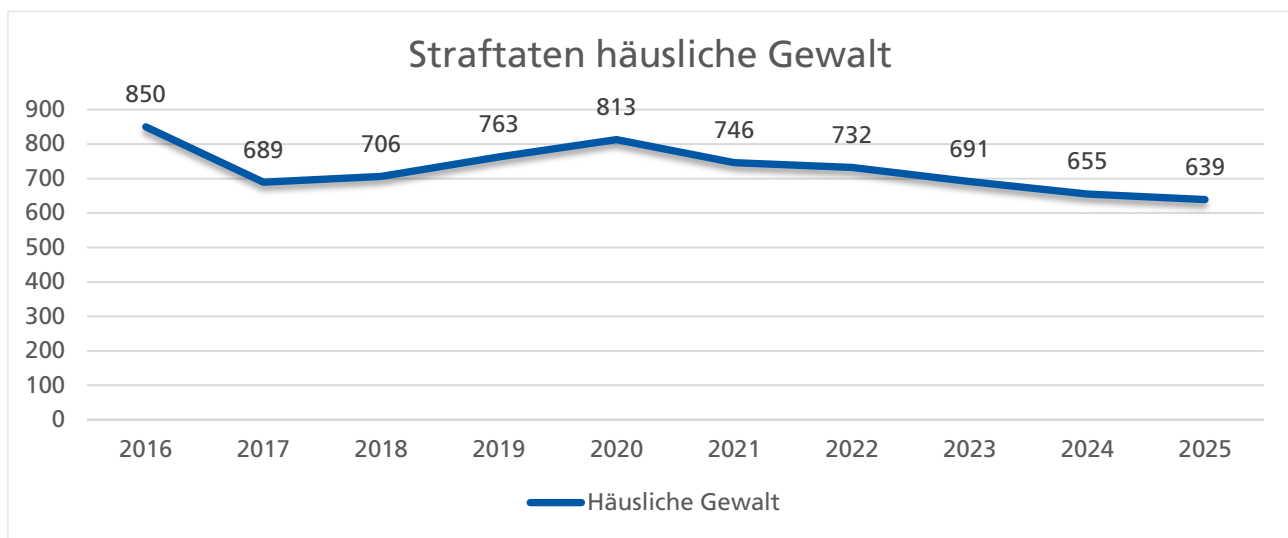
Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

⁸ Die Straftaten der digitalen Kriminalität wurden erst ab 2020 nach einheitlichen und verbindlichen Standards innerhalb der PKS veröffentlicht.

Abbildung 6:

Anzahl Straftaten häusliche Gewalt Strafgesetzbuch⁹

➤ **-16,4 % Abnahme** Ø der Jahre 2016–2020 zu 2025

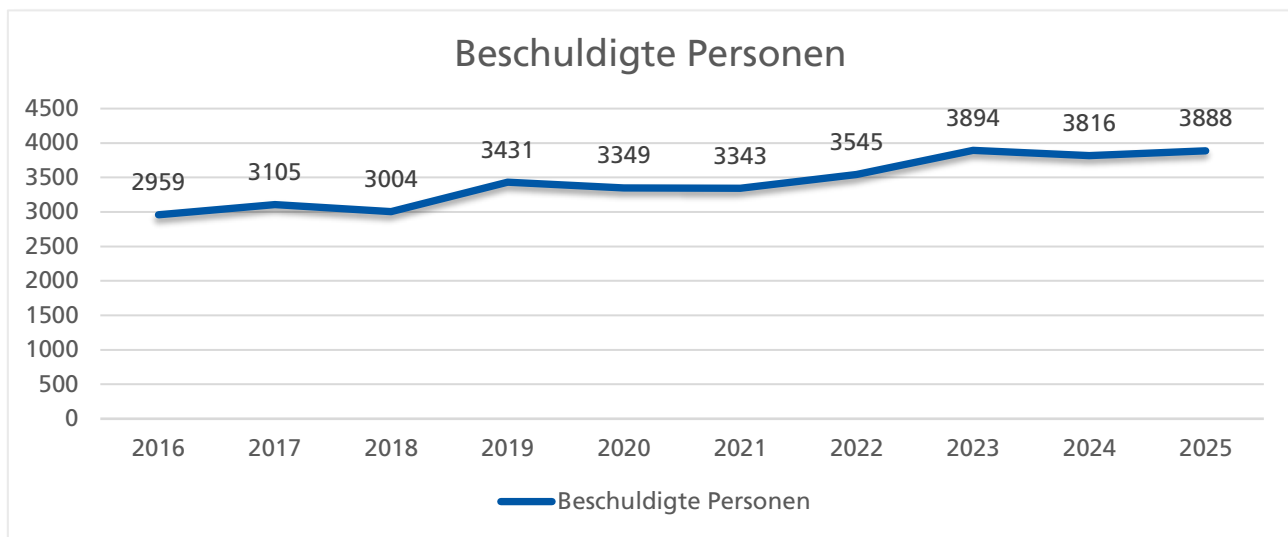


Quelle(n): BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Abbildung 7:

Anzahl natürliche beschuldigte Personen Strafgesetzbuch

➤ **+ 31,4 % Zunahme** der Anzahl beschuldigter Personen seit 2016



Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

⁹ Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) definiert seit 2009 häusliche Gewalt anhand der Beziehung zwischen geschädigter und beschuldigter Person zum Zeitpunkt der Tat. Die kantonalen Polizeibehörden erfassen für eine Auswahl von Straftatbeständen die Beziehung zwischen den Personen. Handelt es sich bei der beschuldigten Person um eine(n) aktuelle(n) oder ehemalige(n) Partner(in) oder ein anderes Familienmitglied der geschädigten Personen, werden die polizeilich registrierten Straftaten dem häuslichen Bereich zugerechnet.

In der überwiegenden Mehrheit der Zahlenreihen ist ein markanter Anstieg der Straftaten festzustellen. Dies führte letztlich zu einer massiv höheren Kriminalitätsbelastung und beeinflusst damit die objektive Sicherheitslage sowie auch das Sicherheitsgefühl negativ. In Kombination mit der geringen Polizeidichte führt dies zu einer sehr hohen Anzeigebelastung¹⁰ pro Mitarbeitenden. Dadurch sind übermässig viele Angehörige der Polizei mit der Sachbearbeitung befasst und stehen somit für die Verhinderung von Straftaten und die Verfolgung von Kontrolldelikten nicht zur Verfügung. Dieser Trend hält bis heute (2025) an. Einzig die Gewaltstraftaten (Abbildung 4) und die Straftaten im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt (Abbildung 6) sind stabil bzw. leicht rückläufig.¹¹

2.2.2 Lagebericht Strukturkriminalität

Strukturkriminalität ist der Oberbegriff für arbeitsteilige und auf Gewinnstreben ausgerichtete Kriminalitätsformen. Die Delikte werden durch lokal ansässige oder aus dem Ausland kommende und in der Schweiz agierende Personen in gefestigten Strukturen begangen. Am 20. Mai 2025 verabschiedete der Regierungsrat ein Strategiepapier zur Bekämpfung der Strukturkriminalität. Darin wird festgestellt, dass im Kanton Solothurn der Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung und zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft regelmässig verübt wird und sich die Strukturkriminalität generell in verschiedenen Bereichen zeigt. Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle. Vielmehr sind kriminelle Netzwerke erkennbar, die gezielt und zum Teil systematisch Straftaten verüben und dadurch erhebliche Gewinne erzielen. Im Rahmen der Erarbeitung des Strategiepapiers wurde auch ein Lagebericht Strukturkriminalität¹² verfasst. In der Zwischenzeit haben sich bereits weitere Formen der Strukturkriminalität etabliert und binden in grossem Umfang polizeiliche Ressourcen, welche somit andernorts bei der Kriminalitätsbekämpfung nicht eingesetzt werden können. Zwei dieser Phänomene betreffen Vermögensdelikte mit einer enormen Schadenssumme. Die Drahtzieher operieren dabei aus dem Ausland und schicken ihre Helfer in die Schweiz resp. rekrutieren sie hier vor Ort; sie selbst steuern die Verbrechen aus der Ferne.

2.2.2.1 Fahrzeugdiebstähle im Hochpreissegment – organisierte Kriminalität (OK) aus Frankreich

Seit gut einem Jahr sind in den Schweizer Medien wöchentlich Berichte über Einbrüche in Garagen und Diebstähle von Luxusfahrzeugen zu lesen. Im Auftrag von gut organisierten Netzwerken reisen junge Männer meist aus Frankreich ausschliesslich zum Delinquieren in die Schweiz ein. Auch der Kanton Solothurn ist von diesem Phänomen betroffen. Beispielsweise im Bezirk Gäu brachen vier junge Männer im Herbst 2025 in eine Garage ein, entwendeten dort vier teure Personenwagen und fuhren mit diesen mitten in der Nacht im Jura über die Grenze nach Frankreich. Einer der Täter konnte dank intensiven Ermittlungen noch am selben Tag in Südfrankreich verhaftet und später an die Schweiz ausgeliefert werden. Seine drei Mittäter wurden zwar ebenfalls identifiziert, sind jedoch untergetaucht. Bei allen vier Personen handelt es sich um sehr junge Männer aus Frankreich, die von ihren Auftraggebern nur aus einem Grund in die Schweiz geschickt wurden: Sie sollen hier Luxusautos stehlen und diese anschliessend nach Frankreich bringen. Für diese kriminellen Dienstleistungen wird den arbeits- und mittellosen Tätern ein Lohn von mehreren Tausend Euro in Aussicht gestellt. Dies stellt für sie einen erheblichen Anreiz dar, dieses hohe Risiko einzugehen.¹³

¹⁰ Siehe Abbildung 18.

¹¹ In der PKS erscheinen nur Delikte, welche angezeigt werden. Die Anzeigerate ist je nach Delikt unterschiedlich, gerade bei häuslicher Gewalt dürfte die Dunkelziffer relativ hoch sein.

¹² Siehe RRB Nr. 2025/799; Anhang Lagebericht Strukturkriminalität vom 1. Mai 2025.

¹³ Dies gab einer der Beschuldigten gegenüber der Polizei in der Untersuchungshaft zu Protokoll.

Die Ermittlungen in diesem Bereich gestalten sich überaus intensiv und anspruchsvoll: Die jungen Täter – sie agieren immer in Gruppen – flüchten in den gestohlenen Fahrzeugen innert kürzester Zeit über die grüne Grenze nach Frankreich; und sie tun dies mit einem ausgesprochen starken Fluchtwillen. Somit steigt auch die Gefahr für die Polizeikräfte und für unbeteiligte Dritte. Um ihrer überhaupt habhaft zu werden, ist die interkantonale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit unabdingbar. Erst recht, wenn man an die Hintermänner herankommen will. Dies ist zeit- und ressourcenintensiv und wird – das zeigen die aktuellen Fallzahlen – die Polizeikräfte in der Schweiz in Zukunft noch stärker fordern. Allein im Kanton Solothurn hat die Polizei innerhalb des letzten Jahres mehr als zwei Dutzend solche Delikte registriert, wobei eine Vielzahl teurer Fahrzeuge entwendet wurde.

2.2.2.2 Enkeltrick, falsche Polizisten und Schockanrufe

Bereits seit mehreren Jahren bekannt sind die Phänomene des Enkeltricks¹⁴, falsche Polizisten¹⁵ und Schockanrufe¹⁶. Hinter diesen Delikten steckt international organisierte Kriminalität. Die Betrüger/-innen operieren meist arbeitsteilig von ausländischen Callcentern aus (häufig aus der Türkei). Die Anrufenden sind psychologisch geschult und manipulieren ihre Opfer am Telefon, während vor Ort agierende Handlanger das Geld oder die Wertsachen abholen. Dabei wird geschickt grosser Druck ausgeübt und die Hilflosigkeit und Panik der meist älteren Opfer ausgenutzt.

Bei der Alarmzentrale der Kapo rufen nahezu täglich Menschen an, die einen versuchten Betrug nach diesem Schema melden. Die Präventionsarbeit, welche auf verschiedenen Kanälen kontinuierlich betrieben wird, zeigt offensichtlich Wirkung. Doch die Dunkelziffer der Vorfälle, bei denen es tatsächlich zu einer Vermögensschädigung kam, dürfte sehr hoch sein. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 90 Prozent der Delikte gar nicht zur Anzeige gebracht werden, oft aus Scham oder weil die Opfer den Betrug (noch) nicht realisieren.

Im Kanton Solothurn wurden allein im Jahr 2025 acht vollendete Betrugsfälle nach diesem Vorgehensmuster registriert; die Schadenssumme beläuft sich auf nahezu 300'000 Franken. In der ganzen Schweiz liegt der Deliktsbetrag im Jahr 2025 im rekordhohen zweistelligen Millionenbereich. Parallel zur gestiegenen Schadenssumme haben in den letzten Jahren aber auch die Festnahmen zugenommen: 40 Personen, welche im Auftrag der Betrüger/-innen bei den Opfern Geld abholten, konnten verhaftet werden. Sie sind jedoch in der Hierarchiestufe der gut vernetzten Betrügernetzwerke ganz unten; an die Hintermänner und Hinterfrauen heranzukommen, die aus dem Ausland operieren, ist wiederum enorm schwierig sowie personal- und zeitintensiv.

2.2.2.3 Trickdiebstähle

Seit dem Jahr 2024 halten sich im Kanton Solothurn junge Rumäninnen auf, die gezielt ältere Männer in der Öffentlichkeit ansprechen. In der Folge begleiten die Frauen die Senioren in der Regel nach Hause, um dort vorgeblich einen Kaffee oder ein Glas Wasser zu trinken. Durch geschicktes Ablenken (z.T. auch mit sexuellen Avancen oder Liebesbeteuerungen) kommt es dann zum Delikt und die Opfer werden bestohlen. Öfters treten die Täterinnen zu zweit auf, wobei eine Frau das Opfer ablenkt und die zweite das eigentliche Delikt begeht.

Diese Rumäninnen halten sich als Touristinnen während 90 Tage legal in der Schweiz auf und sind nirgends offiziell gemeldet. Sie sind mobil und werden zum Teil durch rumänische Männer

¹⁴ Bei dieser Betrugsmasche geben sich Betrüger/-innen als Verwandte wie z.B. Enkel oder Nichte aus, täuschen eine finanzielle Notlage vor und fordern Bargeld oder Wertsachen, die sie oft durch Boten abholen lassen.

¹⁵ Bei dieser Betrugsmasche geben sich Betrüger/-innen am Telefon als Polizisten/Polizistinnen oder Staatsanwälte/Staatsanwältinnen aus, täuschen eine akute Gefahr vor wie z.B. einen Einbruch in der Nachbarschaft, und fordern die angerufene Person auf, Bargeld oder Wertsachen abzuheben und an einen «sicheren Ort» zu übergeben.

¹⁶ Bei dieser besonders aggressiven Form des Telefonbetrugs versetzen Betrüger/-innen die angerufene Person durch erfundene Schrecknachrichten wie z.B. einen schweren Unfall oder eine Notlage von Angehörigen in Panik. Sie fordern unter hohem Druck sofort die Übergabe von Bargeld, Kautionen oder Wertsachen.

chauffiert, welche ebenfalls zu den Banden gehören. Mehrere dieser Gruppierungen logieren in der Stadt resp. der Region Solothurn, delinquieren aber schweizweit, sind bestens vernetzt und agieren strukturiert. Zudem begehen sie auch Taschen- oder Ladendiebstähle.

Die Kapo hat seit 2024 beinahe 50 Fälle registriert, in welchen nach dem Modus «Venus Romania» vorgegangen wurde.

2.2.2.4 Illegale Wohnungsprostitution

Arbeiten Sexarbeiterinnen in einem Club oder Bordell, müssen sie den Betreiberinnen und Betreibern in der Regel einen erheblichen Teil ihrer Einnahmen abgeben: Für den Arbeits- und Wohnort, oftmals auch für Essen und administrative Belange (z.B. Meldepflichten etc.). Lukrativer ist es daher, wenn die Frauen selbstständig tätig sind und so auch den grössten Teil des Verdienstes behalten können. Sie tun dies dann in Hotels oder in kleinen Wohnungen. Zwar mag dies wie erwähnt finanziell lohnenswerter sein, es birgt allerdings auch Risiken: Die Frauen arbeiten oftmals alleine und sind so z.B. gewaltbereiten Freiern schutzlos ausgeliefert; insbesondere, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit in anonymen Wohnungen ausüben.¹⁷

Es gab auch im vergangenen Jahr insbesondere in den Städten Olten, Solothurn und Grenchen vermehrt Hinweise auf illegale Wohnungsprostitution. Entsprechende Kontrollen und Abklärungen erfordern speziell geschultes Personal und sind mit erheblichem Aufwand verbunden (Vorermittlungen, Einvernahme, Orientierung des Migrationsamtes, Rapportierung an die Staatsanwaltschaft etc.). Frauen, die illegal in der Schweiz sind und hier illegal arbeiten, sind häufig Opfer von Schleusern und Menschenhändlern; nur durch diese Netzwerke können sie überhaupt nach Europa resp. in die Schweiz gelangen. Bei den polizeilichen Kontrollen wird daher sorgfältig geprüft, ob betroffene Frauen Opfer von Ausbeutung, Schleusung oder Menschenhandel sein könnten. Die Abklärungen und allfällige Ermittlungen erfolgen in enger Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und weiteren Fachstellen und können sehr ressourcenintensiv sein. In solchen Fällen stehen der Schutz und die Betreuung der Betroffenen im Zentrum. Diese Strafverfahren dauern in der Regel Jahre. Da sich Opfer von Menschenhandel nur selten von sich aus melden, ist die aktive Erkennung solcher Fälle für die Strafverfolgungsbehörden besonders wichtig (klassische Holkriminalität).

2.2.2.5 Betäubungsmittelhandel

Der Kanton Solothurn ist seit Jahren ein Hotspot des schweren Betäubungsmittelhandels mit interkantonalem und internationalem Bezug. Dies zeigt sich nebst eigenen Verfahren und Erkenntnissen daran, dass etliche Kantone in unserem Kanton ermitteln. Die Polizeibehörden der Schweiz, des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sowie des Fürstentums Liechtenstein versenden täglich zahlreiche sogenannte nationale Verbreitungen, um Erkenntnisse zu Personen, Fahrzeugen und Sachen im Zusammenhang mit Straftaten zu gewinnen. Der bevölkerungs- und flächenmässig eher kleine Kanton Solothurn taucht dabei in einer Vielzahl dieser Verbreitungen auf. Häufig stellen etwa Tessiner Kolleginnen und Kollegen oder jene aus der Westschweiz Erkenntnisanfragen, nachdem sie verdächtige Personen oder Fahrzeuge mit Bezug zum Kanton Solothurn kontrolliert haben. Oftmals sind die kontrollierten Personen hier angemeldet oder in Begleitung einer hier angemeldeten Person. Des Öfteren werden auch Fahrzeuge mit Solothurner Kennzeichen verwendet, welche von privaten Haltern und Halterinnen oder fragwürdigen Mietfirmen stammen. Nicht selten kommt es dabei zu Sicherstellungen von Betäubungsmitteln, Geld und manchmal auch Waffen.

¹⁷ Sexarbeit ist bewilligungspflichtig. Gerade bei Wohnungsprostitution zeigt sich jedoch, dass die erforderlichen Bewilligungen häufig fehlen. Viele betroffene Frauen stammen aus dem Ausland und ein Teil von ihnen hält sich zudem illegal in der Schweiz auf und darf entsprechend keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Die Kapo verfügt im Bereich des Betäubungsmittelhandels seit Jahren über etliche Erkenntnisse zu Läufer/-innen, Händler/-innen und Koordinator/-innen¹⁸, welche aus dem Kanton Solothurn heraus agieren. Die vorwiegend aus Südosteuropa stammenden Betäubungsmittel-Läufer/-innen und -Händler/-innen, kommen grösstenteils nur zu deliktischen Zwecken in die Schweiz, da der hiesige Rauschmittelmarkt äusserst hohe Umsätze sowie erhebliche finanzielle Erträge generiert.

2.2.2.6 Kriminelle türkische Netzwerke

Seit einigen Jahren ist bekannt, dass in der Schweiz etliche türkischstämmige Gruppierungen in unterschiedlicher Ausprägung und in verschiedenen Deliktsbereichen tätig sind, auch im Kanton Solothurn. Die Bandbreite reicht hier von Sozialhilfebetrug, über illegales Glücksspiel, Geldwäscherei, Betäubungsmittel bis hin zu Straftaten wie Schutzgelderpressung und Delikten gegen Leib und Leben. Kriminelle türkische Netzwerke stehen sehr oft mit dem Phänomen «falscher Polizist/-in» in Verbindung, was grosse Geldmengen für ihre Netzwerke generiert.¹⁹

Im Kanton Solothurn sind türkischstämmige Personen und Gruppierungen in der Vergangenheit im illegalen Glücksspiel straffällig geworden. Etliche Strafverfahren wurden hierzu geführt. Auch ausländische Behörden haben in der näheren Vergangenheit Rechtshilfeersuchen an die Solothurner Behörden gestellt, um Personen zu befragen und Hausdurchsuchungen durchzuführen, da illegale Glücksspiellokale im Ausland vom Kanton Solothurn aus mit Spielgeräten und weiterem Betriebsmaterial versorgt oder von hier aus gesteuert wurden. Nach wie vor sind illegale Geld- und Glücksspiele ein guter Einnahmeweiz dieser Gruppierungen. Die Bekämpfung dieser Delikte ist durch die fortschreitende Digitalisierung noch komplexer geworden, denn nebst den klassischen Geld- und Glücksspielautomaten wird immer häufiger auf illegalen Internetplattformen gespielt.

Polizeiliche Erkenntnisse zeigen, dass kriminelle türkische Gruppierungen mittlerweile verstärkt in den Drogenhandel drängen. Eine Expansion von türkischstämmigen Gruppierungen in den bis dato von balkanstämmigen Personen dominierten Rauschgiftmarkt stellt eine grosse Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. So ist beispielsweise aus Schweden, Deutschland, den Niederlanden und Belgien bekannt, dass Revierkämpfe unter rivalisierenden Gruppierungen eskalieren können und Kollateralschäden im Sinne von Verletzungen oder gar Tötungen von unbeteiligten Dritten einfach billigend in Kauf genommen werden. Eine solche Entwicklung ist mit dem jetzigen – kaum existierenden Kontrolldruck – im Kanton Solothurn nicht auszuschliessen.

Ermittlungen gegen kriminelle Netzwerke sind nur mit grossem Ressourcenaufwand – personell, taktisch/technisch wie auch zeitlich – möglich. Die Gruppierungen wissen um die herrschenden Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei und agieren äusserst vorsichtig, wodurch die Polizeiarbeit noch ermittlungsintensiver wird.

Die kriminellen türkischen Gruppierungen sind seit Jahren in der Schweiz und international äusserst gut vernetzt und ihre Exponenten und Exponentinnen verfügen teilweise über eine gute gesellschaftliche und geschäftliche Vernetzung in der Schweiz, was die Tarnung ihrer kriminellen Aktivitäten begünstigt und die polizeiliche Aufklärung zusätzlich erschwert. Diese kriminellen Netzwerke nutzen das hiesige System konsequent aus. Sie fassen vermehrt im Immobilienmarkt Fuss, wo sie die in anderen Deliktsbereichen erwirtschafteten Gelder waschen können. Zwar wird nur ein Teil der Barbershops und Kebab-Läden im Kanton Solothurn mit kriminellen Absichten betrieben. Doch liegen polizeiliche Erkenntnisse vor, dass etliche solcher Geschäfte unter

¹⁸ Betäubungsmittel-Läufer/-innen sind Personen auf der untersten operativen Ebene des Drogenhandels, die Betäubungsmittel im Auftrag anderer transportieren, übergeben oder ausliefern. Betäubungsmittel-Händler/-innen verkaufen Betäubungsmittel oder organisieren deren Verkauf. Koordinator/-innen (oft auf Logistiker/-innen genannt) steuern die Abläufe zwischen Lieferant/-innen, Händler/-innen, Läufer/-innen und Abnehmer/-innen, indem sie z.B. Übergaben, Kommunikation oder Nachschub organisieren.

¹⁹ Unter anderem geführte Ermittlungen sowie die regelmässigen Lageberichte von Fedpol bestätigen dies.

anderem auch dem Waschen von Geldern aus anderen Deliktsbereichen dienen. Zudem umgehen sie häufig andere Gesetze und schaffen dadurch ungleich lange Spiesse zu rechtskonform geführten Betrieben (bspw. Coiffeurgeschäften).

2.2.3 Entwicklung im Bereich Verkehr

2.2.3.1 Ausgangslage

Der Strassenverkehrsbereich im Kanton hat sich in den vergangenen zehn Jahren (2016–2025) sowohl quantitativ als auch qualitativ spürbar verändert. Die steigende Mobilität der Bevölkerung, neue Verkehrsformen sowie gesellschaftliche Entwicklungen führen zu einer zunehmenden Komplexität der Aufgabenwahrnehmung. Festzustellen sind grössere Herausforderungen bei der Verkehrsentwicklung (Zunahme), bei der Verkehrssicherheit (Unfallzahlen), bei der Verkehrserziehung/-prävention (Zunahme), bei Fahrzeugarten (Trendfahrzeuge, Fahrzeugtechnik, Automatisierung). Es betrifft alle drei Hauptbereiche der verkehrspolizeilichen Arbeit: die Prävention, die Repression sowie die polizeiliche Sachbearbeitung von Verkehrsunfällen.

2.2.3.2 Entwicklung in den zentralen Aufgabenfeldern

Die Belastung stieg einerseits aufgrund der Zunahme der zu instruierenden Schülerinnen und Schüler vom Kindergarten bis zu den Sonderschulen und 1. Jahr Gymnasium um 4,7 % (seit dem Schuljahr 2022/23). Andererseits nahmen die Herausforderungen für einen zielgerichteten Unterricht zu, insbesondere aufgrund der Heterogenität in den Klassen sowie abnehmender praktischer Verkehrserfahrungen bei den Kindern. Das verlangt sehr hohe Sozial- und Fachkompetenzen von den Verkehrsinstruktorinnen und Verkehrsinstruktoren. Diese Entwicklungen führen dazu, dass die bestehenden Ressourcen im Bereich der verkehrsschulischen Prävention zunehmend an ihre Grenzen stossen.

Daneben führt die Kapo an den kantonalen Berufsfachschulen regelmässig Veranstaltungen zur Verkehrsunfall- sowie Raserprävention durch. Grundlage hierfür bildet ein Regierungsratsbeschluss²⁰, welcher den präventiven Auftrag in diesem Bereich ausdrücklich festhält und stärkt. Dabei ist die Anzahl der Lernenden in den vergangenen zehn Jahren insgesamt stabil geblieben und bewegt sich konstant im Bereich von rund 1'700 bis 1'800 Personen pro Jahr.

Die Verkehrsdichte hat im Kanton Solothurn im betrachteten Zeitraum mehrheitlich zugenommen. Gleichzeitig haben sich die Mobilitätsformen im Individualverkehr weiter vermehrt. Insbesondere die Verbreitung von Trendfahrzeugen (z. B. E-Bikes, E-Scooter und ähnliche Mobilitätsformen) führt zu neuen Herausforderungen durch die Benützung derselben Verkehrsträger durch unterschiedliche Fahrzeugarten mit stark variierenden Geschwindigkeiten. Hinzu kommen die ungleiche Masse und Schutzwirkungen. Dies führt zu uneinheitlichen, weil verschiedenartigen Kontrollarten²¹ und einer gesteigerten Unfallhäufigkeit.

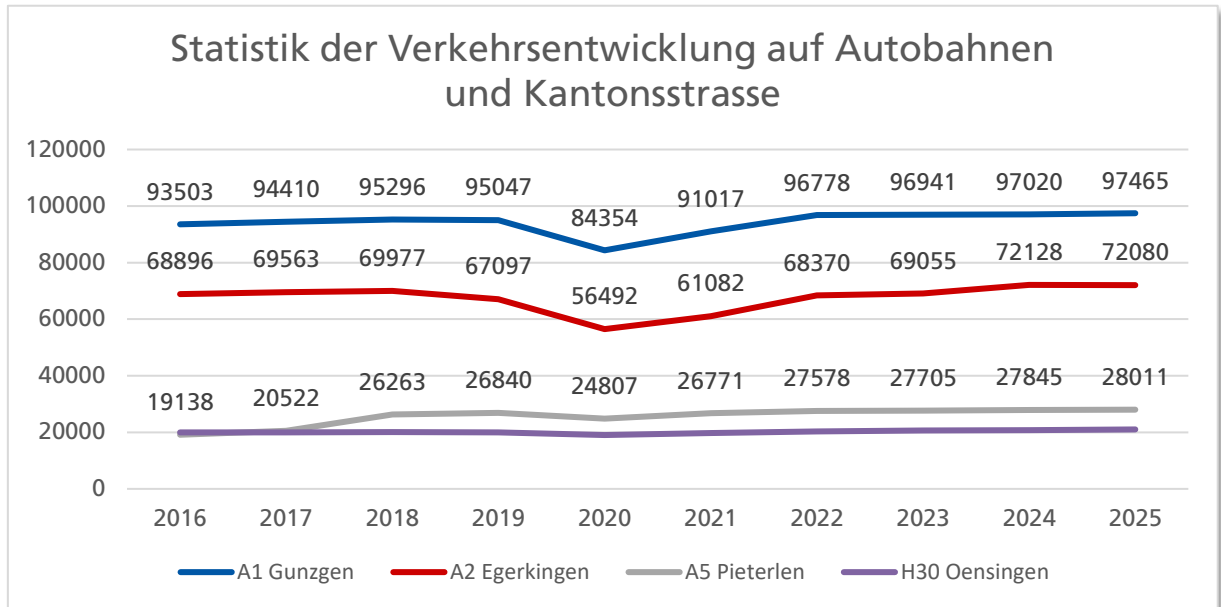
²⁰ RRB Nr. 2009/770 «Überprüfung der Rechtslage sowie der Rechts- und Verwaltungspraxis betreffend Verhütung und Ahndung sogenannter Raserunfälle; Kenntnisnahme vom Bericht der Arbeitsgruppe Raser; weiteres Vorgehen», Ziff. 5.3.1.

²¹ Weil stark individualisiert auf das jeweilige Verkehrsmittel bezogen.

Abbildung 8:

Statistik der Verkehrsentwicklung²² auf Autobahnen und Kantonsstrasse

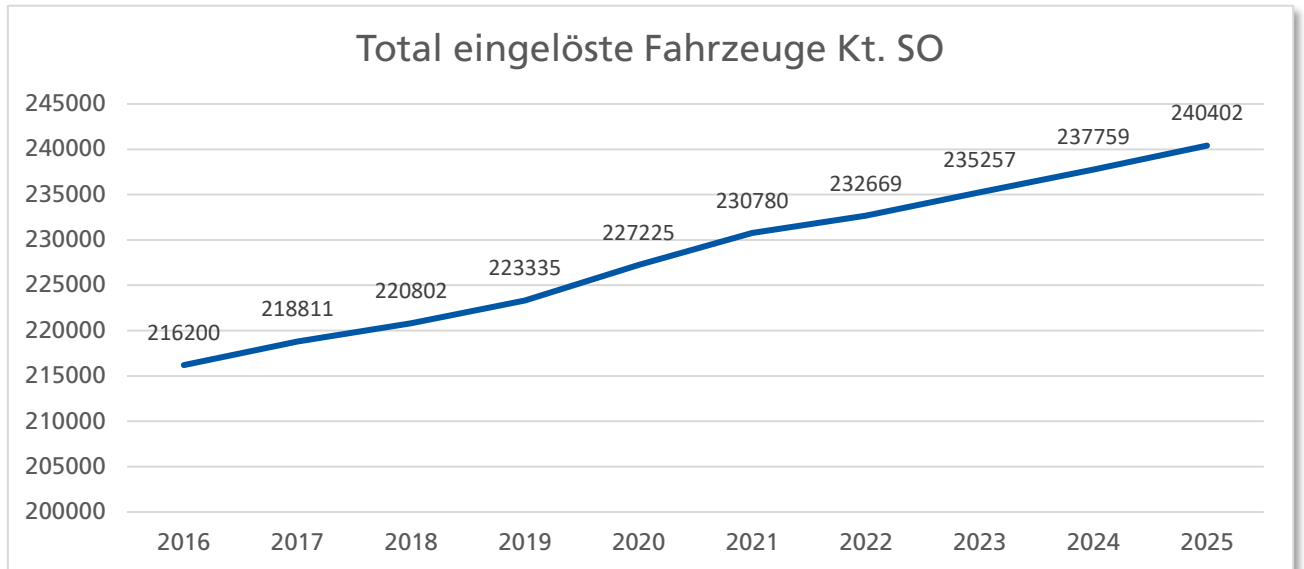
➤ **+ 8,8 % Zunahme** auf den Autobahnen A1, 2 und 5



Quellen: Bundesamt für Strassen (ASTRA) / Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT)

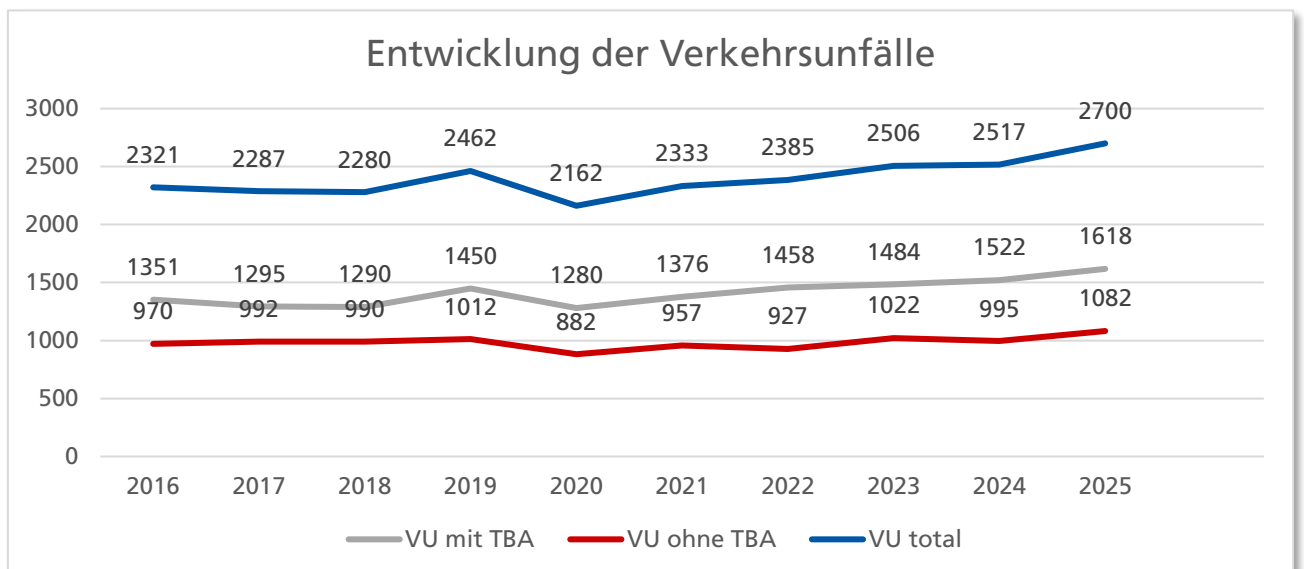
²² Die Werte werden im gängigen Format des durchschnittlichen täglichen Verkehrs (DTV) dargestellt. Dabei handelt es sich um eine zentrale Kennzahl in der Verkehrsplanung und Verkehrsstatistik, die das Verkehrsaufkommen an einem durchschnittlichen Tag im Jahr (während 24 Stunden) ausdrückt.

Abbildung 9:
Entwicklung des Fahrzeugbestandes mit Immatrikulation im Kanton Solothurn
➤ **+ 11,2 % Zunahme**



Quelle: MFK

Abbildung 10:
Entwicklung der Verkehrsunfälle
➤ **+ 16,3 % Zunahme** aller Verkehrsunfälle (VU); **+ 19,8 % Zunahme** der Verkehrsunfälle mit Tatbestandsaufnahme (TBA)



Quellen: ASTRA / Kapo Solothurn

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist im Zeitraum 2016–2025 kontinuierlich gestiegen. Damit einhergehend hat sich auch der Aufwand für die polizeiliche Sachverhaltsabklärung und die anschließende statistische Erfassung in den vergangenen Jahren erhöht. Trotz durchgeführter Effizienzmassnahmen und punktuellen Reduktionen in der Unfallrapportierung bleibt der Gesamtaufwand hoch bzw. ist weiter angestiegen.

Gründe dafür sind insbesondere:

- Komplexere Unfallhergänge im Mischverkehr;
- Höhere Anforderungen an die Beweissicherung;
- Zunehmende administrative und statistische Anforderungen.

Die aktuelle Entwicklung zeigt einen markanten Anstieg von Ermittlungen im Zusammenhang mit Raserdelikten. Diese betreffen sowohl Fälle mit Verkehrsunfällen – teilweise mit klaren Indizien wie Driftspuren und deaktiviertes Fahrstabilisierungssystem – als auch Ereignisse ohne Unfall, die auf Grundlage von Videoauswertungen oder Hinweisen im Auftrag der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Die entsprechenden Verfahren sind mit aufwändigen und zeitintensiven Ermittlungsarbeiten verbunden. Die Zahl der Ermittlungen im Bereich des Strassenverkehrsgesetzes ist von 16 Fällen im Jahr 2024 auf 36 Fälle im Jahr 2025 angestiegen, was einer Zunahme von 125 % entspricht.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der deutlich verschärften Strafverfolgungspraxis²³, weshalb ein langjähriger Vergleich nicht möglich ist.

Das Ausmass der Fälle bringt bereits jetzt die personellen Ressourcen bei der Verkehrstechnik (VT) an die Grenzen. Die Bearbeitung erfolgt hauptsächlich im Fachbereich der Verkehrsunfalltechnik durch zwei spezialisierte Mitarbeitende, die über das notwendige Know-how verfügen. Die Aufgaben umfassen unter anderem das Sichern digitaler Spuren in Fahrzeugen, den Ausbau und das Auslesen von Steuergeräten sowie die Aufbereitung und Bewertung der gewonnenen Daten. Ergänzend werden teils sehr umfangreiche Ermittlungen durchgeführt, entweder zur Unterstützung der polizeilichen Sachbearbeitung (Grundversorgung) oder durch vollständige Übernahme der gesamten Fallbearbeitungen.

Ein weiterer relevanter Faktor ist die seit Juli 2024 geltende gesetzliche Vorschrift zur ereignisbezogenen Datenaufzeichnung (Event Data Recorder) in neu zugelassenen Fahrzeugen. Diese führt dazu, dass zunehmend fahrzeuginterne Daten – auch unabhängig von Raserdelikten – im Auftrag der Staatsanwaltschaft nach Verkehrsunfällen ausgelesen und ausgewertet werden müssen.

Insgesamt zeigt die Entwicklung der letzten zehn Jahre, dass die verkehrspolizeiliche Arbeit im Kanton Solothurn sowohl quantitativ als auch qualitativ anspruchsvoller geworden ist. Neben dem anhaltenden Wachstum des Verkehrsaufkommens und der Verkehrsunfälle führen neue Mobilitätsformen, technische Entwicklungen bei Fahrzeugen sowie sich laufend verändernde gesetzliche Rahmenbedingungen zu einer zunehmenden Komplexität der Aufgaben. Dies betrifft sämtliche Bereiche der Verkehrspolizei – von der Prävention über die Repression bis hin zur Unfallbearbeitung und den spezialisierten Ermittlungen.

²³ Diese Verschärfung ist primär auf Impulse anlässlich einer Verkehrsunfallfachtagung 2024 zurückzuführen. Seither werden Sachverhalte vermehrt und konsequenter als Raserdelikte qualifiziert. Es handelt sich somit um ein vergleichsweise neues Rechtspraxisphänomen.

2.2.4 Polizeiliche Unterstützungsleistungen

Gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über die Kantonspolizei unterstützt die Kapo die Behörden bei der Durchsetzung der Rechtsordnung im Rahmen dieses Gesetzes und der Spezialgesetzgebung.

Gestützt auf diese Bestimmung erledigt die Kapo beispielsweise für die Amtsschreibereien und die Motorfahrzeugkontrolle diverse vorgegebene Tätigkeiten, insbesondere:

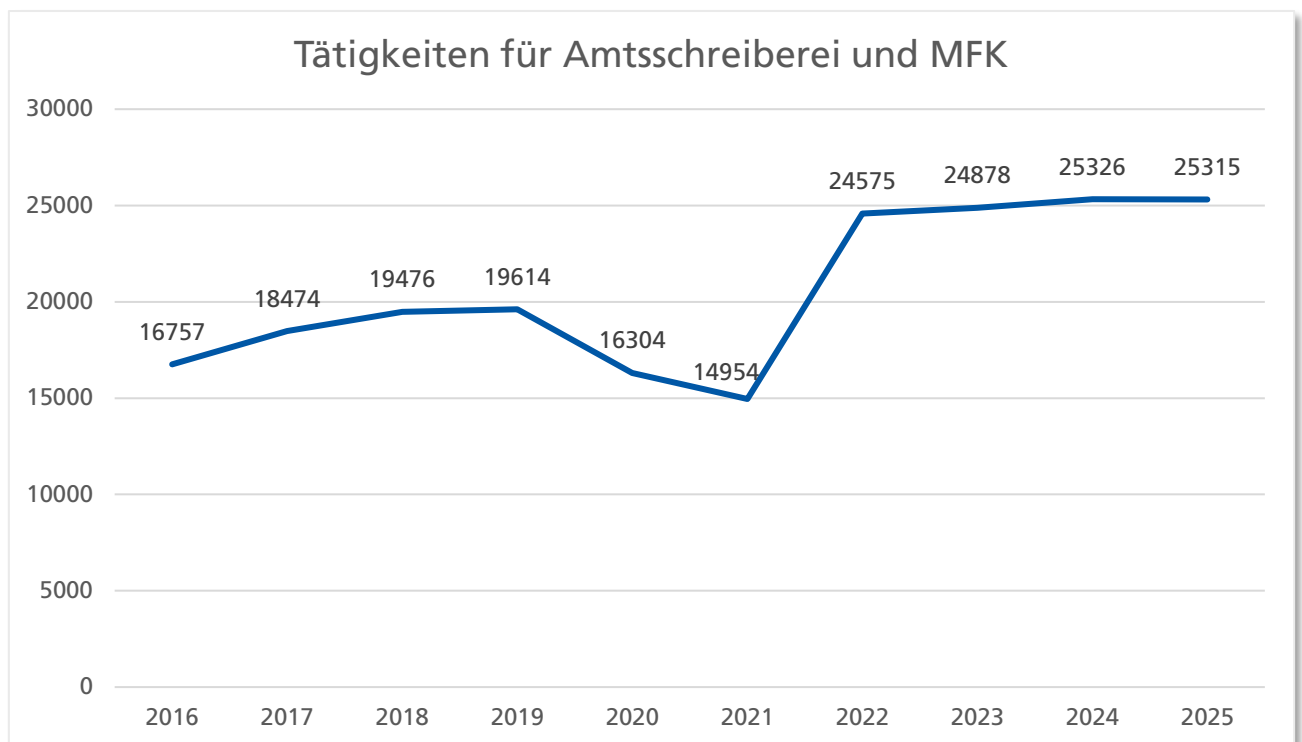
- Zustellungen von Zahlungsbefehlen, Gerichtsurkunden und Vorführungen von Personen an die Betreibungsämter und Gerichte;
- Einzug von Kontrollschildern.

Das Volumen dieser Unterstützungsleistungen hat ebenfalls signifikant zugenommen, wie die nachfolgenden Grafiken aufzeigen.

Abbildung 11:

Geleistete Tätigkeiten der Kapo im Auftrag der Amtsschreiberei sowie der Motorfahrzeugkontrolle Solothurn

➤ **+ 51 % Zunahme** dieser Leistungen zu Gunsten Dritter

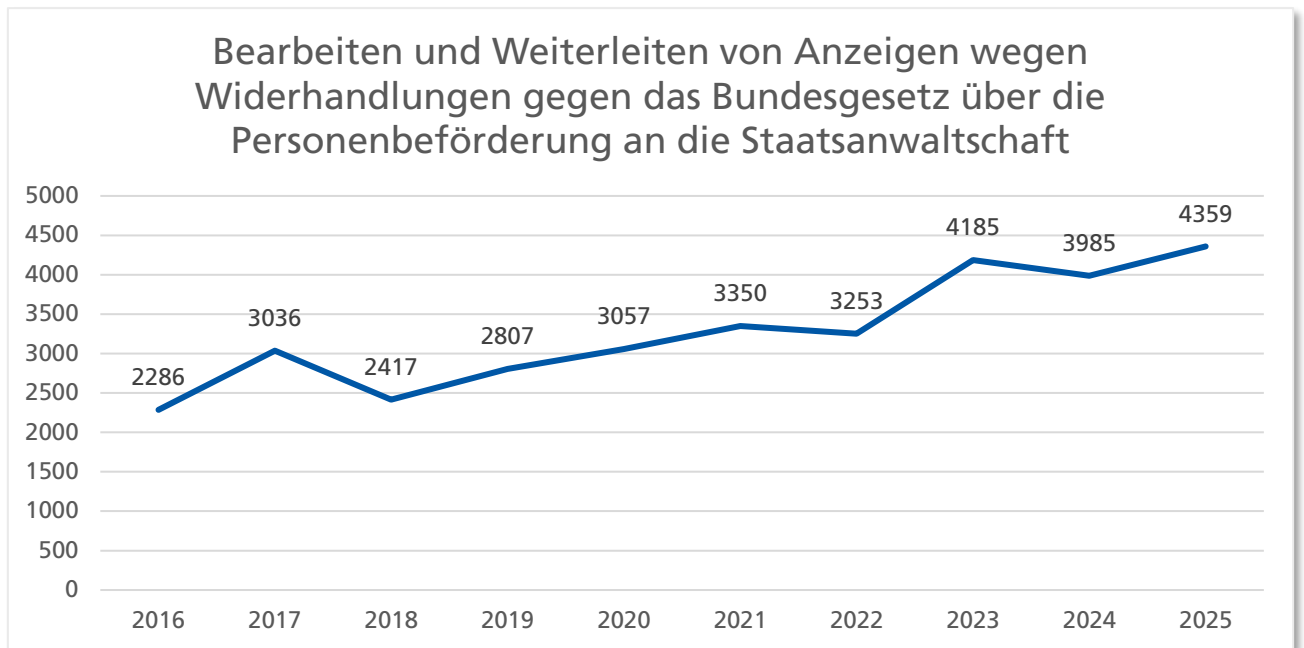


Quelle: Geschäftskontrolle Kapo Solothurn

Abbildung 12:

Geleistete Tätigkeiten der Kapo bezüglich der Bearbeitung und Weiterleitung von Anzeigen wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Personenbeförderung an die Stawa

➤ **+ 90,7 % Zunahme** der Fälle

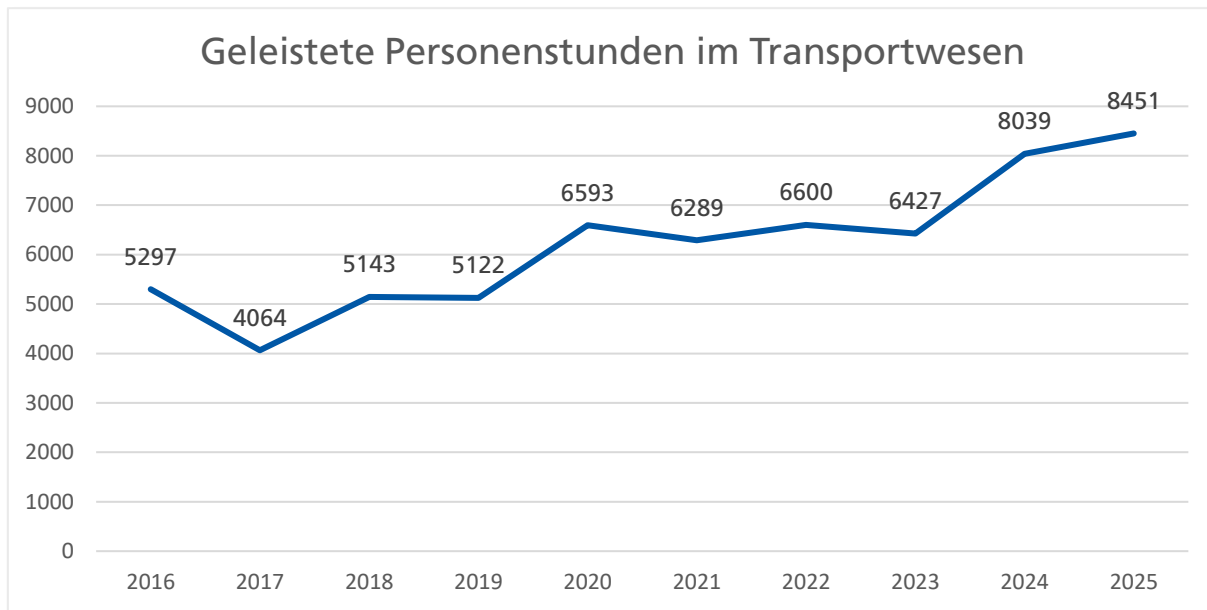


Quelle: Polizei Kanton Solothurn – Informationsdienst (InfD)

Im Kanton Solothurn führt die Kapo praktisch alle Transporte von inhaftierten Personen durch. Der grösste Anteil dieser Transporte wird für das Amt für Justizvollzug ausgeführt. Die meisten Transporte ergeben sich dabei aufgrund von Arzt- und Zahnarztbesuchen. Zu den weiteren Transportgründen gehören Vorführungen beim Gericht und der Staatsanwaltschaft als auch Verlegungen in andere Anstalten.

Abbildung 13:

➤ **+ 59 % Zunahme** an Stunden im Transportwesen



Quelle: Kosten-/Leistungsrechnung

Zusätzlich übernimmt die Kapo neben dem Transportwesen und der ganzen Koordination der JailTrainStreet- Transporte²⁴ auch Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden und illegal anwesenden Personen. Dieser Aufwand hat ebenfalls zugenommen, wofür die immer höheren personellen Anforderungen²⁵ verantwortlich sind.

Nebst diesen Massengeschäften, welche in den vergangenen zehn Jahren teilweise stark zugenommen haben, werden auch noch weitere Aufgaben für andere kantonale oder Bundesstellen erbracht. Es sind dies insbesondere:

- Festnahmen im Auftrag des Amtes für Justizvollzug;
- Begleitung der Oberämter bei Exmissionen;
- Begleitung des Veterinärdienstes bei Kontrollen;
- Erstellen fürsorglicher Informationsberichte zuhanden der KESB;
- Kontrollen der Witischutzzone im Auftrag des Amtes für Raumplanung;
- Vollzug des Waffengesetzes sowie Unterstützung des Kreiskommandos beim Vollzug von Waffeneinzugsaufträgen;
- Tätigkeiten des Kantonalen Nachrichtendienstes.

Bei diesen Leistungserbringungen – alle mit signifikanten Zunahmen – handelt es sich um Aufgaben die zu erfüllen sind, jedoch keine polizeilichen Kernaufgaben darstellen.

²⁴ JailTrainStreet-Transporte: Schweizweites Gefangenentransportsystem. Dabei handelt es sich um ein koordiniertes Transportnetz für inhaftierte Personen, das von den Polizeikörpern und Justizbehörden gemeinsam betrieben wird.

²⁵ Beispielsweise müssen bei Level 3 Ausschaffungen jeweils für eine auszuschaffende Person 6 AdP für den Flug (hin und zurück) eingesetzt werden.

Zudem betreibt und unterhält die Kapo seit 2014 ein interdisziplinäres Kantonales Bedrohungsmanagement. Die Fachstelle (FS) Kantonales Bedrohungsmanagement der Kapo setzt sich für die Verhinderung von schweren zielgerichteten Gewalttaten ein. Dabei geht es darum, Eskalationsgefahren bei einzelnen Personen oder Gruppen möglichst früh zu erkennen, diese einzuschätzen und schliesslich das Risikopotenzial zu entschärfen. Nebst der FS Kantonales Bedrohungsmanagement sind im entsprechenden Dienst auch noch die FS Häusliche Gewalt und die FS Brückenbauer und Radikalisierung angesiedelt.

Weiter sind mehrere Angehörige der Kapo im Kantonalen Führungsstab sowie in den Regionalen Führungsstäben vertreten, in welchen sie ihr Wissen und Können einbringen.

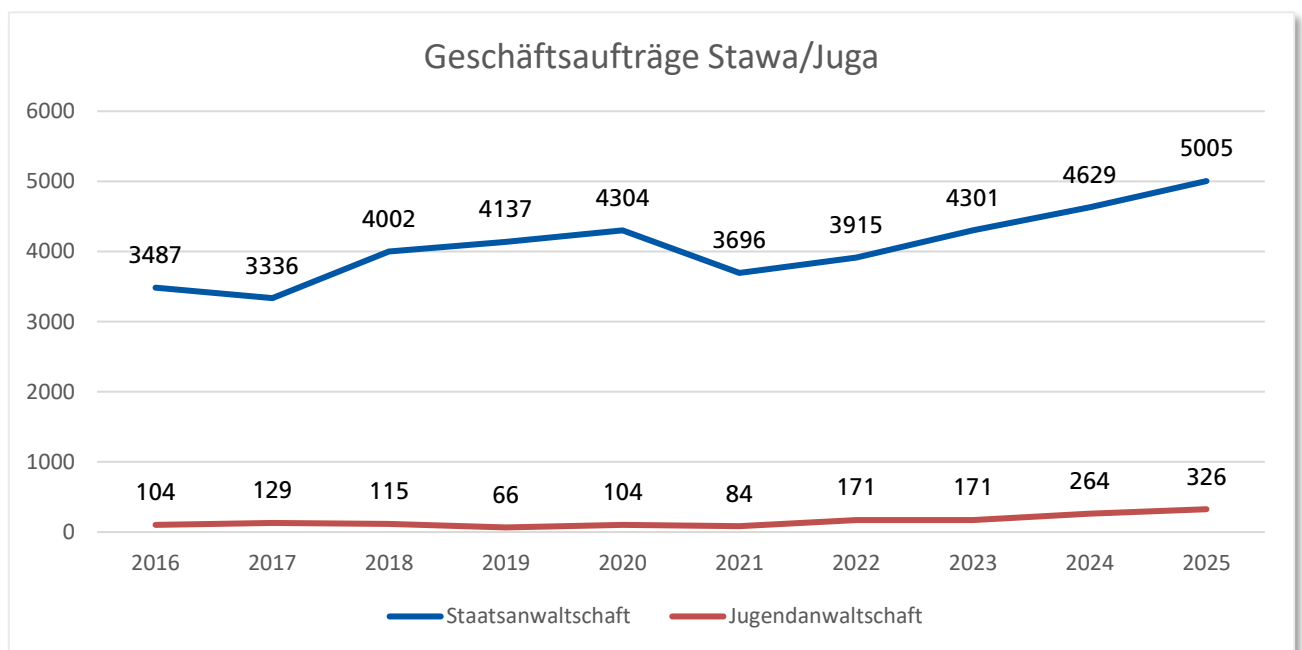
2.2.5 Mehr und komplexere Verfahren

Die markante Zunahme an gerichtspolizeilichen Tätigkeiten zeigt sich eindrücklich in der untenstehenden Abbildung (sowie in den Abbildungen 1, 2 und 12).

Abbildung 14:

Anzahl Geschäftsaufträge der Staatsanwaltschaft (Stawa) und der Jugendanwaltschaft (Juga)

➤ **+ 48,5 % Zunahme** der Geschäftsaufträge



Quelle: Polizei Kanton Solothurn – Informationsdienst (InfD)

Die Zunahme der Geschäftsaufträge der Stawa und der Jaga ist Ausdruck der allgemeinen Deliktentwicklung (siehe 2.2.1) und nicht auf eine veränderte Auftragspraxis zurückzuführen. Die Zusammenarbeit zwischen Kapo und Stawa wurde im Rahmen eines gemeinsamen Projekts zur Optimierung der Zusammenarbeit vertieft überprüft und dabei aus gesamtheitlicher Sicht als effizient und gut beurteilt (siehe 3.4.1).

Hinzu kommt, dass parallel zu dieser zahlenmässigen Entwicklung die jeweilige Fallbearbeitung komplexer geworden ist. Exemplarisch zeigt sich das bei den Mobiltelefonen, welchen praktisch in sämtlichen Strafverfahren ein wichtiger Stellenwert für die Beweisführung zukommt. In ihnen finden sich häufig die entscheidenden Elemente, um beschuldigte Personen überführen und das Verfahren zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können. Bei Sicherstellungen und Auswertungen liegt der Fokus also meist auf Mobiltelefonen.

Dies ist auch der Verteidigung bewusst. Deshalb wird zunehmend die Siegelung verlangt, wodurch ein aufwändiges Entsiegelungsverfahren eingeleitet wird. Das Zwangsmassnahmengericht prüft in der Folge die Akten, die Anträge der Verteidigung sowie der Staatsanwaltschaft und entscheidet anschliessend, ob die Geräte forensisch ausgewertet werden dürfen oder nicht. Es kam in den letzten Jahren praktisch nie vor, dass eine Auswertung durch das Gericht verweigert wurde; teilweise wurden sie jedoch eingeschränkt. Für die Polizei und die Staatsanwaltschaft bedeutet das Siegelungsverfahren in Haftsachen in jedem Fall einen Mehraufwand und einen Zeitverlust.

Auf Mobiltelefonen finden sich nicht selten Hunderttausende Fotos und Videos, die gesichtet werden müssen. Hinzu kommt die Auswertung weiterer für das Strafverfahren möglicherweise wichtiger Informationen.

Was vor wenigen Jahren noch eine überschaubare Aufgabe war, ist aufgrund der grossen Speicherkapazitäten heutiger Geräte zu einer sehr zeitintensiven Tätigkeit geworden, die Spezialwissen erfordert und häufig mehrere Mitarbeitende gleichzeitig bindet. Wird das Mobiltelefon nicht in deutscher Sprache genutzt, ist zusätzlich der Beizug einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers erforderlich, was den Aufwand weiter erhöht.

Bei schweren Delikten stehen der Polizei verschiedene gesetzlich geregelte verdeckte Ermittlungsinstrumente zur Verfügung. Deren Einsatz erfolgt ausschliesslich unter den vorgesehenen rechtlichen Voraussetzungen (Anordnung der Staatsanwaltschaft und Bewilligung des Zwangsmassnahmengerichts wo erforderlich). Für die Aufklärung komplexer Kriminalfälle gehören solche technischen und taktischen Massnahmen zum optimalen und auch notwendigen Standard, ohne den sich Ermittlungserfolge kaum mehr einstellen würden. Gleichzeitig sind sie aber mit einem erheblichen personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden.

Besonders aufwändig sind die Auswertung grosser Daten- und Informationsmengen, die sorgfältige Dokumentation der Ergebnisse sowie deren Aufbereitung für das Strafverfahren. Je nach Verfahren müssen zudem Fachpersonen und/oder Dolmetschende beigezogen werden, was den Aufwand zusätzlich erhöht.

Gerade bei umfangreichen Verfahren muss deshalb frühzeitig geprüft werden, welche Massnahmen notwendig, verhältnismässig und mit den vorhandenen Ressourcen umsetzbar sind. Es muss deshalb laufend priorisiert werden, damit die verfügbaren Mittel wirksam eingesetzt werden können. Dies erfordert eine enge Führung und sorgfältige Koordination.

Zweifelsohne ist die Bekämpfung der Kriminalität in den letzten Jahren viel aufwändiger geworden. Dies hat nicht zuletzt mit den erheblichen technischen Fortschritten zu tun, die auch von der Täterschaft gezielt genutzt werden. Genau aus diesem Grund hat die Kapo auch den Bereich

der technischen Ermittlungsunterstützung ausgebaut (die Ermittlungsunterstützung umfasst unter anderem digitale Ermittlungen, technische Überwachungsmaßnahmen und Applikationen, Mobile- und IT-Forensics etc.). Es liegt jedoch auf der Hand, dass sich die technologische Entwicklung weiterhin beschleunigt. Entsprechend müssen auch die polizeilichen Fähigkeiten und Mittel laufend und zeitnah angepasst werden. Dies erfordert den kontinuierlichen Ausbau spezialisierter Fachkompetenzen und damit den Einsatz zusätzlicher Spezialistinnen und Spezialisten.

2.2.6 Rechtsstaatliche Anforderungen / Offenlegung von Massnahmen / Aktenführung (Verschriftlichungen)

Die Anforderungen an ein rechtsstaatliches Strafverfahren sind in den letzten Jahren weiter angestiegen und wirken sich unmittelbar auf den Arbeitsaufwand der Kapo aus.

Jede wesentliche Ermittlungshandlung ist nachvollziehbar zu begründen, zu protokollieren und aktenkundig zu machen. Dies betrifft nicht nur klassische Einvernahmen, sondern zunehmend auch verdeckte oder technische Massnahmen, deren Anordnung, Durchführung und Auswertung detailliert dokumentiert und nach den jeweiligen Massgaben offengelegt werden müssen. Gleichzeitig steigt die Erwartungshaltung von Staatsanwaltschaften, Gerichten und Verteidigungen hinsichtlich der Qualität, Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der Aktenführung kontinuierlich an. Die fortschreitende Digitalisierung verstärkt diesen Effekt zusätzlich: Kommunikationsdaten, digitale Spuren und umfangreiche Datenträger müssen nicht nur ausgewertet, sondern auch strukturiert dokumentiert und rechtssicher in die Verfahrensakten integriert werden.

Diese Entwicklung führt dazu, dass ein wachsender Anteil der Arbeitszeit von Ermittlerinnen und Ermittlern nicht mehr in operative Tätigkeiten, sondern in formelle Prozesshandlungen und Verschriftlichungen fliesst. Ohne eine entsprechende Anpassung der personellen Ausstattung besteht die Gefahr, dass sich Verfahren verlängern, Priorisierungen zulasten der Breite der Strafverfolgung erfolgen müssen oder die Qualität der Verfahren unter Druck gerät.

2.2.7 Technik (Infrastruktur und Arbeitsgeräte)

Der Dienst ICT (Informations- und Kommunikationstechnologie) stellt den stabilen und sicheren Betrieb der gesamten IT-Landschaft der Kapo sicher und ist damit heute eine zentrale Voraussetzung für nahezu alle Geschäftsprozesse.

Mit einem kleinen Team von aktuell 18 Mitarbeitenden (15,5 FTE) verantwortet der Dienst ICT den Betrieb einer heterogenen Systemlandschaft an allen Standorten der Kapo und betreibt darüber hinaus zwei eigene Rechenzentren. Das Leistungsportfolio umfasst 1200 Polycom Funkgeräte, über 800 Computer-Arbeitsplätze/Notebooks, 700 Mobilgeräte und mehr als 250 Fachapplikationen, sowie modernen SaaS²⁶-Lösungen. Gleichzeitig unterstützt der Dienst ICT die kontinuierliche Weiterentwicklung und Digitalisierung der Geschäftsprozesse.

Der überwiegende Teil der verfügbaren Kapazität des Dienstes ICT wird aktuell für den operativen Betrieb sowie die Sicherstellung des Tagesgeschäfts eingesetzt. Dies umfasst insbesondere Supportleistungen, Systembetrieb, Wartung sowie die kontinuierliche Sicherstellung der Verfügbarkeit aller geschäftskritischen Systeme. Neben dem operativen Betrieb übernimmt der Dienst ICT eine zentrale Rolle in der Weiterentwicklung und Digitalisierung des Unternehmens und hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Digitalisierungsbestrebungen umgesetzt. Auch

²⁶ Software as a Service (SaaS) bezeichnet ein Cloud-Computing-Modell, bei dem Software nicht lokal installiert, sondern über das Internet als Dienst gemietet wird, beispielsweise PTI Produkte.

aktuell befinden sich mehrere Projekte zur Effizienzsteigerung und Zukunftssicherung in der Planung und Umsetzung.

Die parallele Umsetzung von Projekten bei gleichzeitig laufendem Betrieb stellt eine besondere Herausforderung dar und erfordert eine gezielte Priorisierung und effiziente Ressourcennutzung.

Die Anforderungen an die ICT steigen weiterhin kontinuierlich. Treiber hierfür sind insbesondere:

- zunehmende Digitalisierung von Geschäftsprozessen;
- steigende Sicherheitsanforderungen;
- wachsende Systemkomplexität;
- steigendes Supportvolumen und hohe Serviceanforderungen;
- höhere Erwartungen an Verfügbarkeit und Geschwindigkeit.

Gleichzeitig bleibt die personelle Ausstattung konstant bzw. wächst nicht in der gleichen Masse wie die Anforderungen. Die ICT begegnet dieser Entwicklung mit Standardisierung, Automatisierung sowie einer hohen Eigenverantwortung innerhalb des Teams. Dennoch führt die zunehmende Verdichtung der Aufgaben zu einer steigenden Belastung.

Orientiert man sich an Benchmarks von Gartner²⁷ sollte im Durchschnitt ein Servicedesk-Mitarbeitender pro 70 Mitarbeitende eingesetzt werden. Hochgerechnet auf die Belegschaft der Kapo müssten folglich neun Mitarbeitende im Service Desk arbeiten. Aktuell stehen hierfür nur vier Mitarbeitende zur Verfügung. Diesem Umstand wird intern Rechnung getragen, indem der operative ICT-Betrieb fachbereichsübergreifend unterstützt wird und so der Betrieb trotz der beschriebenen personellen Situation aktuell sichergestellt werden kann. Dies ist insbesondere auf gezielte Effizienzmassnahmen zurückzuführen. Dazu zählen insbesondere der Aufbau und die Nutzung von Wissensdatenbanken, die Förderung von Hilfe zur Selbsthilfe in den Fachbereichen sowie die konsequente Standardisierung von Prozessen und Systemen.

Die Analyse zeigt jedoch, dass die vorhandenen Kapazitäten ausgelastet sind und nur sehr begrenzter Spielraum für die Umsetzung zusätzlicher Projekte und Innovationen besteht. Um die fortschreitende Digitalisierung weiterhin aktiv vorantreiben und gleichzeitig den steigenden Anforderungen an Informationssicherheit, Datenschutz, Datenkonsistenz, Betriebssicherheit sowie Supportqualität unter Einhaltung regulatorischer Vorgaben gerecht werden zu können, sind zusätzliche ICT-Ressourcen erforderlich.

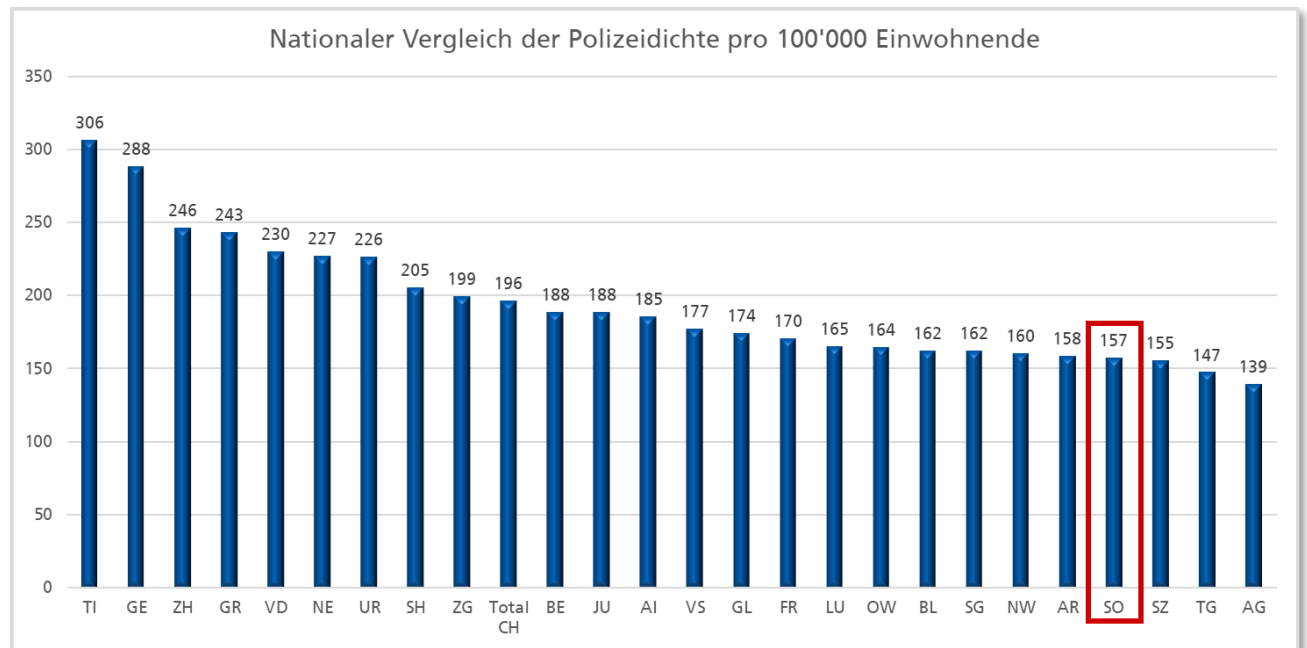
2.2.8 Polizeidichte und Verhältnis Polizeidichte zu Deliktsbelastung im interkantonalen Vergleich

Die beiden Abbildungen 15 und 16 zeigen die nachteilige Position der Kapo, letztlich des Kantons Solothurn auf. Die Solothurner Polizeidichte per 1.1.2026 ist äusserst gering (viertiefster Wert) und in Verbindung mit der Kriminalitätsbelastung (PKS 2025) bedeutet dies, dass im Kanton Solothurn die dritthöchste Kriminalitätsbelastung mit der viertiefsten Polizeidichte bewältigt werden muss. Dem Kanton kommt eine klare Aussenseiterrolle zu. Eindrücklich auch der Kantonsvergleich in Abbildung 18.

²⁷ Gartner ist ein führendes Forschungs- und Beratungsunternehmen, das Analysen zu Wirtschaft und Technologie anbietet.

Abbildung 15:

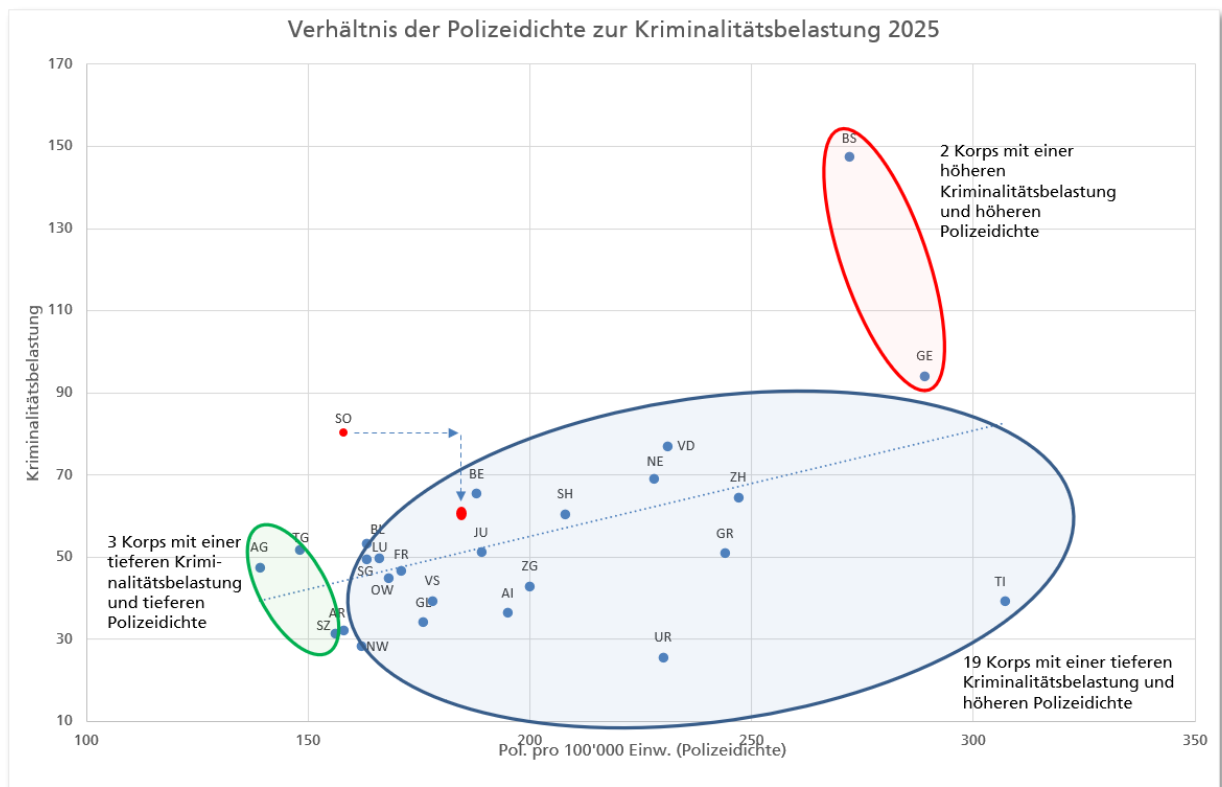
➤ *Solothurner Polizeidichte per 1.1.2026 – Kanton Solothurn an 23. Stelle aller Kantone*



Quelle: KKPKS – Für die Polizeidichte werden sämtliche Pol I-IV inklusive derjenigen der Gemeinde- und Stadtpolizeien berücksichtigt.

Abbildung 16:

- Missverhältnis in Bezug auf Polizeidichte und Kriminalitätsbelastung, insbesondere im interkantonalen Vergleich.
- Weitere Ausführungen zur geplanten mittelfristigen Entwicklung siehe Ziffer 5.2.1



Quellen: PKS & KKPKS

2.2.9 Belastungen allgemein

Forschung und Praxis zeigen, dass die Belastungen im Polizeiumfeld auf hohem Niveau sind und in einzelnen Bereichen zunehmen. Neben bekannten Beanspruchungen wie Schichtdienst, unregelmässigen Arbeitszeiten und der Konfrontation mit kritischen Ereignissen gewinnen psychische Anforderungen an Bedeutung, etwa durch komplexere Einsätze, steigende Erwartungen der Bevölkerung und Politik sowie zusätzlichen administrativen und rechtlichen Vorgaben. Europäische und schweizerische Erhebungen zeigen, dass insbesondere eine hohe Arbeitsbelastung, atypische Arbeitszeiten, Zeitdruck sowie die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu den zentralen psychosozialen Risikofaktoren am Arbeitsplatz zählen. Dies geht namentlich aus der Erhebung «OSH Pulse – Occupational Safety and Health in Post-Pandemic Workplaces» der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) sowie aus dem Faktenblatt «Arbeitsbedingungen, Wohlbefinden und Produktivität bei Erwerbstätigen in der Schweiz während der Covid-19-Pandemie» von Gesundheitsförderung Schweiz hervor.

Eine **Mitarbeitendenbefragung der Kapo im Herbst 2024** zeigte bei gleichzeitig hoher Arbeitszufriedenheit auch relevante Belastungsfaktoren. Hervorzuheben ist die wechselseitige Beeinträchtigung von Arbeits- und Privatleben (z.B. unregelmässige Arbeitszeiten, gedankliche Belastung, Kinderbetreuung). Vertiefende Analysen in Organisationseinheiten verweisen dabei auf strukturelle Faktoren wie steigende Anforderungen im Polizeiberuf, anhaltenden Zeitdruck und begrenzte personelle Ressourcen. Zudem wurde auf den Personalbestand einzelner Dienste hingewiesen, der über Jahrzehnte bei stetig wachsender Bevölkerung unverändert geblieben sei. Insbesondere die Kombination aus dem wachsenden Aufgabenspektrum und dem aktuellen Personalbestand wurde durchwegs als herausfordernd beschrieben.

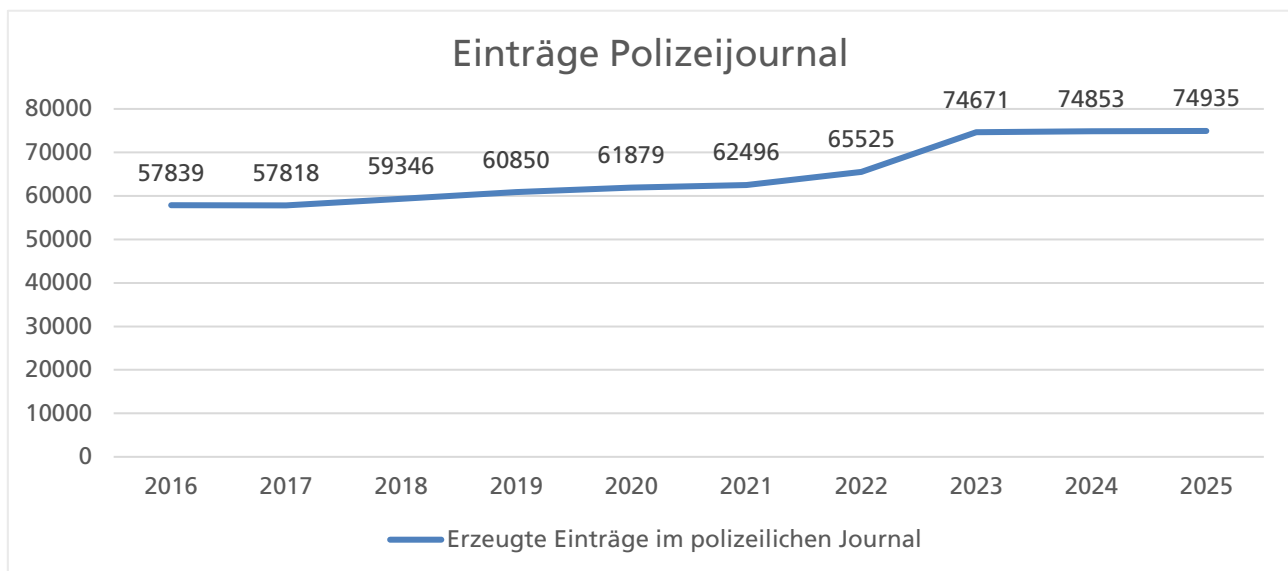
Rückmeldungen aus Mitarbeitendengesprächen mit den internen Fachstellen (Personal- und Organisationsentwicklung sowie Psychologischer Dienst) bestätigen diese Erkenntnisse. Wiederkehrend thematisiert werden die hohe Auftragslast, personelle Engpässe sowie Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Die Auswirkungen zeigen sich auch auf Führungsebene: Führungspersonen werden aufgrund begrenzter personeller Ressourcen vermehrt in operative Aufgaben eingebunden, wodurch weniger Kapazitäten für Führungs-, Entwicklungs- und Steuerungsaufgaben zur Verfügung stehen. Die nachfolgenden Auswertungen und Grafiken verdeutlichen diese Belastungssituation zusätzlich. So zeigt insbesondere Abbildung 18, dass die Solothurner Polizistinnen und Polizisten im gesamtschweizerischen Vergleich die höchste Anzeigenbelastung zu bewältigen haben.

Abbildung 17:

Einträge im Polizeijournal halten bereits erfolgte Tätigkeiten fest oder Massnahmen, welche im Rahmen eines Ereignisses ausgelöst und umgesetzt/ergriffen wurden.

Anzahl erzeugte Einträge im polizeilichen Journal (RapJour)

➤ **+ 29,6 % Zunahme** der Einträge im polizeilichen Journal

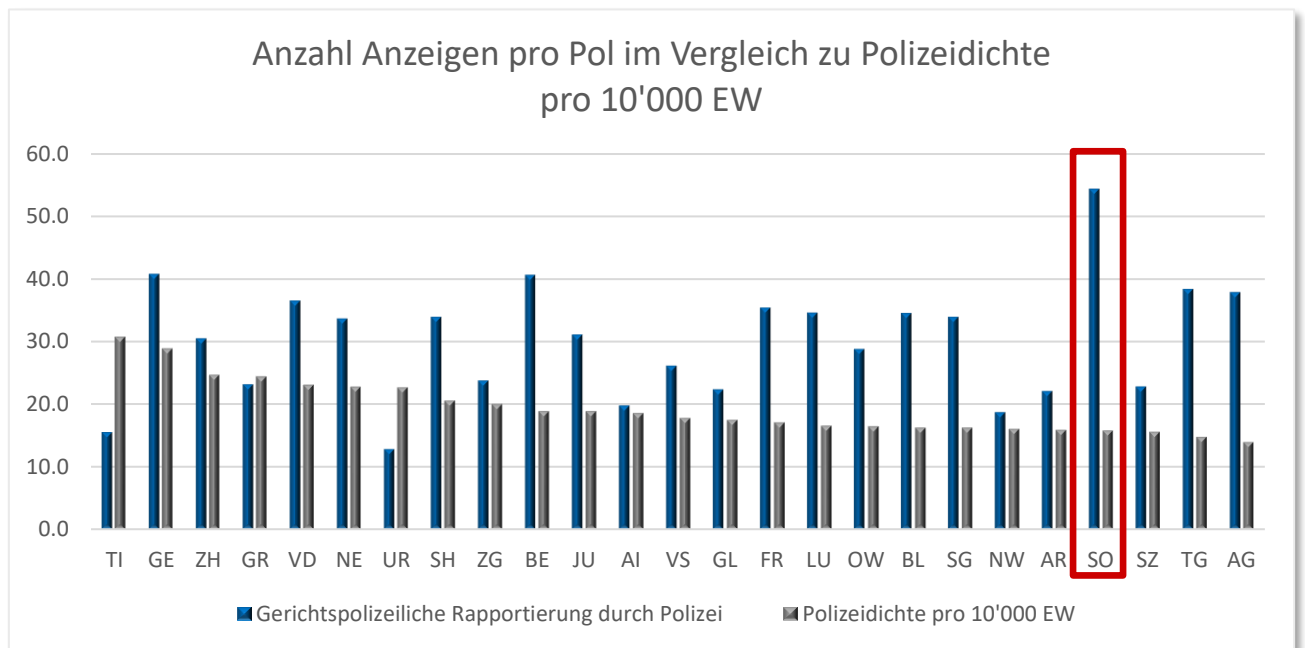


Quelle: Polizei Kanton Solothurn – Informationsdienst (InfD)

Abbildung 18:

Anzeigebelastung pro Mitarbeitende im kantonalen Vergleich (ohne BS aufgrund der gerichtspolizeilichen Fallbearbeitung durch Staatsanwaltschaft anstelle Polizei)

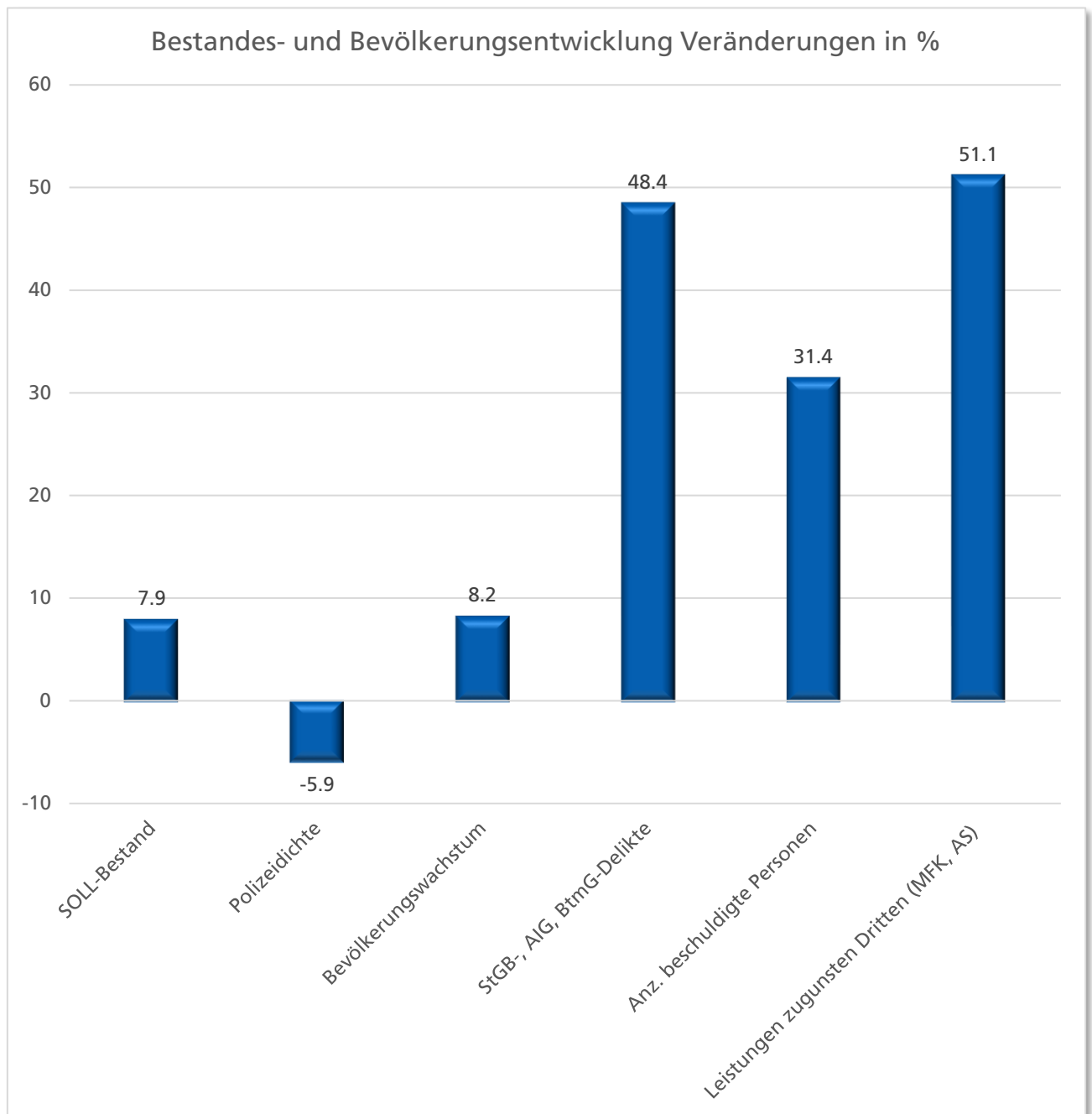
➤ Im Kanton Solothurn schreibt jede Polizistin und jeder Polizist neben anderen Aufgaben rund 55 Anzeigen/ Jahr. Die nächsten Korps folgen mit mindestens einer um 27,3 % reduzierten Belastung.



Quellen: PKS & KKPKS

Abbildung 19:

Diese Abbildung zeigt die Entwicklung verschiedener relevanter Faktoren im Zeitraum 2016–2026 und die daraus resultierende Belastung. Der Vergleich mit der Polizeidichte (Anzahl Polizistinnen und Polizisten im Verhältnis zu den Einwohnenden) verdeutlicht das zunehmende Missverhältnis zwischen den Anforderungen an die Aufgabenerfüllung und den dafür verfügbaren Personalressourcen.



Quellen: Soll-Bestand: Geschäftsberichte 2016 & 2025; Polizeidichte: KKPKS 1.1.2026 (ein Faktor für die negative Entwicklung ist die Verlängerung der Ausbildungszeit von einem auf zwei Jahre im Jahre 2021/2022) und Bevölkerungswachstum Q3; Anzahl Delikte und beschuldigte Personen: PKS 2016 & 2025; Leistungen zugunsten Dritten: (KLAR, Geschäftskontrolle InfD, Kapo 2016 & 2025).

3. Realisierte Effizienzsteigerungen

3.1 Sicherheitsabteilung

Innerhalb der Sicherheitsabteilung der Kapo werden die Prozesse laufend auf mögliche effizienzsteigernde Massnahmen überprüft. Die Herausforderung besteht jeweils in der Abhängigkeit zu anderen Partnern wie z.B. Staatsanwaltschaft, Migrationsamt etc. und den rechtlichen Rahmenbedingungen. Prozesse wurden in eigener Verantwortung und Kompetenz gestrafft; bei Abhängigkeiten wurde das Gespräch gesucht.

3.1.1 Verzicht auf schriftlichen Strafantrag

Bis 2024 wurde bei sämtlichen Anzeigen mit unbekannter Täterschaft (UT-Anzeigen) ein schriftlicher Strafantrag eingeholt. Nach einer Umfrage in umliegenden Kantonen zeigte sich, dass in einigen Kantonen bei UT-Anzeigen auf das Einholen eines schriftlichen Strafantrages verzichtet wird. Nach intensiven Gesprächen mit der Stawa gilt seit Mitte 2024 auch bei der Kapo diese Praxis: Bei UT-Anzeigen, bei welchen die Stawa nicht involviert ist, wird kein schriftlicher Strafantrag mehr verlangt. Es reicht, wenn die geschädigte Person ihren Willen mündlich äussert und die Polizei dies im Rapport entsprechend festhält. Dadurch können diese Fälle rascher und effizienter rapportiert werden.

3.1.2 Verminderung des Rapportaufwandes

Es wird fortlaufend geprüft, welchen Detaillierungsgrad die polizeilichen Rapporte aufweisen müssen. So wurde z.B. beim Verschriftlichen von Verkehrsunfällen und bei der Erstellung von Ermittlungsrapporten festgelegt, dass Informationen, welche bereits strukturiert erfasst worden sind, im Fliesstext nicht nochmals erwähnt werden müssen. Zudem wurden die Abläufe bei Rapportierungen von Betriebs- und Nichtbetriebsunfällen mit dem AWA und der Stawa überarbeitet und somit effizienter gestaltet.

3.1.3 Anpassung der Schalteröffnungszeiten

Im August 2024 wurden die Schalteröffnungszeiten an den 16 Standorten der Kapo angepasst und reduziert.²⁸ Neu sind die Schalteröffnungszeiten nicht mehr bei allen Standorten einheitlich. Dadurch konnte die Arbeitseffizienz und die Flexibilität der Mitarbeitenden erhöht werden (ungestörte Schreibarbeiten und erhöhte Möglichkeit des Ausrückens).

²⁸ Je nach Standort und Postengrösse, kleinere Posten sind an zwei Arbeitstagen geschlossen.

3.1.4 Einführung der Funktion «Sachbearbeiter/-in Fall» in der Sicherheitsabteilung

Im April 2026 wurde die neue Funktion «Sachbearbeiter/-in Fall» geschaffen. Die Aufgabe beinhaltet die Fallbearbeitung von Verfahren betreffend Hanf-Indooranlagen und die Abarbeitung von kriminellen Asylsuchenden und Personen ohne legalen Aufenthalt im «48 Std.-Verfahren²⁹». Durch die wiederkehrende Bearbeitung gleichartiger Fälle kann spezifisches Erfahrungswissen aufgebaut werden, was sich positiv auf die Qualität und Effizienz der Fallbearbeitung auswirkt. Die hierfür erforderlichen Stellen wurden innerhalb des bestehenden Stellenetats geschaffen.

3.1.5 Entlastung durch Wegfall von polizeilichen Aktivitäten im repressiven und präventiven Bereich

Im Verlauf der letzten Jahre konnten mehrere präventive Aktionen und Kontrollen aufgrund der dünnen Personaldecke nicht mehr durchgeführt werden. Es handelt sich vorliegend weniger um Effizienzgewinne als um Entlastungen und Priorisierungen. Exemplarisch zeigt sich an den nächsten Beispielen, dass ein Verzicht von Tätigkeiten jeweils gleichzeitig Lücken in der sicherheits- und kriminalpolizeilichen Grundversorgung hervorruft.

In den letzten Jahren wurden in den fünf Polizeiregionen die präventiven Grosskontrollen von zwei auf eine Kontrolle reduziert. Das Ziel dieser Grosskontrollen besteht darin, die Sicherheit im öffentlichen Raum und im Strassenverkehr zu erhöhen. Durch gezielte Fahrzeug- und Personenkontrollen sollen fahruntfähige Personen, gesuchte Personen und deliktsrelevante Gegenstände frühzeitig erkannt werden.

Ebenfalls wurde im Bereich der Kontrollen von Rotlichtbetrieben die Kontrollintensität von zwei auf einmal pro Jahr reduziert. Die Kontrollen dienen dazu, die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes (WAG) sicherzustellen, Missstände frühzeitig zu erkennen und die dort tätigen Personen zu schützen.

Die Sicherheitsabteilung verfügt seit mehreren Jahren über Ansprechpersonen für Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten und pflegt Kontakte zu Schulleitungen sowie zu Vertretenden weiterer Institutionen wie Gerichten, Asylunterkünften oder der SBB. Auch in diesem Bereich mussten in den letzten Jahren Abstriche gemacht werden. Während zu Beginn in der Regel zwei persönliche Kontakte pro Jahr stattfanden, ist heute meist nur noch ein Kontakt pro Jahr möglich.

Lagebedingte Entwicklungen können dazu führen, dass auch kurzfristig zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden müssen. Dies ist in der Regel nur möglich, wenn in anderen Bereichen weitere Verzichtspläne vorgenommen werden.

Bei der Anfrage um Entsendung von Polizistinnen und Polizisten für PKNW- oder IKAPOL-Einsätze³⁰ wird regelmässig betrieblich geprüft, ob das geforderte Kontingent gestellt werden kann, beziehungsweise, ob je nach Anzahl der entsandten Mitarbeitenden während der Einsatzdauer auf interne Ausbildungen verzichtet werden muss oder die kleinen Polizeiposten zu schliessen sind.

²⁹ Ziel dieses Verfahrens ist es, dass diese Fälle innerhalb von 48 Stunden abgeschlossen werden können, sodass den beschuldigten Personen sogleich ein Strafbefehl und wo möglich eine Ein- oder Ausgrenzungsverfügung des MISA und/oder eine Fernhalteverfügung nach KapoG ausgehändigt werden kann.

³⁰ Beispielsweise Grossanlässe wie Demonstrationen in Bern oder Basel, das WEF, die Ukraine-Konferenz und die G7-Konferenz.

Aufgrund der Zunahme von Delikten sowie von Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu einem beeinträchtigten Sicherheitsgefühl wurde im Frühling/Herbst 2025 die polizeiliche Präsenz primär am Hauptbahnhof Solothurn verstärkt. Diese Massnahme führte zu einem personellen Mehraufwand von rund fünf Vollzeitstellen. Die dafür erforderlichen Ressourcen mussten anderen Aufgabenbereichen entzogen werden, was eine Verichtsplanung notwendig machte und sich insbesondere auf die polizeiliche Präsenz sowie die Leistungen der Grundabdeckung auswirkte. Zusätzlich wurde im Herbst 2025 aufgrund der hohen EBD-/ESD-Zahlen ein weiterer Schwerpunkt gesetzt, der ebenfalls durch die Patrouillen der Grundabdeckung sichergestellt wurde.

Trotz stetiger Effizienzsteigerungen, umgesetzter Verichtsplanung und eines Zuwachses an Mitarbeitenden konnte aufgrund des überproportionalen Wachstums in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen keine spürbare Entlastung, beziehungsweise kein vollständiger Ausgleich erzielt werden. Auch im vergangenen Jahr mussten Verichtsplanungen realisiert werden, weil lagebedingte Schwerpunktsetzungen eine Umlagerung von Ressourcen erforderlich machten.

3.2 Kriminalabteilung

Die Kapo hat auch in sämtlichen Diensten der Kriminalabteilung umfassende Massnahmen zur Effizienzsteigerung umgesetzt. Ziel war es jeweils, Abläufe effektiver und effizienter zu gestalten. Die Bestrebungen zielten hauptsächlich auf die Standardisierung von Prozessen, dem gezielten Einsatz moderner Technologie sowie der Optimierung der Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Organisation wie auch mit den Partnerbehörden.

3.2.1 Standardisierung und Prozessoptimierung

In nahezu allen Diensten wurden Arbeitsprozesse vereinheitlicht und vereinfacht. Dazu gehören insbesondere:

- Einführung von Musterrapporten, Textbausteinen und strukturierten Vorlagen, welche die Rapportierungszeit verkürzen und gleichzeitig die Qualität erhöhen; Reduktion der Rapportierung auf das Wesentliche («so viel wie nötig, so wenig wie möglich»);
- Einführung klarer Fallmanagementstrukturen und Auftragsübersichten, wodurch Doppelspurigkeiten reduziert und Transparenz geschaffen wurden;
- Standardisierte Entscheidungs- und Ablaufhilfen für Frontkräfte, wodurch Abklärungen und Rückfragen reduziert wurden.

Diese Massnahmen führten durchgehend zu einer deutlichen Zeitersparnis und ermöglichten eine einheitlichere und nachvollziehbare Fallbearbeitung über die Dienste hinweg.

3.2.2 Digitalisierung und technologische Unterstützung

Ein zentraler Hebel für Effizienzsteigerungen ist der gezielte Einsatz moderner Technologien:

- Einsatz von geprüften KI-gestützten Auswertungen und automatisierten Analyseprozessen (z.B. in der digitalen Forensik und der digitalen Ermittlung);
- Aufbau leistungsfähiger Analyseumgebungen, die Daten um ein Mehrfaches schneller verfügbar machen; Nutzung spezialisierter Tools zur Auswertung digitaler Beweismittel und grosser Datenmengen;
- Einsatz moderner kriminaltechnischer Geräte (z.B. Spektrometer, Digitalmikroskope), welche Analysen beschleunigen und vereinfachen.

3.2.3 Spezialisierung und Zentralisierung von Komponenten

Durch gezielte organisatorische Anpassungen wurde Fachwissen gebündelt und effizienter eingesetzt:

- Aufbau spezialisierter Fachbereiche (z.B. digitale Ermittlung, Analyse, Forensik);
- Zentralisierung von komplexen Aufgaben bei Spezialisten, wodurch Frontkräfte entlastet werden;
- Dezentralisierung von Know-how (z.B. Mobile-Forensik-Satelliten), um Kompetenzen näher an den Einsatz zu bringen.

3.2.4 Optimierung der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit innerhalb der Polizei sowie mit der Staatsanwaltschaft (siehe auch Projektbericht Optimierung der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Kapo)³¹ wurde gezielt verbessert:

- Frühzeitige Einbindung der Staatsanwaltschaft zur Reduktion unnötiger Ermittlungen;
- Gemeinsame Definition von Beweis- und Wirkungszielen;
- Verbesserung der Schnittstellen zwischen Diensten (z.B. Analyse, Kriminaltechnik, Fahndung); Reduktion von Doppelspurigkeit durch direkte Integration von Fachbeiträgen in Rapporte.

Die umgesetzten Massnahmen zeigen messbare Erfolge. Ohne die zahlreichen Effizienzsteigerungen wäre die steigende Anzahl von Strafverfahren sowie die Zunahme der Aufträge der Staatsanwaltschaft mit einem nahezu unveränderten Personalbestand nicht zu bewältigen gewesen. Gleichzeitig konnte der administrative Aufwand reduziert und die Qualität der Fallbearbeitung verbessert werden, was sich unter anderem in einer geringeren Fehlerquote widerspiegelt.

Die vorhandenen Ressourcen werden heute deutlich effizienter eingesetzt als noch vor einigen Jahren. Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass das Potenzial für weitere Effizienzsteigerungen ausgeschöpft ist. Einerseits sind zahlreiche technische und organisatorische Optimierungsmassnahmen bereits umgesetzt. Andererseits führen neue technologische Möglichkeiten selbst wiederum zu zusätzlichen Aufgaben und Auswertungsmöglichkeiten, die personelle Ressourcen binden. Hinzu kommt, dass die Nutzung von KI-Anwendungen aufgrund der Bearbeitung besonders schützenswerter Daten nur eingeschränkt und unter hohen rechtlichen sowie sicherheitstechnischen Anforderungen möglich ist.

Trotz der erreichten Effizienzgewinne steigen sowohl die Anzahl als auch die Komplexität der Aufgaben weiter an. Damit verbunden nehmen auch die fachlichen, psychischen und physischen Anforderungen an die Mitarbeitenden zu. Die Entwicklung zeigt, dass Effizienzsteigerungen einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Aufgaben leisten, die quantitativ und qualitativ zunehmenden Anforderungen jedoch nicht dauerhaft kompensieren können.

³¹ RRB Nr. 2024/1102: Optimierung der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei – Projektbericht.

3.3 Kommandoabteilung

Innerhalb der Kommandoabteilung wurden und werden weiterhin gezielt Effizienzmassnahmen umgesetzt. Der Fokus liegt auf der Vereinfachung von Abläufen, der Reduktion administrativer Aufwände sowie der verbesserten Nutzung der vorhandenen Mittel.

Die nachfolgend aufgeführten Massnahmen zeigen die kontinuierliche Auseinandersetzung der Kommandoabteilung mit organisatorischen, logistischen und technischen Effizienzfragen. Bestehende Abläufe wurden überprüft, punktuell angepasst und dort weiterentwickelt, wo Vereinfachungen oder gezieltere Lösungen möglich waren. Die angestossenen und umgesetzten Massnahmen tragen dazu bei, Prozesse praxistauglich zu verbessern und die vorhandenen Ressourcen möglichst wirkungsvoll einzusetzen.

3.3.1 Informationsdienst (InfD)

Der Informationsdienst verfolgt verschiedene Massnahmen zur Effizienzsteigerung, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Verfahrensvereinfachung und Reduktion administrativer Doppelarbeiten.

Wesentliche umgesetzte und laufende Massnahmen zur Reduktion des administrativen Aufwandes:

- PolAssist³² dient als Hilfsmittel für die tägliche Arbeit und unterstützt Mitarbeitende mit Entscheidungsbäumen und strukturierten Arbeitshilfen. Das Instrument wird laufend erweitert und verbessert;
- Die Zusammenarbeit mit den Betreibungsämtern soll schrittweise digitalisiert werden, um papierbasierte Abläufe, manuelle Übertragungen und Medienbrüche zu reduzieren;
- In bestimmten Fällen wird auf zusätzliche Anhalterapporte bei RIPOL-Ausschreibungen verzichtet, wenn die ausschreibende Behörde über den relevanten Sachverhalt bereits auf anderem Weg informiert werden kann;
- Bereits erfasste Inhalte und Daten aus dem Grundrapport werden umfassender in den Erledigungsrapport übernommen. Dadurch konnten Doppelerfassungen reduziert und die Rapportierung vereinfacht werden.

³² PolAssist ist eine smartphonefähige Web-Applikation, die Polizistinnen und Polizisten bei der täglichen Arbeit im Einsatz unterstützt. Mithilfe dieser Applikation können sie schnell und effektiv auf Spezialwissen zugreifen, für welches sonst oft Rücksprachen oder Recherchen notwendig sind (Quelle: PTI).

3.3.2 Alarmzentrale (AZ)

Der Dienst AZ hat verschiedene organisatorische und technische Massnahmen umgesetzt, die auf eine gezieltere Einsatzsteuerung und eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen ausgerichtet sind.

Wesentliche umgesetzte Massnahmen:

- Einführung eines vereinfachten Prozesses für bestimmte Todesfallmeldungen, wodurch einzelne Arbeitsschritte entfielen und die Bearbeitung beschleunigt wurde;
- Schaffung einer verbindlichen Zuordnung in der Kommunikationsmatrix, um Meldende konsequenter an digitale Kanäle wie Suisse ePolice zu verweisen;
- Zielgerichtetes Aufgebot von Patrouillen nach Vorabklärung durch die Alarmzentrale, wodurch Patrouillen entlastet und weniger dringliche Anliegen auf alternative Kanäle oder zuständige Stellen gelenkt werden konnten;
- Effizientere Disposition der Einsatzmittel und optimierte Anfahrtszeiten durch Weiterentwicklung des Einsatzleitsystems in Kombination mit der Einsatzfahrzeugortung;
- Anpassung des Schichtmodells, um Personal innerhalb der Alarmzentrale gezielter zu Spitzenzeiten einzusetzen, führte zur besseren Abdeckung des Einsatzvolumens bei gleichem Personalbestand.

3.3.3 Finanz- und Rechnungswesen (FiRe)

Im Dienst FiRe stehen technische Weiterentwicklungen und die Digitalisierung von Kunden- und Bearbeitungsprozessen im Zentrum der Effizienzbestrebungen.

Wesentliche umgesetzte und laufende Massnahmen:

- Schnellere und effizientere Datenverarbeitung durch Updates der Ordnungsbussensoftware;
- Abwicklung von zahlbaren dringlichen Dienstfahrten der SoH (Rettungsdienst) über das Bussenportal; in Planung, dass Betroffene vorhandene Bilder künftig direkt im Bussenportal einsehen können;
- Die direkte Erfassung der Zulagen in SAP führte zu einer Reduktion des Aufwands bei der Weiterverarbeitung.

3.3.4 ICT

Die ICT leistet einen zentralen Beitrag zur Effizienzsteigerung und zur digitalen Weiterentwicklung des Korps.

Dabei übernimmt die ICT eine Schlüsselrolle in der Sicherstellung von Datensicherheit und Datenhoheit. Durch den kontrollierten Betrieb von Systemen, die Integration von Anwendungen sowie die Einhaltung sicherheitsrelevanter Vorgaben wird gewährleistet, dass sensible Informationen geschützt und konsistent verarbeitet werden.

Wesentliche umgesetzte Massnahmen:

- Durch die Bündelung von ICT-Aufgaben in einem gemeinsamen Dienst wurden Zuständigkeiten vereinheitlicht und Synergien besser nutzbar gemacht;
- Der First-Level-Support von POLYCOM wurde ausgelagert, um interne Ressourcen zu entlasten und Supportleistungen klarer zu strukturieren;
- Mit POLShare können Nutzende eigenständig und innert kurzer Zeit neue Kollaborationsbereiche erstellen und verwalten. Dies reduziert Abhängigkeiten von zentralen Stellen;
- Externe Fachunterstützung wird dort eingesetzt, wo internes Personal oder spezifisches Know-how nicht ausreichend verfügbar ist. Damit können Projekte und technische Aufgaben dennoch termingerecht umgesetzt werden;
- In mehreren Proofs of Concept werden Anwendungen künstlicher Intelligenz erprobt, unter anderem für Transkription, Wissensfindung und Dokumentenzusammenfassungen;
- Mit der Schaffung der Funktion ICT-Projektleitung wurde die Projektführung professionalisiert und die methodische Grundlage für ICT-Projekte gestärkt.

3.3.5 Logistik und Beschaffung (LoBe)

Der Dienst LoBe setzt Effizienzbestrebungen vor allem in der Bewirtschaftung von Fahrzeugen und in den Logistikprozessen um.

Wesentliche umgesetzte und laufende Massnahmen:

- Einführung einer Flottenverwaltungssoftware zur digitalen Unterstützung zentraler Abläufe im Fahrzeugwesen, etwa in den Bereichen Verwaltung, Kostenkontrolle, Beschaffung, Ausmusterung und Schadenmanagement;
- Weiterentwicklung der Logistikabläufe in SAP, Optimierung von Reservationen und Bestellanforderungen.

3.3.6 Kommandoabteilung (übergreifend)

Übergreifend hat die Kommandoabteilung (Kdo-Abt.) Effizienzbestrebungen vor allem über strukturelle Weiterentwicklungen und die Klärung von Zuständigkeiten umgesetzt.

Wesentliche umgesetzte Massnahmen:

- Mit der neuen Funktion «Dienstchef/-in polizeiliche Lage» werden Grundlagen und Strukturen für den Bereich polizeiliche Lage aufgebaut und vereinheitlicht. Ziel ist ein effizienterer Umgang mit Lageinformationen;
- Die organisatorische Umstrukturierung innerhalb der Abteilung dient dazu, Prozesse zu vereinfachen, Synergien besser zu nutzen und Ressourcen zielgerichteter einzusetzen.

3.3.7 Ideenmanagement

Seit 2017 gibt es bei der Kapo ein Ideenmanagement (aus der Praxis für die Praxis), welches den Mitarbeitenden die Gelegenheit gibt, Verbesserungsvorschläge einzureichen, einfach, digital und transparent. Bis heute wurden insgesamt rund 325 Ideen eingebracht, die zur Organisationsentwicklung, zur Effizienzsteigerungen oder anderen Verbesserungen beigetragen haben.

3.4 Grenzen von Effizienzsteigerungen und Effizienzgewinnen

3.4.1 Optimierung der Zusammenarbeit von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft

Im Nachgang zu einem externen Bericht (Plausibilisierung der Personaldotation der Stawa), welchen der Regierungsrat am 12. März 2019 (RRB Nr. 2019/415) würdigte, wurde ein Projekt zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Kapo und der Stawa initiiert.

Mit RRB Nr. 2024/1102 hat der Regierungsrat den Projektbericht zur Kenntnis genommen. Die Zusammenarbeit zwischen Kapo und Stawa wurde im Rahmen dieses Optimierungsprojekts vertieft überprüft und insgesamt als effizient und gut funktionierend beurteilt. Gewisse Effizienzsteigerungen und Vereinfachungen konnten insbesondere im Nebenstrafrecht ausgearbeitet werden. Bei anderen Themenbereichen bot das Projekt die Gelegenheit, die Arbeitsteilung der beiden Organisationen zu schärfen und zu klären.

Weitere Prozessoptimierungen sollen in den gemeinsamen ständigen Arbeitsgruppen auf den verschiedenen Führungsebenen eingebracht werden. Markante Vereinfachungen und kürzere Verfahrensabläufe sind jedoch aufgrund der Formerfordernisse der Strafprozessordnung kaum umsetzbar.

3.4.2 Die zwei Seiten der Digitalisierung

Die Digitalisierung hat die Fallbearbeitung grundlegend verändert und stellt die Strafverfolgungsbehörden vor neue Chancen, aber auch vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere im Bereich der Ermittlungsunterstützung zeigt sich diese Entwicklung deutlich.

Einerseits ermöglicht die Digitalisierung eine erhebliche Effizienzsteigerung. Moderne forensische Methoden, leistungsfähige Analyseumgebungen und spezialisierte Softwarelösungen erlauben es, grosse Datenmengen schneller und präziser auszuwerten. So können digitale Beweismittel heute strukturiert aufbereitet und den Ermittlerinnen und Ermittlern bzw. den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten deutlich rascher zur Verfügung gestellt werden. Der Einsatz moderner Tools sowie standardisierter Prozesse führt dazu, dass Daten teilweise um ein Vielfaches schneller verfügbar sind und Ermittlungen zielgerichteter geführt werden können.

Auch organisatorisch trägt die Digitalisierung zu einer Effizienzsteigerung bei. Durch zentrale Fachstellen, klar definierte Workflows und die frühzeitige Einbindung der Staatsanwaltschaft, können unnötige Abklärungen reduziert und Verfahren beschleunigt werden. Gleichzeitig ermöglicht die Digitalisierung eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren.

Demgegenüber steht jedoch eine erhebliche Zunahme an Komplexität. Digitale Spuren fallen heute in nahezu jedem Strafverfahren an – unabhängig von der Deliktsart. Die Sicherung, Aufbereitung und rechtssichere Auswertung dieser Daten ist technisch (und teilweise juristisch) anspruchsvoll und zeitintensiv. Die Menge an auszuwertenden Daten wächst stetig, während gleichzeitig die Anforderungen an Datenschutz, Dokumentation und Nachvollziehbarkeit steigen.

Hinzu kommt, dass neue Technologien laufend neue Kompetenzen erfordern. Die Mitarbeitenden müssen sich kontinuierlich weiterbilden, um mit der rasanten technischen Entwicklung Schritt zu halten. Gleichzeitig entstehen neue Abhängigkeiten von spezialisierten Fachbereichen, was die Verfahren zusätzlich komplex macht. Die Kapo verfügt aufgrund ihrer Grösse pro Fachbereich nur über eine geringe Anzahl spezialisierter Mitarbeitender. Personelle Ausfälle haben sehr rasch negative Auswirkungen auf die Verfahren, da die Aufgaben mangels

Spezialkenntnisse nicht einfach durch andere Mitarbeitende übernommen werden können. Die spezialisierten Mitarbeitenden sind auf dem Markt gefragt.

Der Kanton konkurrenziert bei diesen Stellenprofilen mit der Privatwirtschaft und Bundesbehörden, welche ähnliche Skills nachfragen und (häufig deutlich) bessere Löhne bezahlen können.

Die Digitalisierung wirkt damit im Strafprozess als Fluch und Segen: Sie schafft Effizienzgewinne und neue Möglichkeiten der Beweisführung, führt aber gleichzeitig zu einem deutlich höheren Aufwand aufgrund der Komplexität in der Fallbearbeitung.

Insgesamt zeigt sich, dass die Digitalisierung die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden nicht vereinfacht, sondern vielmehr verändert: weniger analoge, dafür sehr viel komplexere und datenintensivere Verfahren.

Die Erfahrungen aus der kriminalpolizeilichen Arbeit zeigen, dass die fortschreitende Digitalisierung zwar Effizienzgewinne ermöglicht, gleichzeitig jedoch zu einer deutlichen Zunahme an Komplexität und Aufwand führt. Die steigenden Anforderungen in der Verarbeitung digitaler Daten sowie die zunehmende Systemvielfalt führen dazu, dass Effizienzgewinne den zusätzlichen Aufwand nur teilweise kompensieren können.

Ins Gewicht fällt bei dieser Gegenüberstellung auch, dass mit der Digitalisierung auch neue, zusätzliche Auswertungen möglich sind, welche auf dem herkömmlichen Weg unter Umständen aufgrund des Aufwandes verzichtet worden ist.

Vor diesem Hintergrund kommt der ICT eine zentrale Rolle zu. Sie stellt die Grundlage für die sichere Verarbeitung von Daten, die Gewährleistung der Datenhoheit sowie die Integration und den Betrieb der Systeme sicher.

Künftige Innovationen und Weiterentwicklungen sind untrennbar mit digitalen Lösungen verbunden und damit in hohem Masse ICT-getrieben. Eine nachhaltige Weiterentwicklung der Organisation erfordert daher eine kontinuierliche Weiterentwicklung dieser Kompetenzen.

4. Polizeiliche Lücken

4.1 Aktuelle Überlastung der Polizei und zukünftige Herausforderungen

Einleitend ist daran zu erinnern, dass die Kapo – quasi in Personalunion – sicherheits-, gerichts-, verkehrs- und verwaltungspolizeilich sowie vollzugsunterstützend für Amtsstellen tätig ist. Die Polizei hat deshalb im Gegensatz zu Gericht und Staatsanwaltschaft³³ neben den Herausforderungen in der gerichtspolizeilichen Aufgabenerfüllung wie oben dargestellt, zusätzlich und zudem auch häufiger verwaltungs- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben zu erledigen, wodurch sich bei den beschränkten personellen Ressourcen gegenseitige Konkurrenzierungen, Priorisierungen und letztlich Lücken ergeben.

Ein Grossteil der gerichtspolizeilichen Aufgaben – gerade im Bereich der minder schweren Delinquenz – wird durch die Sicherheitsabteilung wahrgenommen. Viele weitere Dienstaufgaben³⁴ sind zwingend vorgegeben. Aufgrund des breiten Aufgabenportfolios und dem wachsenden Aufwand in allen vier Aufgabenfeldern, bleibt zunehmend weniger bzw. kaum Zeit für die Prävention. Bei den gerichtspolizeilichen Aufgaben besteht im Bereich der Bringkriminalität aufgrund des Legalitätsprinzips ebenso wenig ein Handlungsspielraum. Darunter leiden in der Folge die Bekämpfung der Holkriminalität und präventive Tätigkeiten.

Hinzu kommt, dass diese Lücken trotz 22'582 geleisteten Überstunden³⁵ bestehen. Ohne dieses Engagement wären die aufgabenbezogenen Lücken noch grösser.

Gleichzeitig ist für die Kapo selbstverständlich und klar, dass Sicherheit nur als Verbundprodukt unter Miteinbezug von Partnern erbracht werden kann. Wichtigste Partner sind die anderen Polizeikörper, Staatsanwaltschaft, Jugendanwaltschaft, Gerichte, Städte, Gemeinden und kantonale Amtsstellen. Die Kapo ist stets bestrebt mit den verschiedensten Partnern die Strafverfolgungskette möglichst effizient und effektiv zu gestalten sowie gemeinsame Ideen für die Sicherheitsbedürfnisse zu erarbeiten. Allerdings können hier die Themenführerschaft und notwendige Unterstützung in einem geringeren Mass als früher gewährt werden. Um als Sicherheitspartner glaubwürdig zu bleiben und die Sicherheit auch in den nächsten Jahren professionell gewährleisten zu können, braucht es personelle und technische Ressourcen, um auf die unterschiedlichen Herausforderungen mit Antworten und Massnahmen, letztlich mit Lösungen reagieren zu können. Der Regierungsrat hat den Bedarf erkannt.³⁶

Lösungsansätze für die herausfordernden aktuellen und akuten Problemstellungen wären vorhanden. Es fehlen jedoch dazu die Ressourcen, weil die Delikte und deren Bearbeitungsaufwand stark zunehmen, der Aufwand der allgemeinen Aufgaben ebenfalls ansteigt und neue Aufgaben bzw. die Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen hinzukommen.

³³ Dieser Umstand wird häufig ausgeblendet, wenn die Diskussion über Konsequenzen und gegenseitige Abhängigkeiten des Ressourcenzuwachs für die eine oder andere Strafverfolgungsbehörde geführt wird. Präsenz und die Erfüllung von Leistungen zu Gunsten Dritter führen nicht zu einer höheren Belastung der Stawa; u.U. resultieren sogar aus einer höheren Präsenz weniger Delikte und damit weniger Fälle für die Stawa und vor allem ein besseres Sicherheitsgefühl; anders stellt sich die Lage bei der Holkriminalität (Strukturkriminalität) dar.

³⁴ Die meisten Aufgaben in der Verwaltungspolizei oder im Rahmen der Unterstützung von Amtsstellen.

³⁵ Stand 30.04.2026 Polizei Kanton Solothurn; dies entspricht rund 15 Personenjahre.

³⁶ Siehe Legislaturplan B 3.3.1, S. 32 und B 3.4.1, S. 35.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Aufgabenzuwachs die zusätzlich zur Verfügung gestellten personellen Ressourcen deutlich übersteigt. Dadurch werden immer mehr Polizeikräfte zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben gebunden. Diese personellen Ressourcen fehlen in anderen zentralen Aufgabenbereichen, insbesondere in:

- Prävention;
- Kooperation (Vernetzung, Ermöglichung effizienter Abläufe in der Strafverfolgungskette);
- Intervention (im öffentlichen und bei Bedarf im privaten Raum);
- Repression (Ermittlungen, insbesondere im Bereich der Holkriminalität).

Vor dem Hintergrund der aktuellen und absehbaren zukünftigen Herausforderungen sowie der zunehmenden Konkurrenz um die verfügbaren personellen Ressourcen bestehen in verschiedenen Aufgabenbereichen personelle Lücken. Diese lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Aktuelle und neue Herausforderungen	Lücken
Zunahme der Bedeutung der subjektiven Sicherheit und Sicherheit im nahen Umfeld	(Höhere) Präsenz an «Unwohlorten», Information und Prävention
24-Stunden-Gesellschaft, Gewaltbereitschaft, Brennpunkte	Patrouillenpräsenz, (rasche) Interventionsbereitschaft und Sicherheitspartnerschaften
Anonymisierung, Entsolidarisierung, Abnahme der Sozialkontrolle, Ruf nach Polizei (Forderung zusätzlicher Polizeipräsenz) nimmt zu	Etablierung von Sicherheitspartnerschaften (Ansprechpersonen), Lokale Sicherheit (Quartierpolizei) in den Städten Olten und Grenchen, intensive Sicherheits-Partnerschaften (Ansprechpersonen)
Jugendprobleme (Cybermobbing)	Jugendpolizei, Kenntnisse der lokalen Verhältnisse, aber auch der aktuellen IT-Trends und Vernetzung mit Partnern (Schulen, Juga, Sozialdienste etc.)
Kriminalitätsschwerpunkte, Verhinderung von deliktischem Verhalten, Einbruchskriminalität	Erhöhte Präsenz und Aktivitäten der Polizei in der Grundversorgung, Verstärkung der Analyse und interdisziplinärer Ansätze zur Bekämpfung der urbanen Kriminalität
Verkehrsproblematik	Präventionsprogramme, Verfügbarkeit, Spezialisierungen und raschere Intervention bei Verkehrsstörungen
Alternde Bevölkerung	Präventionsprogramme und sichere Städte und Gemeinden
Strukturkriminalität	Nachhaltige und spezialisierte Bekämpfung der Strukturkriminalität, insbesondere im Bereich des Drogen- und Menschenhandels (zeit- und ressourcenintensive Ermittlungen)
Verlagerung gesellschaftlicher Aktivitäten in den Cyberraum, steigende Nutzung elektronischer Geräte und Netze	Präsenz der Kapo auch im virtuellen Raum als professionelle Sicherheitspartnerin; verdeckte virtuelle Massnahmen sowie Ressourcen für aufwändige digitale Auswertungen von Datenträgern
Lange Bearbeitungsfristen der Fälle, kleinere Fälle werden verwaltet, Verzögerungen in Strafverfahren	Zeitnahe Bearbeitung der Fälle

4.2 Lücken bei der Bekämpfung der Strukturkriminalität

Strukturkriminalität zählt zur Holkriminalität. Anzeigen in diesen Deliktsfeldern, insbesondere im Drogen- und Menschenhandel, bilden die Ausnahme. Im Strategiepapier zur Bekämpfung der Strukturkriminalität wurde festgestellt, dass der Handlungsbedarf erheblich ist und der weiteren Ausbreitung der Strukturkriminalität beziehungsweise ihrer Festsetzung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, aus volkswirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Gründen entgegenzutreten sei. Die rechtsgleiche Anwendung der geltenden Normen und die Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen sind die Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort.

Beim Menschenhandel melden sich die wenigsten Opfer von sich aus bei den Strafverfolgungsbehörden und erstatten Anzeige, werden sie doch häufig von ihren Peinigern lückenlos überwacht oder schämen sich für das, was ihnen angetan wurde. Dies bedeutet, dass die Polizei hier genau und konsequent hinschauen muss, um mögliche Opfer zu erkennen und aus ihrer Notlage zu befreien. Bei regelmässigen Kontrollen im Milieu soll deshalb der Fokus nicht bloss auf der Ahnung von möglichen ausländerrechtlichen Widerhandlungen durch die betroffenen Personen liegen, sondern in erster Linie im Erkennen von Straftaten, die zum Nachteil der Sexarbeitenden verübt werden (z.B. Menschenhandel, Förderung der Prostitution etc.). Dies gilt nicht nur für Menschenhandel im Zusammenhang mit Sexarbeit, sondern auch für andere Formen der Ausbeutung, insbesondere für die Ausbeutung der Arbeitskraft (z.B. in Nagelstudios, in der Gastronomie und in Privathaushalten).

Dies wiederum bedingt speziell geschulte Polizistinnen und Polizisten und vor allem zeitliche Ressourcen, um generell proaktiv zu ermitteln. Dies war in den letzten Jahren nicht mehr der Fall.³⁷ Denn es gilt in diesem Bereich: Durch einen hohen Ermittlungsaufwand können auch Straftaten ermittelt, resp. mehr Opfer erkannt und weitere Opfer verhindert werden.

Ähnlich verhält es sich auch in der Wirtschaftskriminalität oder im Betäubungsmittelhandel. Ein Indikator für die Lücken in der Bekämpfung der Betäubungskriminalität stellt die grosse Zahl (1919) an ausserkantonalen Observationsfahrzeugen im vergangenen Jahr dar.³⁸ Die Kapo kann mit den zur Verfügung stehenden polizeilichen Mitteln nur ansatzweise den florierenden BM-Handel im Kanton Solothurn bekämpfen. Andere Kantone bearbeiten zurzeit noch Ermittlungsäfte in unserem Kanton und übernehmen Aufgaben, welche die Kapo erfüllen müsste. Das ressourcenbedingte vernachlässigte Bekämpfen des organisierten BM-Handels in den letzten Jahren zeigt sich aber nicht nur darin, dass andere Kantone bei uns ermitteln.

Infolge fehlender Ressourcen und erzwungener Priorisierung können vorhandene Erkenntnisse kaum genutzt oder unmittelbar für eigene Strafverfahren verwendet werden. Häufig stammen solche Hinweise aus dem Umfeld der Täterschaft, aus polizeilichen Quellen sowie aus eigenen und ausserkantonalen Ermittlungen. Hinweise und Erkenntnisse liegen bei der Kapo oftmals über mehrere Monate brach. Wenn dann mal freie Kapazitäten bestünden, müssen die Erkenntnisse von neuem aufgearbeitet werden. Kurz gesagt ist es der Kapo nicht möglich, adäquat, zeitnah und konsequent auf solche Erkenntnisse und Hinweise zu reagieren und wirkungsvolle sowie straffe Verfahren einzuleiten.³⁹

³⁷ Siehe PKS-Statistik.

³⁸ Erfahrungsgemäss handelt es sich bei diesen Einsätzen um BM-Verfahren.

³⁹ Die Ausnahme stellen die Aktionen des Fahndungs- und Aktionsdienstes dar. Im Rahmen der Korpserhöhung bewilligt in der Globalbudgetvorlage 2021–2023 wurde der FAD geschaffen, welcher schwerpunktmässig die BM-Läuferszene bekämpft und Zielfahndungen vornimmt. Seit Oktober 2022 bis Ende 2025 erfolgten 90 Festnahmen, Sicherstellungen von 12 kg Kokain, 24 kg Heroin, 14 kg Amphetamin und Fr. 250'000 Bargeld. Es zeigt sich – mit den entsprechenden Ressourcen – kann ein gewisser Kontrolldruck aufrechterhalten werden.

Abschliessend kann festgehalten werden, dass es auch in diesem Bereich verdachtsbegründende Hinweise oder Aufgriffe von Opfern gibt, welche gestützt auf das Legalitätsprinzip die Anhandnahme von Ermittlungen erforderlich machen. Solche Fallsachbearbeitungen erfordern dann einen hohen Ressourceneinsatz, mit der Folge, dass Ermittlerinnen und Ermittler gebunden sind. Dies führt immer häufiger dazu, dass trotz Hinweisen zu möglichen Delikten keine oder nicht zeitnah Ermittlungsverfahren gestartet werden können infolge fehlenden Personals.

4.3 Präsenz im virtuellen Raum

Der Präsenz und Sichtbarkeit kommen im öffentlichen Raum eine hohe Wirksamkeit zu.⁴⁰ Durch Präsenz können Delikte verhindert, geahndet und aufgeklärt werden. Die Menschen haben in den letzten Jahren einen immer grösseren Teil ihrer Lebenszeit in den digitalen Raum verlagert, insbesondere junge Menschen. In diesem Raum ist die Kapo jedoch kaum präsent. Abgesehen von der Glaubwürdigkeit der Polizei als Sicherheitspartnerin bei der fehlenden Präsenz, steht im Fokus die Bekämpfung virtueller Pädokriminalität. Die virtuellen Räume sind für die Täter leicht zugänglich und für die Polizei schwer zu kontrollieren. Zu beobachten sind steigende Aktivitäten, anonym und auch international vernetzte Täterschaften, welche technisch versiert sind und die Ermittlungsarbeit vor neue und komplexe Herausforderungen stellen.

Hinter den digitalen Delikten der Pädokriminalität stehen reale Opfer. Es handelt sich also nicht nur um eine technische oder juristische Aufgabe, sondern ganz konkret um Kinderschutz. Es zeigt sich auch hier: ohne ausreichende Ressourcen und moderne Instrumente stösst die Polizei an Grenzen. Stand heute ist die Kapo im virtuellen Raum operativ kaum präsent und tätig.

Die in der Kriminalabteilung erarbeiteten Abläufe konzentrieren sich in einem ersten Schritt auf die «Bekämpfung virtueller Pädokriminalität» (BVP). Diese Schwerpunktsetzung erfolgt vor dem Hintergrund einer Priorisierung nach Relevanz und Wirksamkeit. Der Vergleich mit anderen Kantonen zeigt, dass für polizeiliche Massnahmen in diesem Bereich mindestens zwei Mitarbeitende benötigt werden. Diese Ressourcen sind aktuell nicht vorhanden.

⁴⁰ Man kann sich in einer Gefahrensituation an die Polizei wenden, zudem wird sichtbar, dass der Rechtsstaat sein Gewaltmonopol wahrnimmt und die Polizei als Sicherheitspartnerin wahrnehmbar und aktiv ist, um Delikte zu verhindern.

4.4 Technologische Entwicklung und Projekte

Die Kapo steht vor der Herausforderung, technologische Entwicklungen und Projekte mit sehr begrenzten personellen Ressourcen voranzutreiben. Die starke Auslastung durch das Tagesgeschäft hat eine direkte Auswirkung auf die Umsetzung von Projekten und die Weiterentwicklung der ICT-Landschaft innerhalb der Organisation. Projekte können in der Regel nur parallel zum laufenden Betrieb umgesetzt werden:

- Geplante Vorhaben müssen priorisiert und teilweise zeitlich gestreckt werden;
- Ungeplante operative Aufgaben führen regelmässig zu Unterbrechungen in Projektarbeiten;
- Strategische und innovative Themen können nur eingeschränkt verfolgt werden;
- Dies reduziert die Geschwindigkeit, mit der neue Lösungen eingeführt und bestehende Systeme weiterentwickelt werden können.

Für technologische Entwicklungen und Projekte stehen folglich nur begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung. Aktivitäten im Bereich Innovation und strategische Weiterentwicklung können derzeit nur in eingeschränktem Umfang verfolgt werden. Wären mehr Ressourcen vorhanden, hätten beispielsweise nachfolgende innovative Projekte in jüngerer Vergangenheit umgesetzt werden können:

- KI-basiertes Wissensmanagement: Schaffung eines zentralen, mobil nutzbaren Wissensportals mit Unterstützung durch künstliche Intelligenz;
- Speech-to-Speech: KI-gestützte Live-Übersetzung von Gesprächen im polizeilichen Alltag;
- Speech-to-Text / Übersetzungslösungen: Automatische Transkription und Übersetzung von Audio, Video und Text in Ermittlungen und Einvernahmen mithilfe der KI – reduziert manuellen Aufwand massgeblich, reduziert Kosten und beschleunigt dadurch Verfahren;
- VR-basierte Trainingsszenarien: Realitätsnahe Übungen für den Polizeieinsatz, wie z.B. für Schiessstrainings, Interventionen, Verkehrskontrollen, Notfallsituationen usw.;
- Echtzeit-Analytik & Dashboarding: Visualisierung von Kriminalitäts-Hotspots und Einsatzdaten in Echtzeit;
- Virtueller Polizeiposten: Eine KI-unterstützte Plattform, die über den bestehenden Suisse ePolice-Schalter hinausgeht und Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche digitale Dienstleistungen rund um die Uhr ermöglicht; (zusätzliche) Strafanzeigen digital einreichen, Busse bezahlen, Beratung durch einen KI-gestützten Chatbot, Videoberatung mit Polizistinnen und Polizisten inklusive Anzeigeerstattung sowie Zugang zu Präventionsinformationen.

Mit der Umsetzung dieser Vorhaben wären sowohl die Effizienz, die Qualität der Arbeit und der Ausbildung als auch die Bürgernähe weiter gesteigert worden. Es ist festzuhalten, dass einige dieser Themen heute nicht mehr als reine Innovationsprojekte gelten können – sie haben sich vielmehr zu einem Standard entwickelt, den eine moderne Polizeiorganisation erfüllen muss. Der technologische Wandel schreitet rasch voran. Vergleichbare Lösungen werden von anderen Polizeikörpern in der Schweiz und im benachbarten Ausland bereits im Regelbetrieb oder im Rahmen operativer Einführungen eingesetzt. Die aufgezeigten Projekte verdeutlichen das vorhandene Potenzial und den Gestaltungswillen innerhalb der Organisation. Um dieses Potenzial künftig besser ausschöpfen zu können, braucht es gezielte Investitionen in die personellen Kapazitäten im ICT-Bereich.

Die Polizei Kanton Solothurn sieht sich mit einer kontinuierlich wachsenden Anzahl an technologischen Anforderungen und Projekten konfrontiert.

Die vorhandenen personellen Ressourcen im Bereich ICT sind primär auf die Sicherstellung des laufenden Betriebs ausgerichtet. Die Umsetzung der zwingend notwendigen Vorhaben im Bereich Lifecycle-Ersatz und technologischer Erneuerung kann aktuell nur mit externer Unterstützung und unter hoher Belastung erfolgen.

Vorhaben zur weitergehenden Effizienz- und Qualitätssteigerung aus der gesamten Organisation können unter den bestehenden Rahmenbedingungen nicht oder nur stark eingeschränkt realisiert werden. Gleichzeitig führt die zunehmende Anzahl von Systemen und Anwendungen zu einem steigenden Betriebs- und Unterhaltsaufwand, wodurch zusätzliche Ressourcen gebunden werden.

Ohne eine gezielte Priorisierung sowie eine Stärkung der personellen Kapazitäten besteht das Risiko, dass notwendige Entwicklungen verzögert oder gar nicht umgesetzt werden. Langfristig droht die Organisation dadurch an Leistungsfähigkeit und Reaktionsgeschwindigkeit einzubüßen.

4.5 Sicherheitspolizeiliche Grundversorgung

4.5.1 Präsenz auf der Strasse / Patrouillendichte

Die Kapo unterscheidet bei der Patrouillentätigkeit zwischen Notfallintervention (NI) und Lokaler Sicherheit (LS). Durch das uniformierte Auftreten und den gekennzeichneten Polizeifahrzeugen stellt sie sichtbare Präsenz her. Es besteht ein Grunddispositiv, das während der letzten zehn Jahre – mit Ausnahme der zusätzlichen LS-Patrouillen infolge der Integration der Stadtpolizeien Olten und Grenchen – keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat. Die Anzahl der eingesetzten Patrouillen variiert dabei je nach Tageszeit und wird in den Sommermonaten, insbesondere an Wochenenden, bedarfsgerecht erhöht.

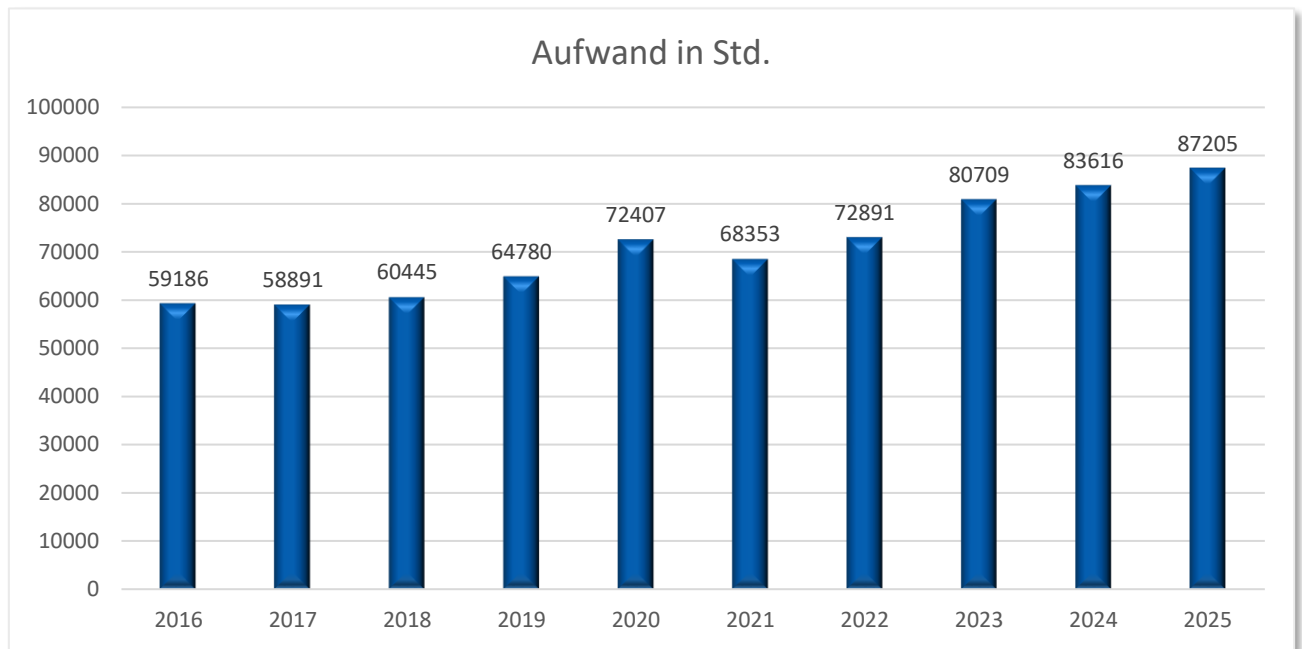
Um eine Patrouille mit zwei Mitarbeitenden rund um die Uhr zu betreiben, werden rund 15 Polizistinnen und Polizisten benötigt. Bei Personalausfällen wird, sofern vorhanden, auf Mitarbeitende zurückgegriffen, welche vorgängig in eine Pikettstellung versetzt wurden. Stehen diese jedoch bereits alle im Einsatz, kommt es immer wieder dazu, dass eine der Patrouillen aus dem Grunddispositiv gestrichen wird.

Die sichtbare Präsenz wird jedoch nicht nur durch die Mitarbeitenden, welche kommandiert auf den Patrouillen unterwegs sind, markiert. Auch die Mitarbeitenden, welche an den 16 Standorten im Tagesdienst arbeiten, sind regelmässig in ihren Stationskreisen unterwegs. In der Regel arbeiten pro Tag total mind. 50 Mitarbeitende (Grundabdeckung) auf den Polizeiposten. Der Grundauftrag dieser Mitarbeitenden ist es, die Fälle aufzunehmen, welche an den Schaltern gemeldet werden und die Ermittlungsaufträge, welche von der Staatsanwaltschaft eingehen, zu bearbeiten. Zudem rücken sie aus, wenn die Patrouillen der Grundabdeckung besetzt sind. Wenn Ressourcen vorhanden sind, werden im Rahmen der Lokalen Sicherheit in den Städten Olten und Grenchen und an Bahnhöfen auch Fusspatrouillen durchgeführt.

Eine grosse Herausforderung für die sichtbare Präsenz ergibt sich aus dem Umstand, dass die Patrouillen und die Mitarbeitenden der Polizeiposten immer häufiger, insbesondere infolge der gerichtspolizeilichen Bearbeitung von Delikten, am Arbeitsplatz besetzt und so öffentlich nicht sichtbar sind, mithin nicht auf Patrouille oder im Postenrayon unterwegs sind.

Abbildung 20: Entwicklung des Aufwandes der gerichtspolizeilichen Tätigkeit der Sicherheitsabteilung

- **+47,3 % Zunahme des Aufwandes für die gerichtspolizeiliche Tätigkeit durch die Mitarbeitenden der Sicherheitsabteilung (Sich-Abt.)**

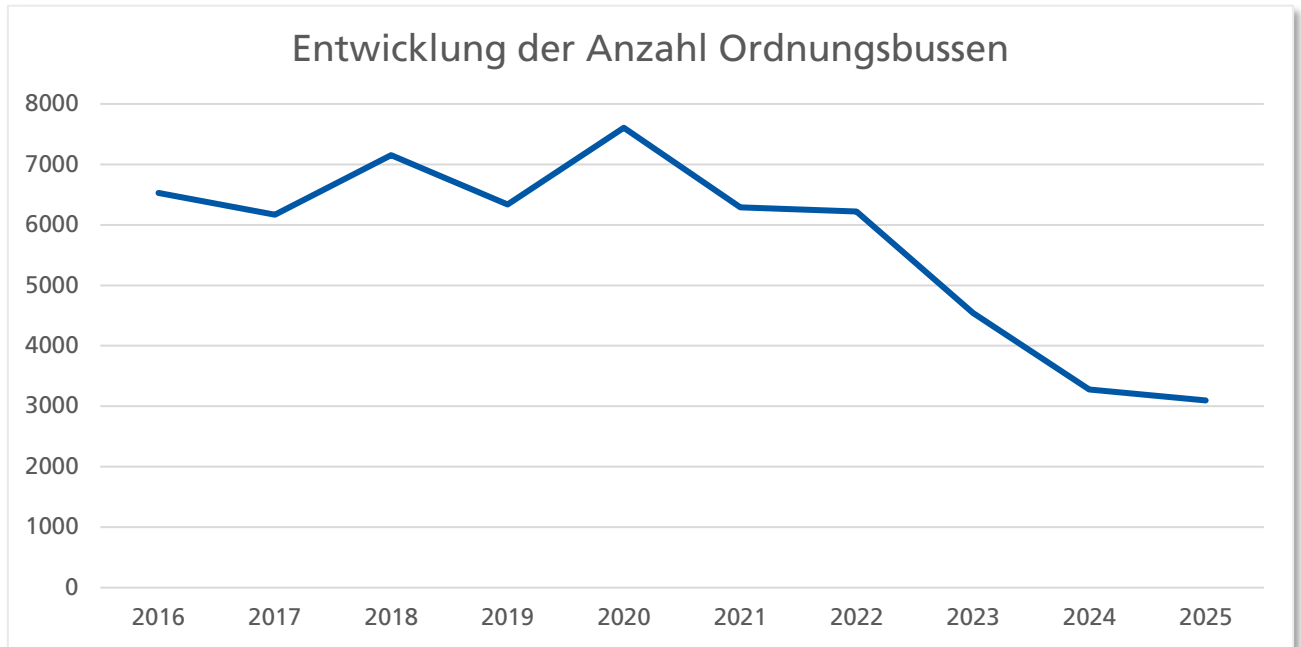


Quelle: Kosten-/Leistungsrechnung der Sicherheitsabteilung

Der zusätzliche Aufwand innert 10 Jahren an 28'000 Stunden, bedeutet innerhalb der Sicherheitsabteilung eine Verschiebung von rund 18 Mitarbeitenden zu den gerichtspolizeilichen Aufgaben (Einvernahmen, Rapportierung etc.). Hinzu kommen die gestiegenen Aufträge zu Gunsten Dritter. Die zusätzlichen Mitarbeitenden (infolge Korpserhöhungen in den letzten Jahren) konnten diese Absorption nicht ausgleichen.

Ein zusätzliches Indiz für den Rückgang in der sichtbaren polizeilichen Präsenz und Kontrolltätigkeit stellt zudem die Entwicklung der Ordnungsbussen dar, welche in Bezug auf Widerhandlungen im rollenden Verkehr, anlässlich der Patrouillentätigkeit oder bei Standortkontrollen, erkannt und sanktioniert werden.

Abbildung 21:
Anzahl ausgestellter Ordnungsbussen
➤ **-52,6 % Abnahme** seit 2016



Quelle: Ordnungsbussenstatistik

Die Tatsache, dass die Mitarbeitenden immer weniger auf der Strasse präsent sind, zeigt sich ebenfalls an der Entwicklung der gefahrenen Kilometer der gekennzeichneten Patrouillenfahrzeuge. Trotz der im Rahmen der Integration der beiden Stadtpolizeien Olten (2016) und Grenschen (2023) übernommenen Mitarbeitenden und Fahrzeugen, hat die Kilometerleistung pro Mitarbeitenden deutlich abgenommen.

Die Zunahme der administrativen Belastungen im Rahmen der gerichtspolizeilichen Tätigkeit sowie der Aufträge und Leistungen zugunsten Dritter in der Sicherheitsabteilung ist verantwortlich für die Verringerung der Präsenz im öffentlichen Raum. Dieser Umstand reduziert das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und erhöht das Risiko einer Beeinträchtigung der objektiven Sicherheit.

4.5.2 Defizite im Bereich der Verkehrssicherheit

Bereits gegenwärtig (siehe 2.2.3) und inskünftig ergeben sich aufgrund der laufenden Entwicklung Defizite im Bereich Verkehrssicherheit.⁴¹ Folgende Trends führen dazu, dass sich die Belastung im Verkehrsbereich fortsetzt, sich in einzelnen Bereichen weiter akzentuiert und dadurch Defizite in der Aufgabenerfüllung entstehen:

- **Weiteres Wachstum des Verkehrsaufkommens und Fahrzeugbestandes:** Die Mobilitätsbedürfnisse bleiben hoch, der Fahrzeugbestand wird kaum abnehmen, was zu einer weiteren Verdichtung des Verkehrs und einem erhöhten Konfliktpotenzial führt.
- **Zunehmende Diversifizierung des Verkehrs:** Mobilitätsformen des Langsamverkehrs wie E-Bikes, E-Scooter und weitere Trendfahrzeuge gewinnen weiter an Bedeutung. Die Durchmischung unterschiedlich schneller und unterschiedlich geschützter Verkehrsteilnehmender erhöht die Komplexität sowie die Unfallanfälligkeit.
- **Steigende Anforderungen an die Beweissicherung:** Die fortschreitende Technologisierung der Fahrzeuge (inkl. Event Data Recorder) sowie die zunehmende Verfügbarkeit⁴² digitaler Beweismittel führen zu einem nachhaltigen Anstieg dieser Auswertungen.
- **Konsequenteres Anzeige- und Verfolgungsverhalten:** Wir begrüßen mit Blick auf die Verkehrssicherheit die restriktivere Haltung der Stawa⁴³, selbst wenn es zu deutlich mehr Ermittlungsverfahren und erhöhtem Bearbeitungsaufwand führt.
- **Gesellschaftliche und demografische Entwicklungen:** Wachsende Bevölkerung, verändertes Mobilitätsverhalten sowie teilweise abnehmende Verkehrskompetenzen erfordern einen erhöhten Bedarf an Prävention und Kontrolle.
- **Steigende regulatorische und administrative Anforderungen:** Zusätzliche gesetzliche Vorgaben erhöhen den Aufwand in der Sachbearbeitung.
- **Technologische Entwicklungen:** Mit der zunehmenden Verbreitung von Fahrerassistenzsystemen und autonomen Fahrzeugen entstehen neue rechtliche und operative Fragestellungen. Diese erfordern zusätzliche Fachkompetenzen (Spezialisierungen) sowie angepasste Ermittlungs- und Kontrollmethoden.
- **6-Streifen-Ausbau A1:** Der laufende Ausbau der A1 auf sechs Streifen zwischen den Verzweigungen Luterbach und Härkingen wird über mehrere Jahre hinweg (bis 2032) zu erheblichen Zusatzaufwänden führen. Dies betrifft insbesondere die Ereignisbewältigung aufgrund des erhöhten Unfallrisikos sowie zusätzliche Kontroll-, Koordinations- und Einsatzaufgaben.⁴⁴
- **Reduktion der verkehrspolizeilichen Repression:** Aufgrund ressourcenbedingter Schwerpunktsetzung konnte die Kontrolltätigkeit im Bereich Fahren unter Alkohol- oder Drogeneinfluss 2025 nicht im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden. Mit 655 aus dem Verkehr gezogen Personen wurde der tiefste Wert der letzten zehn Jahre verzeichnet. Im gleichen Zeitraum erreichten die entsprechenden Verkehrsunfälle einen 10-Jahres-Höchstwert.⁴⁵ Auch wenn sich ein direkter kausaler Zusammenhang statistisch nicht abschliessend belegen lässt, deutet die Entwicklung darauf hin, dass ein sinkender Kontrolldruck zu höheren Unfallzahlen beitragen kann.

⁴¹ Fehlende Ressourcen im Aufgabenbereich der sicherheitspolizeilichen Grund- und Spezialversorgung.

⁴² In der Vergangenheit waren solche Auswertungen nicht möglich, gegenwärtig und inskünftig bedeutet es auch eine Mehrbelastung für den Betrieb dieser Auswertungstools.

⁴³ Insbesondere bei den Raserdelikten.

⁴⁴ In diesem Punkt erfolgt eine Entlastung durch vom ASTRA finanzierten «Baustellenpatrouille», enthalten im Stellenerhöhungskontingent der sicherheitspolizeilichen Grundversorgung.

⁴⁵ Quelle Verkehrsstatistik des Kantons Solothurn.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Anforderungen an die verkehrspolizeiliche Arbeit in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden. Die dargestellten Entwicklungen führen sowohl zu einer höheren Fallbelastung als auch zu einer steigenden Komplexität der Aufgaben. Mit dem Projekt VT24 wurden die organisatorischen und prozesstechnischen Grundlagen geschaffen, um den zukünftigen Anforderungen im Bereich Verkehrstechnik wirksam begegnen zu können. Kurz- bis mittelfristig werden jedoch insbesondere im Fachbereich der Verkehrsunfalltechnik zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich sein, um die steigenden Anforderungen sowie die zu erwartenden Mehraufwände rechtsgenügend und in der notwendigen Qualität bewältigen zu können.

5. Schliessung der Lücken: beantragte Stellenerhöhung

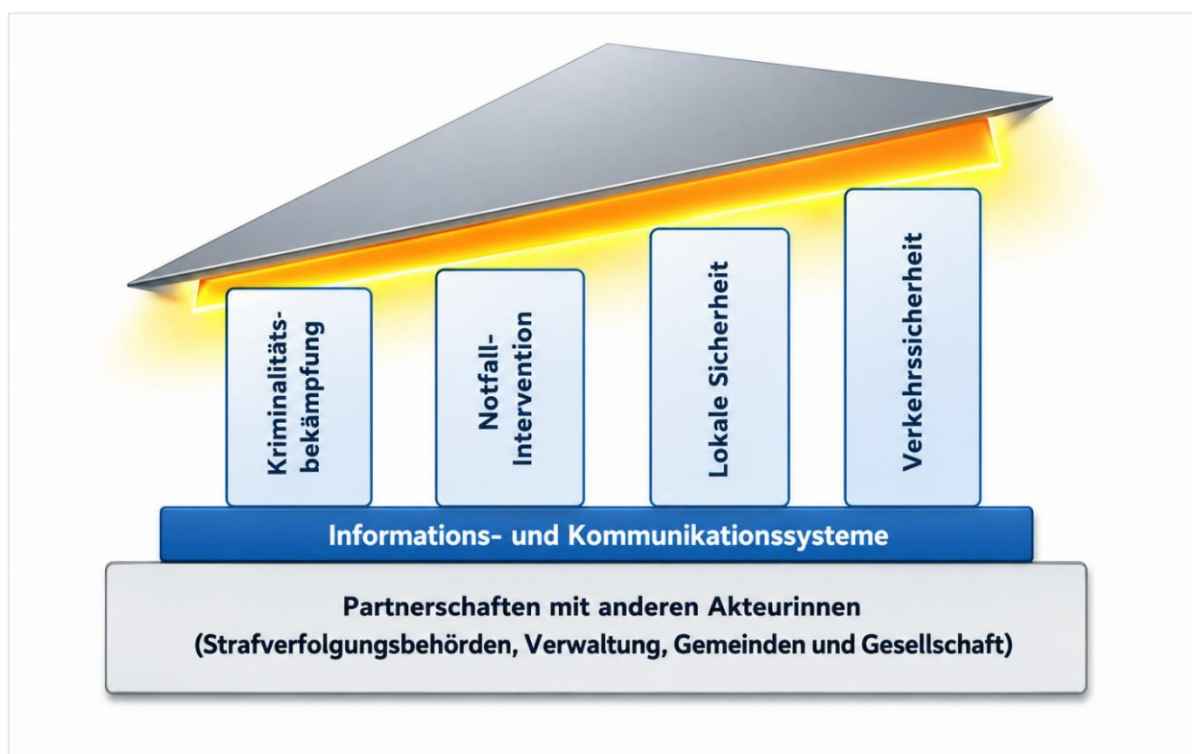
Die oben dargestellten Erkenntnisse zeigen auf, dass ein nennenswerter Bedarf nach zusätzlichen Ressourcen vorhanden ist. Die zusätzlichen Mitarbeitenden sind notwendig, um das Niveau der Sicherheit im Kanton zumindest zu halten beziehungsweise in einigen Tätigkeitsfeldern wieder herzustellen und langfristig ausbauen zu können.

Die strategische Lücke, die Kluft zwischen der vorne dargestellten Aufgabenbelastung und den Herausforderungen sowie den verfügbaren Ressourcen soll zu Gunsten von mehr Sicherheit geschlossen werden.

Insgesamt ist bis 2035 von einem zusätzlichen Ressourcenbedarf von insgesamt rund 100 Stellen auszugehen. Diese Zielgrösse ergibt sich aus der Analyse der bestehenden personellen Lücken, der Bevölkerungsentwicklung, der Kriminalitätslage, den Aufgaben, den ausgeschöpften Effizienzpotenzialen und dem Ziel, den Kanton Solothurn bei der Polizeidichte wieder ins schweizerische Mittelfeld zu führen. Eine Korpserhöhung ermöglicht in einer ersten Phase bildlich gesprochen «Das Haus der öffentlichen Sicherheit» mindestens auf stabile Säulen zu stellen, die aufgezeigten zusätzlichen Belastungen auszugleichen und die bestehenden Lücken zu schliessen. Für eine nachhaltige Entwicklung sollen nach erfolgter Stabilisierung und Überprüfung der Wirkung der ersten Korpserhöhung weitere zusätzliche Ressourcen in den nächsten Globalbudgets für eine nachhaltige Erhöhung der Sicherheit sorgen.

Ein Ausbau des Bestandes in diesem Umfang lässt sich nicht auf einen Schlag, sondern nur gestaffelt umsetzen. Einerseits ist der Globalbudgetrhythmus zu berücksichtigen, andererseits müssen Polizistinnen und Polizisten rekrutiert und ausgebildet werden sowie für Spezialtätigkeiten die erforderliche Erfahrung erwerben.

Abbildung 22:
Das Haus der öffentlichen Sicherheit



5.1 Mittelfristige Perspektive (Globalbudget 2027–2029)

5.1.1 Zuordnung der zusätzlichen Stellen auf polizeiliche Tätigkeitsfelder (Prioritäten)

Gesamthaft werden für das kommende Globalbudget zusätzlich 51⁴⁶ Vollzeitstellen benötigt, um die wichtigsten Lücken zu schliessen und die Ziele des Legislaturplans⁴⁷ und des IAFP zu erfüllen. Mit der Lückenschliessung und den zusätzlichen Stellen werden folgende Ziele erreicht:

1. Verbesserung der sicherheitspolizeilichen Grundversorgung
2. Verbesserung der kriminalpolizeilichen Grundversorgung
3. Bekämpfung der Strukturkriminalität / Kriminalpolizeiliche Spezialversorgung
4. Gewährleistung eines tragfähigen Supportfundaments
5. Belastungsreduktion für die Mitarbeitenden, einhergehend mit einer Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität.

Im Einzelnen geht es innerhalb von drei Jahren um die Zuordnung zu folgenden Tätigkeitfeldern und Prioritäten (Richtzahlen):

Sicherheitspolizeiliche Grundversorgung: ≈ + 22 Stellen

Das Schwergewicht und die Mehrheit der zusätzlichen Stellen fliesst in Kapazitäten einer **erhöhten Präsenz in der Grundversorgung** im öffentlichen Raum, an Brennpunkten und Bahnhöfen, insbesondere in eine lage- und risikobasierte Erhöhung der Patrouillen- und Kontrolltätigkeiten.

Damit soll die Kapo in die Lage versetzt werden, adäquat und zeitnah auf aktuelle und zukünftige Kriminalitätsphänomene reagieren zu können. Insbesondere mit Blick auf Bekämpfung von Vermögensdelikten und Gewalt im öffentlichen Raum kann eine präventive Wirkung erzielt und das Sicherheitsgefühl positiv beeinflusst werden.

Kriminalpolizeiliche Grundversorgung: ≈ + 8 Stellen

Die gerichtspolizeiliche Sachbearbeitung wird aufgrund der zunehmenden Digitalisierung, wachsender Datenmengen, neuer technischer Möglichkeiten und steigender rechtlicher Anforderungen immer umfangreicher und komplexer. Unter anderem mit der moderaten Verstärkung der Fachdienste wird ermöglicht, dass auf Kriminalitätsphänomene rascher reagiert werden kann und Verzögerungen in Ermittlungsverfahren reduziert werden.

Kriminalpolizeiliche Spezialversorgung – Bekämpfung der Strukturkriminalität: ≈ + 11 Stellen

Um das Legislaturziel zu erreichen, wurde von der Regierung als Handlungsziel die Schaffung eines Fachbereichs festgelegt, welcher primär personen- und nicht deliktorientiert ermittelt. Die Bekämpfung der Strukturkriminalität ist äusserst zeit- und ressourcenintensiv, erfordert andere kriminaltaktische Herangehensweisen, die Unterstützung durch weitere Fachbereiche und eine aktive Koordination mit den anderen beteiligten Amtsstellen.

⁴⁶ Davon sind sechs Stellen grösstenteils durch das ASTRA finanziert.

⁴⁷ Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit durch eine wirksame Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung sowie eine angemessene risikobasierte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Dies soll insbesondere anhand der Indikatoren «Die sicherheits- und kriminalpolizeiliche Präsenz hat aufgrund der Bestandserhöhung zugenommen» sowie «Erhöhung der Polizeidichte auf 170 Polizistinnen und Polizisten je 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner» gemessen werden.

Ergänzung der Support- und Unterstützungsfunktionen: ≈ + 10 Stellen

Die skizzierte Schliessung der sicherheits- und kriminalpolizeilichen Lücken durch einen Ausbau der polizeilichen Ressourcen der Kapo (Erhöhung der Polizeidichte) kann ihre volle Wirkung nur entfalten, wenn die Supportfunktionen entsprechend gestärkt werden. Dies betrifft verschiedene Supportfunktionen⁴⁸, welche eine bestandesadäquate Dotierung aufweisen müssen, damit die operativen Kräfte effektiv und effizient zum Einsatz kommen können und keine Dysfunktionalitäten im Gesamtbetrieb der Kapo entstehen, welche die Prozessqualität und Leistungsfähigkeit mindern würden. Ein Teil dieser Stellen ist auch notwendig, um das bisher ungenutzte digitale Effizienzpotential (z.B. KI-gestützte Anwendungen) künftig nutzen zu können.

Entlastung der Mitarbeitenden

Die Korpserhöhung im geplanten Rahmen reduziert als positiven Nebeneffekt die Belastung der Mitarbeitenden und die Kapo gewinnt an Attraktivität.

5.2 Langfristige Perspektive (nächsten zehn Jahre)

5.2.1 Umsetzung

Mit Blick auf die Kriminalitätsbelastung im Kanton, das Sicherheitsgefühl der Solothurner Bevölkerung, die Arbeitgeberattraktivität und letztlich der Standortqualität ist anzustreben, dass die Kapo den Weg in Bezug auf die Polizeidichte zurück ins schweizerische Mittelfeld findet. Es geht darum, die Sicherheit zu erhöhen. Davon profitieren alle im Kanton Solothurn, die Bevölkerung und die Wirtschaft.

Mit der Bestandeserhöhung GB 2027–2029 von 51 Stellen können nur Lücken geschlossen und Defizite ausgeglichen werden. Für eine nachhaltige Verbesserung, mithin Erhöhung der Sicherheit sind weitere Korpserhöhungen in den nächsten zwei Globalbudgets (2030–2032 und 2033–2035) von jeweils rund 25 Stellen notwendig. Bezogen auf die Polizeidichte ergibt dies etwas über 180 Polizistinnen und Polizisten auf 100'000 Einwohner*innen, womit die Polizei Kanton Solothurn immer noch unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt, rangmässig jedoch im Mittelfeld anzutreffen wäre.

Kann der Bestand in diesem Umfang erhöht werden, werden die zusätzlichen Ressourcen – vorbehaltlich einer veränderten Sicherheitslage – in folgenden Tätigkeitsfeldern eingesetzt:

1. Sicherheitspolizeiliche Grundversorgung
2. Kriminalpolizeiliche Grund- und Spezialversorgung
3. Supportfunktionen

Sicherheitspolizeiliche Grundversorgung

Höhere Bestände erlauben eine nachhaltige Präsenz in den Regionen und an den Brennpunkten im Rahmen der Lokalen Sicherheit. Durch eine erhöhte Patrouillentätigkeit kann im ganzen Kanton rasch und wirkungsvoll interveniert werden. Zudem können neue lagebedingte Schwerpunkte gesetzt werden, ohne dass in anderen Bereichen erneut Lücken entstehen. Auch zusätzliche Aufgaben, wie z.B. höhere Transportaufwendungen infolge des Standorts des neuen Zentralgefängnisses oder personelle Aufwände im Rahmen internationaler Polizeikooperationen, können besser aufgefangen werden. Darüber hinaus schaffen höhere Bestände Spielraum für den Ausbau von Präventionsangeboten für verschiedene gesellschaftliche Anspruchsgruppen,

⁴⁸ Betroffen sind u.a. die Informatik (Digitalisierung, neue Technologien, IT-Sicherheit, Logistik (Ausrüstung, Fahrzeuge, Infrastruktur), Finanzen, Aus- und Weiterbildung, Kommunikation, Personal- und Rechtsdienst.

z.B. im Bereich Verkehr oder Alter. Ebenso ermöglichen sie die Weiterentwicklung des Bedrohungsmanagements und der Fachstelle häusliche Gewalt.

Kriminalpolizeiliche Grund- und Spezialversorgung

Zusätzliche Ressourcen erlauben eine Präsenz im digitalen Raum, ähnlich der sicherheitspolizeilichen Präsenz im realen Raum. Dadurch können Entwicklungen im digitalen Raum frühzeitig erkannt, Straftaten besser verhindert und Ermittlungen gezielter geführt werden. Zudem schaffen zusätzliche Ressourcen die Grundlage für den Ausbau einzelner Fachbereiche, beispielsweise der Jugendpolizei mit einem verstärkten präventiven Auftrag. Ebenso kann ein permanenter Kontroll- und Ermittlungsdruck aufrechterhalten werden, z.B. im Bereich der seriellen Einbruchskriminalität und der Bekämpfung der Strukturkriminalität.

6. Konsequenzen einer ausbleibenden Korpserhöhung

6.1 Auswirkungen auf Planungsinstrumente (Legislaturplan und IAFP)

Im Legislaturplan 2025–2029 hat der Regierungsrat mit B.3.3.1: «Objektive und subjektive Sicherheit stärken durch eine wirksame Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung sowie durch angemessene risikobasierte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum» und 3.4.1 «Strukturkriminalität wirkungsvoll und gezielt bekämpfen» zwei politische Schwerpunkte im Bereich der Sicherheits- und Kriminalitätslage gesetzt. Bei beiden Legislaturzielen sind als operationalisierte Massnahmen mehrere Indikatoren festgelegt worden. Weder können die Handlungsziele erreicht noch die wichtigsten Indikatoren erfüllt werden, wenn eine Korpserhöhung ausbleibt oder nur in geringem Ausmass erfolgt. So vor allem die drei Indikatoren:

- «Die sicherheits- und kriminalpolizeiliche Präsenz» hat aufgrund der Bestandeserhöhung zugenommen;
- «Die Polizeidichte hat sich von 155.68 pro 100'000 Einwohnende auf 170 Polizistinnen und Polizisten erhöht»;
- «ein spezialisierter Fachbereich innerhalb der Kapo, der die Strukturkriminalität (v.a. Menschen- und Betäubungsmittelhandel) personenorientiert bekämpft ist realisiert und operativ».

Im integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2027–2030 RRB Nr. 2026/646 sind unter den Ziffern «5915: Objektive und subjektive Sicherheit stärken» und «5916: Strukturkriminalität wirkungsvoll und gezielt bekämpfen», zwei laufende Aufgaben genannt, welche ohne Korpserhöhung nicht erfüllt werden könnten.

Die Mehrzahl der Massnahmen aus dem Strategiepapier zur Bekämpfung der strukturierten Kriminalität aus dem IAFP 2026–2029 könnten nicht umgesetzt werden.

6.2 Keine Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit

Gestützt auf die Entwicklung der vergangenen Jahre wird – ohne einen nennenswerten personellen Ausgleich – die sichtbare Präsenz und der Kontrolldruck weiter zurückgehen, mit der Konsequenz, dass sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Kanton Solothurn verschlechtern wird und die Chancen für eine Reduktion der Deliktszahlen sinken werden.

6.3 Verzichtsplanning: sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Grundversorgung

6.3.1 Sicherheitsabteilung

Wie mehrfach ausgeführt, hat der Aufwand quantitativ für die Mitarbeitenden der Sicherheitsabteilung in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Die meisten Fälle müssen an die Hand genommen werden, weil es sich mit wenigen Ausnahmen um Offizialdelikte handelt und das Legalitätsprinzip gebietet, tätig zu werden oder es sich um vorgegebene Aufgaben handelt. Folgerichtig kann weder präventiv agiert noch können «Holdelikte» bearbeitet werden. Die vor mehreren Jahren zusätzlich erhaltenen Mitarbeitenden zur Verstärkung der Präsenz an den Sommerwochenenden sind für die Bewältigung der Alltagsereignisse praktisch vollständig beansprucht

worden. Die zehn Mitarbeitenden, welche Spezialpikett leisten und die Bewältigung von grösseren Ereignissen der Pikettoffizierin oder dem Pikettoffizier zur Verfügung stehen sollten, werden regelmässig bei personellen Ausfällen infolge Krankheit, Unfall etc. zur Aufrechterhaltung der Grundabdeckung eingesetzt.

«Die Zitrone ist ausgepresst»: Sollte sich an der personellen Situation nichts ändern, müssten weitere Verzichtsplannungen vorgenommen werden, insbesondere um die Gesundheit der Mitarbeitenden nicht zu gefährden.

Dazu gibt es grundsätzlich zwei Optionen:

- Zurückstellen der Sachbearbeitung von aufgenommenen Fällen, Ermittlungsaufträgen der Staatsanwaltschaft und Aufträgen aus der gesamten Verwaltung sowie Reduktion der Kontaktpflege, um eine gewisse sichtbare Präsenz und das Patrouillendispositiv aufrecht zu erhalten;
- oder
- Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen Reduktion der sichtbaren Präsenz (v.a. Patrouillentätigkeit) und der präventiven Kontrolltätigkeit zugunsten der gerichtspolizeilichen Sachbearbeitung von aufgenommenen Fällen, Ermittlungsaufträgen der Staatsanwaltschaft, Aufträgen aus der gesamten Verwaltung und der Kontaktpflege.

Beide Optionen haben gemeinsam, dass sie das Vertrauen in die Kapo beeinträchtigen und das Funktionieren des Staates infrage stellen würden.

6.3.2 Kriminalabteilung

Wie bereits dargelegt, steigen Anzahl und Komplexität der Fälle und Verfahren seit Jahren an. Namentlich in den ermittelnden bzw. den pikettleistenden Diensten wächst die Belastung und steht einer seit Jahren konstant gebliebenen Personaldecke gegenüber. Soll die Gesundheit der Mitarbeitenden nicht zum Risikokapital werden, sind bei gleichbleibenden personellen Ressourcen klare Verzichtsplannungen notwendig.

Stufe 1: Priorisierung und Reduktion («nice-to-have» fällt weg)

Beispielhafte Massnahmen:

- Reduktion von Berichten und Rapporten auf Mindeststandards;
- weniger proaktive Ermittlungen, stärkere Priorisierung sowie Fokussierung auf schwere Delikte;
- Einschränkungen bei der Prävention;
- Zuwarten bei Anhandnahme der Ermittlungsansätze, bis sich diese mehrfach verdichtet haben.

Wirkung: kurzfristig kaum sichtbar – Substanz beginnt jedoch zu leiden.

Stufe 2: Leistungsabbau (nicht mehr alles wird verfolgt)

Beispielhafte Massnahmen:

- Deliktspriorisierung (Fokus auf Gewalt, Zurückstellen von Vermögensdelikten oder Kleinserien); Kriminalität verwalten anstelle von bearbeiten;
- Längere Bearbeitungszeiten, Verfahren verzögern sich;
- Reduktion forensischer Tiefe (nur noch bei prioritären Fällen);
- Einschränkung der Ermittlungsunterstützung (nur noch bei Kernfällen).

Wirkung: Spürbar für Staatsanwaltschaft und Geschädigte («mein Fall bleibt liegen») sowie Politik. Gesetzlicher Auftrag wird nur noch eingeschränkt erfüllt.

Stufe 3: Verzicht (Sicherheitslücken vergrössern sich)

Beispielhafte Massnahmen:

- Priorisierung nur noch bei Leib und Leben / Schwerstkriminalität – Nichtverfolgen ganzer Deliktsbereiche (bestimmte Cyberfälle, Betrugsformen);
- Grosse Einschränkungen bei personalintensiven polizeilichen Ermittlungsmassnahmen;
- Reaktive Kriminalitätsbekämpfung (wer sich nicht aufdrängt, wird nicht verfolgt);
- Strukturermittlungen bleiben komplett liegen.

Wirkung: Die Sicherheitslücken vergrössern sich, kriminelle Strukturen füllen das Vakuum aus und setzen sich im Kanton weiter fest. Diese Stufe stünde im Widerspruch zu den Legislaturzielen und würde eine spürbare Zunahme des objektiven Kriminalitätsrisikos zur Folge haben.

6.4 Konkurrenzfähigkeit / Arbeitgeberattraktivität

Die Kapo steht als Arbeitgeberin in direkter Konkurrenz zu anderen Polizeibehörden, insbesondere zur Kapo Bern und zu Fedpol. Diese Konkurrenz ist aufgrund der geografischen Nähe stärker spürbar als bei Korps, die weiter von Bern entfernt sind, etwa in der Ostschweiz. Gleichzeitig hat auch der Wettbewerb zwischen den kantonalen und kommunalen Polizeikorps zugenommen. Eine früher bestehende informelle Vereinbarung, wonach sich die Korps gegenseitig keine Polizistinnen und Polizisten abwerben, gilt seit einigen Jahren nicht mehr.

Vor diesem Hintergrund wirken sich die aufgezeigten Belastungen direkt auf die Attraktivität des Korps als Arbeitgeberin aus. Hohe Arbeitsbelastung, zunehmende Komplexität und begrenzte Ressourcen können dazu führen, dass Mitarbeitende andere berufliche Optionen prüfen. Hinzu kommt, dass die Bundeskriminalpolizei in den kommenden Jahren voraussichtlich zusätzliche Stellen schaffen und aufgrund anstehender Pensionierungen Personal ersetzen muss. Dadurch dürfte der Wettbewerb um qualifizierte Polizeikräfte weiter zunehmen.

Bleibt die Belastung auf dem heutigen Niveau oder nimmt sie weiter zu, ist mit zusätzlichen Kündigungen und Abgängen zu rechnen. Dies würde die bestehende Personalsituation weiter verschärfen und den Druck auf die verbleibenden Mitarbeitenden zusätzlich erhöhen.

7. Schlussfolgerung

Die im vorliegenden Bericht dargestellten Entwicklungen zeigen auf, dass die Anforderungen an die Kapo in den vergangenen zehn Jahren deutlich stärker gewachsen sind als die personellen Ressourcen. Die Kriminalitätsbelastung ist stark angestiegen, ebenso die Zahl der beschuldigten Personen sowie der administrative Aufwand. Gleichzeitig haben die Leistungen zu Gunsten Dritter stetig zugenommen.

Hingegen hat in den letzten 10 Jahren die Polizeidichte abgenommen. Im Verhältnis der Kriminalitätsbelastung zur Polizeidichte befindet sich der Kanton in einer Aussenseiterrolle und bei der Polizeidichte verzeichnet der Kanton Solothurn im interkantonalen Vergleich den vierttieftesten Wert.

Aufgrund dieser Diskrepanzen haben sich verschiedene operative und strategische sicherheits- und kriminalpolizeiliche Lücken geöffnet. Es sind Defizite bei nicht zwingend vorgegebenen Aufgaben entstanden (präventive Tätigkeiten, Ermittlungen im Bereich der Holkriminalität). Die Bevölkerung erwartet eine wirkungsvolle Prävention; sie erwartet von einer modernen Polizei, dass sie Gefahren frühzeitig erkennt und diesen begegnet, in dem sie Straftaten verhindert und Schaden abwendet. Präsenz im öffentlichen Raum stärkt die subjektive Sicherheit – ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl ist Lebensqualität. Für eine Verbesserung der objektiven Sicherheit braucht es genügend erfahrene Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, welche Zeit in Ermittlungen (inkl. Vorermittlungen) investieren können. Dies alles setzt genügend personelle Ressourcen voraus.

Inskünftig dürften durch die Anwendung von neuen Technologien und der engeren nationalen und internationalen Zusammenarbeit einerseits Arbeitserleichterungen (technischer Art und im Austausch) realisiert werden, andererseits wird dies zu einer weiteren Verwissenschaftlichung in der Forensik⁴⁹ führen, was wiederum finanzielle und personelle Ressourcen erfordern wird. Ein modernes Polizeikorps benötigt nicht nur ausreichende Ressourcen für das operative Tagesgeschäft, sondern auch gezielte Mittel für seine Weiterentwicklung. Digitalisierung, neue Kriminalitätsformen, steigende Anforderungen an Führung, Analyse, Qualitätssicherung und Zusammenarbeit erfordern eine laufende Modernisierung. Diese kann nicht nebenbei geleistet werden, sondern braucht entsprechende Ressourcen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass notwendige Entwicklungen verzögert werden und das Korps mittel- bis langfristig an Leistungsfähigkeit und Attraktivität verliert.

Um Sicherheitslücken im Kanton Solothurn zu schliessen, die aktuellen und zukünftigen Problem- und Deliktsfelder zeitnah und mit den erforderlichen Ressourcen bearbeiten zu können, ist ein gestaffelter Personalaufbau der Kapo zwingend notwendig. Bis 2035 ist von einem Gesamtbedarf von rund 100 zusätzlichen Stellen auszugehen. Für die erste Phase (Globalbudget 2027–2029) werden 51 Vollzeitstellen beantragt, um die dringendsten Lücken in der sicherheits- und kriminalpolizeilichen Grundversorgung zu schliessen und die Legislaturziele (2025–2029) zu erreichen.⁵⁰ In einer zweiten Phase (Globalbudgets 2030–2032 und 2033–2035) sollen rund 50 weitere Stellen folgen, um die objektive und subjektive Sicherheit zu erhöhen und die Polizeidichte ins schweizerische Mittelfeld zu führen.

⁴⁹ Die Verwissenschaftlichung der Forensik beschreibt die zunehmende Ausrichtung der forensischen Arbeit an wissenschaftlichen Methoden, Standards und Qualitätsanforderungen.

⁵⁰ Polizeidichte von 170 Polizistinnen und Polizisten pro 100'000 Einwohnende und Bekämpfung der Strukturkriminalität.

Mittelfristig sind deshalb im Rahmen des Globalbudgets 2027–2029 zusätzlich 51 Stellen⁵¹ zu schaffen, gestaffelt in den Jahren 2027 (16), 2028 (17) und 2029 (18).

Bis 2035 beträgt der gesamte Stellenbedarf in der ganzen Polizeiorganisation rund 100 Pensen. Aus gesamtbetrieblicher Optik und weil sich die Sicherheits- und Kriminalitätsslage verändern kann, ist eine exakte Mittelzuweisung über die nächste Globalbudgetperiode hinaus nicht sinnvoll.

⁵¹ Gegenüber dem bewilligten Bestand 2026 entspricht dies bis 2029 einer Bestandeserhöhung von 8,6 %.

8. Quellenangabe

Die in diesem Sicherheitsbericht dargestellten Angaben, Zahlen und Daten basieren auf einer sorgfältigen Auswertung interner sowie externer Quellen. Zu den internen Grundlagen zählen insbesondere Journaleinträge, [der Geschäftsbericht](#) sowie interne Erhebungen wie beispielsweise die Verkehrsunfall-Statistik. Extern wurden unter anderem [statistische Erhebungen des Bundesamts für Statistik \(BFS\)](#), [die Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#), [die Polizeiliche Kriminalstatistik Kanton Solothurn](#), [die Nationale Studie Crime Survey 2022](#) sowie Daten [der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten KKPKS](#) herangezogen. Ergänzt werden diese durch weitere Veröffentlichungen und Datensätze öffentlicher Ämter und Institutionen. Durch die Kombination dieser Quellen ist eine möglichst umfassende, verlässliche und aktuelle Datengrundlage gegeben, die als Basis für die Analyse und Bewertung der Sicherheitslage dient.

9. Abbildungsverzeichnis

Abbildung	Bezeichnung
Abbildung 1	Straftaten Bundesgesetze
Abbildung 2	Straftaten Strafgesetzbuch und gegen das Vermögen
Abbildung 3	Auswahl Vermögensstraftaten
Abbildung 4	Gewaltstraftaten
Abbildung 5	Straftaten digitale Kriminalität (Cyber)
Abbildung 6	Straftaten häusliche Gewalt
Abbildung 7	Beschuldigte Personen
Abbildung 8	Statistik der Verkehrsentwicklung auf Autobahnen und Kantonstrasse
Abbildung 9	Total eingelöste Fahrzeuge Kt. SO
Abbildung 10	Entwicklung der Verkehrsunfälle
Abbildung 11	Tätigkeiten für Amtsschreiberei und MFK
Abbildung 12	Bearbeiten und Weiterleiten von Anzeigen wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über die Personenbeförderung an die Staatsanwaltschaft
Abbildung 13	Geleistete Personenstunden im Transportwesen
Abbildung 14	Geschäftsaufträge Stawa/Juga
Abbildung 15	Nationaler Vergleich der Polizeidichte pro 100'000 Einwohnende
Abbildung 16	Verhältnis der Polizeidichte zur Kriminalitätsbelastung 2025
Abbildung 17	Einträge Polizeijournal
Abbildung 18	Anzahl Anzeigen pro Pol im Vergleich zu Polizeidichte pro 10'000 EW
Abbildung 19	Bestandes- und Bevölkerungsentwicklung Veränderungen in %
Abbildung 20	Entwicklung des Aufwandes der gerichtspolizeilichen Tätigkeit der Sicherheitsabteilung
Abbildung 21	Entwicklung der Anzahl Ordnungsbussen
Abbildung 22	Das Haus der öffentlichen Sicherheit

10. Glossar

Abkürzung	Bedeutung
AdP	Angehörige der Polizei
AIG	Ausländer- und Integrationsgesetz
ASTRA	Bundesamt für Strassen
AVT	Amt für Verkehr und Tiefbau
AWA	Amt für Wirtschaft und Arbeit
AZ	Alarmzentrale
BAZG	Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit
BetmG	Betäubungsmittelgesetz
BFS	Bundesamt für Statistik
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung
BM	Betäubungsmittel
BS	Basel-Stadt
BVP	Bekämpfung virtueller Pädokriminalität
DTV	durchschnittlicher täglicher Verkehr
EBDS / ESDS	Einbruchdiebstähle / Einschleichdiebstähle
ESP	Europäisches Suchportal
etc.	et cetera
EU-OSHA	Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz
FAD	Fahndungs- und Aktionsdienst
Fedpol	Bundesamt für Polizei
FiRe	Finanz- und Rechnungswesen
FS	Fachstelle
FTE	Full-Time Equivalent (Vollzeitäquivalent)
G7	Gruppe der sieben führenden Industrienationen
GPS	Global Positioning System
IAFP	Integrierter Aufgaben- und Finanzplan
ICT	Information and Communication Technology (Informations- und Kommunikationstechnologie)
IKAPOL	interkantonale Polizeieinsätze
InfD	Informationsdienst
IT	Informationstechnologie
Juga	Jugendanwaltschaft
Kapo	Polizei Kanton Solothurn / Kantonspolizei
Kdo-Abt.	Kommandoabteilung
KESB	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
KI	künstliche Intelligenz
KKPKS	Kantonale Kriminalpolizeistatistik
LoBe	Logistik und Beschaffung
LOKIT	Anlaufstelle Lokale Intensivtäter
LS	Lokale Sicherheit
MA	Mitarbeitende
MFK	Motorfahrzeugkontrolle
MISA	Migrationsamt
NI	Notfallintervention
Nr.	Nummer
OBG	Ordnungsbussengesetz
OBS	Observation

OK	organisierte Kriminalität
PKNW	Polizeikonkordat Nordwestschweiz
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
POLYCOM	nationales Sicherheitsfunknetz
PTI	Polizeitechnik und Informatik
QVM	qualifizierte verdeckte Massnahmen
RapJour	Rapportjournal / polizeiliches Journal
resp.	respektive
RRB	Regierungsratsbeschluss
SaaS	Software as a Service
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
Sich-Abt.	Sicherheitsabteilung
SO	Solothurn
SoH	Solothurner Spitäler
Stawa	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SVG	Strassenverkehrsgesetz
TBA	Tatbestandsaufnahme
UT	unbekannte Täterschaft
VR	Virtual Reality
VT	Verkehrstechnik
VU	Verkehrsunfall
WAG	Wirtschafts- und Arbeitsgesetz
WEF	World Economic Forum
z.B.	zum Beispiel